



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„NS-Propaganda zwischen Hetze und Stillschweigen“
Zwangsarbeiter aus Polen und den besetzten
Ostgebieten im Zweiten Weltkrieg

Verfasserin

Christine Pont

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.Phil.)

Wien, Februar 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A - 312

Studienrichtung lt. Studienblatt: Diplomstudium Geschichte

Betreuerin/Betreuer: a.o.Univ.Prof.Mag.Dr.Christoph Augustynowicz

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Einleitung und Quellenlage	5
3. Forschungsstand	7
4. Exkurs Geschichte des Generalgouvernements und Galiziens im Hinblick auf die polnische und ukrainische Bevölkerung	9
5. Zwangsarbeiter aus Polen und den besetzten Ostgebieten: Begriffe und Zahlen	13
5.1. Definition Zwangsarbeit und statistisches Datenmaterial	13
5.2. „Hierarchie“ der Zwangsarbeiter und ihre ideologische Untermauerung	17
6. Polen unter nationalsozialistischer Herrschaft	22
6.1. Die Neuordnung des polnischen Raumes	22
6.2. Germanisierung Polens	24
6.3. Polnische Kriegsgefangene	26
6.4. Polnische Zivilarbeiter	27
6.4.1. Allgemeines	27
6.4.2. Anwerbung in Polen – Von der Freiwilligkeit zum Zwang	30
6.4.3. Polenerlasse vom 8. März 1940	32
6.5. Die Einsetzung Sauckels als Generalbevollmächtigter für die Anwerbung der Arbeitskräfte	35
7. Besetzte Ostgebiete unter nationalsozialistischer Herrschaft	37
7.1. Grundsatzentscheid für Russeneinsatz	37
7.2. Russische Kriegsgefangene	38
7.3. Sowjetische Zwangsarbeiter	39
7.4. Ostarbeitererlasse	43
7.5. Veränderte Situation durch den langen Kampf im Osten	46
7.6. Die Werbung nach dem Fall von Stalingrad	48
7.6.1. Allgemeines	48
7.6.2. Unternehmen „Zauberflöte“ in Minsk	49
7.6.3. Lapanki (Zwangsanwerbung) in Südost-Galizien	49
7.6.4. Erinnerung einer Zeitzeugin	50
7.7. Sinneswandel ab Mitte 1943 - „Verbesserungen“ für die Zwangsarbeiter	51
8. Existenzbedingungen der Zwangsarbeiter	53

8.1. Allgemeines	53
8.2. Ernährung	54
8.3. Bekleidung	56
8.4. Unterkunft.....	57
8.5. Beschäftigungsverhältnisse	58
8.6. Urlaub	59
8.7. Steuerliche Benachteiligung.....	60
8.8. Strafen für Zwangsarbeiter.....	62
8.9. Luftangriffe	63
9. Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter.....	64
10. NS-Propagandatätigkeit.....	67
10.1. Presselenkung im Nationalsozialismus.....	68
10.2. Methoden der nationalsozialistischen Propaganda	72
10.3. Nationalsozialistische Medienpolitik	72
10.4. NS-Presseanweisungen.....	75
10.5. Feindbild Polen	77
10.5.1. Exkurs Deutsch-Polnische Beziehungen	77
10.5.2. Hetzpropaganda gegen Polen im Krieg.....	83
10.6. Untermensch Ostarbeiter	84
10.7. Hetze gegen besetzte Ostgebiete.....	86
11. Aufbau der Feindbilder anhand zweier Medien	88
11.1. Der Völkische Beobachter.....	88
11.2. Illustrierte Kronenzeitung.....	89
11.3. Völkischer Beobachter und Illustrierte Kronenzeitung im Vergleich Jänner, Februar und August 1939.....	89
12. Resümee	97
13. Literaturverzeichnis	100
14. Anhang	108
14.1. Abstract	108
14.2. Lebenslauf	109

1. Vorwort

Anregung für das Thema dieser Arbeit „Zwangsarbeiter aus Polen und den besetzten Ostgebieten im Zweiten Weltkrieg“ war die Beschäftigung mit den Ostarbeitern im Rahmen eines Kurses am Institut für Osteuropäische Geschichte. Bei der Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges handelt es sich um ein weiteres dunkles Kapitel in der Geschichte des Dritten Reiches, zusätzlich zur systematischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Auch das Kapitel Zwangsarbeit wurde lange Zeit totgeschwiegen und erst mit dem Fall des Eisernen Vorhanges und der damit verbundenen leichteren Zugänglichkeit zu Quellen in Polen und der zerfallenen Sowjetunion aufgerollt. In Österreich beispielsweise beschäftigte sich die eigens einberufene Historikerkommission mit dieser Frage und auch mit den Entschädigungszahlungen. In 23 Bänden wurden die Ergebnisse veröffentlicht. Sie spiegeln die Grausamkeiten dieses Verbrechens wider, untermauert durch zahlreiche Interviews mit noch lebenden Betroffenen, die Einblicke über die Zu- und Missstände der Zwangsarbeiter geben.

Es liegt in der Natur des Themas, dass sich zwangsläufig Betroffenheit einstellt, insbesondere über das offensichtliche Nichtwissen der heimischen Nachkriegsgeneration, aber auch der Kriegsgeneration selbst. Dass es sich dabei nicht nur um einen persönlichen Eindruck handelt, soll ein Zitat aus der Publikation des Ludwig Boltzmann-Institutes über die Ostarbeiter von Ludwig Steiner belegen: „Bei zahlreichen Diskussionen in Österreich stellt man immer wieder mit Erstaunen fest, wie gering und fragmentarisch der Wissensstand über dieses Problem bei uns ist. Es gibt bei uns viele Menschen, die sich aus persönlicher Erfahrung an Zwangsarbeiter erinnern können, allerdings meist nur Teilaspekte in Erinnerung haben“.¹ Vielleicht waren die Zwangsarbeiter in den Baracken der Rüstungsbetriebe für die Bevölkerung im städtischen Bereich nicht wahrnehmbar. Oder vielleicht war es für die Bevölkerung im ländlichen Bereich normal, dass in der Landwirtschaft ausländische Arbeitskräfte beschäftigt waren, da die eigene männliche Arbeitskraft ja

¹ Ludwig Steiner, Der lange Weg zur Anerkennung ehemaliger Zwangsarbeiter als Opfer des Nationalsozialismus, In: Stefan Karner (Hg), Ostarbeiter, 326.

als Soldaten in den Krieg gezogen waren. Diese Tatsache führte zu der Frage, wie und ob überhaupt damals das Thema Zwangsarbeit in den Medien behandelt wurde.

2. Einleitung und Quellenlage

Aufgrund der Literaturrecherche entwickelte sich die Einsicht, dass Zwangsarbeit nicht für alle Zwangsarbeiter gleich war. Die rassenideologischen Überlegungen seitens des Nationalsozialismus führten zu krassen Unterschieden in der Behandlung der Zwangsarbeiter, zu einer richtigen Hierarchie, an deren unterem Ende die Ostarbeiter standen, die nach dem Einfall der deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion zur Arbeit herangezogen wurden, nämlich Ukrainer, Weißrussen und Russen. Relativ besser gestellt als die Ostarbeiter waren die polnischen Zwangsarbeiter, aber im Generalgouvernement lebten nicht nur Polen, sondern auch Ukrainer. Waren diese nun Polen und mussten ein P-Abzeichen tragen oder Ukrainer, die das OST - Abzeichen zu tragen hatten? Auf diese Frage soll im Rahmen der Arbeit eine Antwort gefunden werden.

Zur Quellenlage: Als wertvolle Quelle erwies sich das Diensttagebuch von Generalgouverneur Hans Frank, aus dem zu erkennen war, inwieweit sich das Generalgouvernement im Laufe der Kriegsjahre gegen die Bestimmungen aus Berlin zu wehren versuchte. Das führte fast zur Absetzung von Frank, zumindest aber zu schweren Verstimmungen mit Hitler und seiner unmittelbaren Umgebung. „Der Führer nimmt danach Frank aus dem Generalgouvernement vor. Er ist nun fest entschlossen, ihn abzusetzen und Greiser zu seinem Nachfolger zu ernennen.“² Frank wird entgegen Goebbels Vermutung nicht abgesetzt, glaubt aber selbst, dass er jederzeit gestürzt werden könnte und äußert sich dazu in seinem Tagebuch wie folgt: „Daß ich bei der nächsten Gelegenheit, die sich dieser Kamarilla bietet, gestürzt und auch beseitigt werden soll, ist sicher(...)ich gebe ihnen nichts in meiner Meinung nach, daß der jetzt vom Führer eingeschlagene Kurs der Gewalt, der völligen Vernichtung der Rechtssicherheit und des Regimes mit Hilfe von Konzentrationslager und Polizeiwillkür für den Führer wie für sein Reich eine der schwersten Gefahren darstellt, die überhaupt erstehen konnten.“³

² Joseph Goebbels, Tagebücher, Ralf Georg Reuth (Hg), 1931.

³ Hans Frank, Diensttagebuch, Werner Präg und Wolfgang Jakobmeyer (Hrsg), 561.

Die Tagebuchaufzeichnungen von Propagandaminister Joseph Goebbels sind ebenfalls eine aufschlussreiche Quelle. Die täglichen Eintragungen von Goebbels, die oft Ausgangsüberlegungen für die tägliche Pressekonferenz waren, erklären die Inhalte der Reichsmedien. Bei Durchsicht einiger Tageszeitungen im Reichsgebiet, in der Ostmark und im Generalgouvernement ist festzustellen, dass die ersten drei Seiten ausschließlich aus Kriegsberichterstattung mit propagandistischer Tendenz bestanden. Das Thema Zwangsarbeit im Deutschen Reich war für Goebbels nur insoweit interessant, als die benötigten „Quoten“ an „Menschenmaterial“ zu erfüllen waren.

In diesem Zusammenhang erschien es sinnvoll, die Berichterstattung über die Zwangsarbeiter zu durchforsten: In Österreich den Völkischen Beobachter und die Kronenzeitung, im Generalgouvernement die Krakauer Zeitung. Die Zwangsarbeit selbst wurde in allen Medien totgeschwiegen. Thema Nummer Eins während des Krieges war die Kriegsberichterstattung. Vielleicht könnte das eine Antwort auf die gezeigte Unwissenheit bei einem Großteil der Bevölkerung sein?

Im Rahmen der Arbeit sollen im ersten Teil die Unterschiede in der Behandlung der polnischen Zwangsarbeiter und der Ostarbeiter aufgezeigt werden. Im zweiten Teil soll eine Analyse der angeführten propagandistischen Medien zeigen, dass Zwangsarbeit nicht thematisiert wurde und deswegen das Schicksal der Zwangsarbeiter im Dritten Reich bei der Bevölkerung genau so wenig bekannt war wie die Grausamkeiten gegenüber der jüdischen Bevölkerung. Zwar waren bei Bauernfamilien ihre polnischen Arbeiter eine willkommene billige Arbeitskraft, vielleicht wurden in den Industriegebieten in Baracken lebende Zwangsarbeiter von der Bevölkerung registriert, aber die unglaublichen Gesamtzahlen ausländischer Arbeitskräfte im Deutschen Reich waren nicht bewusst.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich drei grundlegende Thesen aus den beiden Themenkreisen Zwangsarbeit und NS-Propaganda:

- 1) Zwangsarbeit war nicht Zwangsarbeit, da es große Unterschiede je nach Herkunft der Zwangsarbeiter gab (bei der Verpflegung, Unterkunft etc.).

- 2) Menschen aus einer Region wie dem ehemaligen Galizien beispielsweise wurden entweder zu polnischen oder zu besser gestellten ukrainischen Zwangsarbeitern.
- 3) Die Unwissenheit zum Thema Zwangsarbeiter bei einem Großteil der Bevölkerung ist auch auf das Verschweigen des Themas in den Medien zurückzuführen.

3. Forschungsstand

Das Thema Zwangsarbeit während des Deutschen Reiches bearbeitete erstmals Ulrich Herbert mit seiner im Jahre 1985 erschienenen Dissertation „Fremdarbeiter. Politik und Praxis des Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches“. Diese Dissertation gilt als Standardwerk zu dem Thema Fremdarbeiter-Einsatz. Westdeutsche Historiker haben sich mit dem Thema lange Zeit nicht beschäftigt. Erst 1968 hat Hans Pfohlmann die Akten des Reichsarbeitsministeriums und des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz durchforstet und die Ergebnisse in seinem Buch „Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945“ herausgebracht, welches allerdings als „weitgehend unkritisch und affirmativ“⁴ zu bezeichnen ist. Bezeichnend für die Situation der westdeutschen Forschung war, dass nach dem Buch von Pfohlmann die einzige Gesamtdarstellung der Fremdarbeiterthematik von einem amerikanischen Historiker, Edward L. Homze stammt. Sein Werk „Foreign Labour in Nazi Germany“ ist bezeichnenderweise nicht übersetzt worden.

Während die Fremdarbeiterproblematik von der westdeutschen Geschichtsschreibung vernachlässigt wurde, war sie in der DDR eines der wichtigen Forschungsfelder der 50er Jahre. Für die DDR war die Thematik der Ausländerbeschäftigung aus politischen Gründen interessant. Die stark marxistisch-leninistisch beeinflusste Arbeit von Eva Seeber beinhaltet immer wieder Angriffe auf das deutsche Großkapital und die führende Rolle der großen Rüstungskonzerne, während die Schuldzuweisung an Staat und Partei zweitrangig war. Einen seriösen Überblick über die neueste Literatur bietet das im Jahr 2001 aufgelegte Werk „Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz“ von Mark Spoerer. In diesem sind die bekannten Ergebnisse der neueren Forschung zusammengefasst.

⁴ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, Politik und Praxis des Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, 14.

Ab Mitte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts wurde die Thematik des „Ausländereinsatzes“ auch in der Bundesrepublik aufgegriffen, wobei der Schwerpunkt der neueren Publikationen auf lokal- und regionalgeschichtlichen sowie unternehmensgeschichtlichen Studien lag. Eine Vorreiterrolle spielte dabei der Daimler-Benz-Konzern, der eine eigene Arbeitsgruppe von Historikern einsetzte, um die Geschichte der Zwangsarbeit in diesem Unternehmen zu erfassen.⁵ In dieser Studie wurde die unglaublich hohe Anzahl an Zwangsarbeitern bei Daimler Benz festgestellt. Im Jahre 1944 waren 50,5 Prozent aller in den 17 Werken des Konzerns beschäftigten Arbeitskräfte ausländische Zwangsarbeiter, eine Zahl, die im Durchschnitt wahrscheinlich für die gesamte Kriegswirtschaft repräsentativ ist.

Erst ab dem Fall des Eisernen Vorhanges 1989 begann das Thema Zwangsarbeiter im Zusammenhang mit neu auftauchenden Entschädigungszahlungen aktuell zu werden. Bis zu diesem Zeitpunkt konnte man in der Bundesrepublik Deutschland solchen Zahlungen erfolgreich entgehen. Es wurde beispielsweise in der Nachkriegszeit höchstgerichtlich festgestellt, dass die Zwangsarbeit keine NS-spezifische Angelegenheit war, sondern nur aus kriegswirtschaftlichen Gründen erfolgt sei. Dazu kam das Londoner Schuldenabkommen von 1953 mit der Feststellung, Reparationszahlungen seien erst nach einem Friedensvertrag fällig: Es lag im Interesse der Westmächte, einen Geldfluss in die Länder des Ostblocks zu vermeiden. Mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom 12. September 1990 (Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, unterzeichnet von der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und den vier ehemaligen alliierten Staaten), bei dem die Frage der Zwangsarbeiterentschädigung eine wesentliche Rolle spielte, vereinbarte die Bundesrepublik einmalige Zahlungen an Polen in Höhe von 500 Millionen DM, an die GUS-Staaten eine Milliarde DM.⁶

Ab diesem Zeitpunkt gewann das Thema auch in Österreich stark an Bedeutung, sodass von der Bundesregierung im zweiten Halbjahr 1999 eine Historikerkommission beauftragt wurde, das Zwangsarbeiterthema für Österreich aufzuarbeiten. Ebenso galt es, die Beteiligung von in Österreich ansässigen Unternehmen in der Zwangsarbeiterfrage aufzuarbeiten. Beispielhaft sei die NS-

⁵ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 419.

⁶ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 432.

Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie anhand der Lapp-Finze AG in Kalsdorf bei Graz 1939 bis 1945 angeführt.

4. Exkurs Geschichte des Generalgouvernements und Galiziens im Hinblick auf die polnische und ukrainische Bevölkerung

Da die Unterschiede in der Behandlung der Zwangsarbeiter so ausgeprägt waren, in Polen und Galizien die Ukrainer zu den unterprivilegierten Personengruppen zählten, im Deutschen Reich aber „besser“ behandelt wurden, soll ein kurzer Abriss der Geschichte Einblick in den schon seit dem Ersten Weltkrieg andauernden polnisch-ukrainischen Nationalitätenkonflikt gewähren. Im habsburgischen Kronland Galizien verschärfte sich mit dem Aufkommen nationalistischer Tendenzen in ganz Europa die Gegensätze zwischen Polen und Ruthenen, wie die Ukrainer in Altösterreich genannt wurden. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden die Konflikte durch umfangreiche Agrarstreiks in Ostgalizien, in denen polnische Großgrundbesitzer und ukrainische Bauern aufeinanderprallten, noch verschärft. „Wie die meisten der nach dem Ersten Weltkrieg neu entstandenen Staaten besaß auch Polen keine ethnisch homogene Bevölkerung. Bevölkerungszählungen von 1921 und 1931 ergaben folgendes Bild: Polen stellten ca. 65% der Gesamtbevölkerung, gefolgt von Ukrainern mit ca. 16%, Juden ca. 10%, Weißrussen ca. 6% und Deutsche 1931 bei ca. 2%.“⁷

Anders liest sich die Bevölkerungsanalyse in dem Buch „Das Generalgouvernement“, das im Auftrag des Generalgouverneurs Reichsminister Dr. Frank im Jahre 1942 erschienen ist. Neben Kapiteln über die geschichtliche Vergangenheit, die Landschaft etc gibt es auch ein eigenes Kapitel, das der Bevölkerung gewidmet ist. Minutiös schildert Dr. Walter Föhl (Hauptabteilung Innere Verwaltung in der Regierung des Generalgouvernements, Krakau) die einzelnen Volksgruppen. Als erstes werden die Deutschen erwähnt, dann die Polen, unterteilt in Masowier, Kleinpolen und Goralen. Die Masowier werden unterschieden in eigentliche Masowier, Lowitscher, Podlachier und Kurpier. Föhl bezeichnet die Masowier als „ostbaltisch mit nordischen Einschlägen“ und als „sorglos und verwegen bis zur Waghalsigkeit“.⁸ Föhl widmet auch den Ukrainern ein eigenes Kapitel, die er als nicht

⁷ Jürgen Heyde, Geschichte Polens, 94.

⁸ Walter Föhl, Bevölkerung. In: Max Freiherr du Prel (Hg), Das Generalgouvernement, 32.

einheitlich im Hinblick auf ihre Konfession und rassische Beschaffenheit bezeichnet. Das ukrainische Volk besitze in der dinarischen Rasse ein ähnlich verbindendes Element wie das deutsche Volk in der nordischen Rasse. Das führe zu Eigenschaften wie selbstbewusst, er arbeite langsam, sei in seiner Leistung aber besser als der „präslawische“ oder „subnordische“ Typ.⁹

Anders lesen sich jüngere Interpretationen: „Wer sich als Ukrainer bezeichnete, machte damit deutlich, dass er sich als Zugehöriger eines eigenen, von Russen und Polen verschiedenen Volkes fühlte und eine eigenständige Sprache sprach, die nicht nur ein polnischer oder russischer Dialekt war.“¹⁰ Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Ruthenen Galiziens und den Ukrainern war die Glaubenszugehörigkeit. Die Ruthenen gehörten nicht der orthodoxen, sondern der griechisch-katholischen Kirche an. „Das Bekenntnis zur griechisch-katholischen Kirche schloss allerdings eine starke kulturelle Orientierung an Russland nicht aus, die durch den im ostgalizischen Dorf sehr wichtigen Gegensatz zwischen ruthenischen Bauern und polnischem Adel verstärkt wurde.“¹¹ Die Ruthenen in Ostgalizien waren in der Mehrheit und bearbeiteten das Land, das den Polen gehörte. „83% aller landwirtschaftlichen Betriebe in Galizien hatten 23% des Bodens zur Verfügung, während umgekehrt 0,52% aller Betriebe über 37% der Fläche verfügten.“¹²

1910 lebten im Russischen und im Habsburger Reich zusammen etwa 33 Millionen Ukrainer. Davon wohnten nur gut 4 Millionen (12 Prozent) im Habsburger Reich, wo sie in Cisleithanien ein Achtel der Gesamtbevölkerung stellten. Die etwa 29 Millionen Ukrainer in Russland machten 18 Prozent der Reichsbevölkerung aus und waren damit nach den Russen mit Abstand die zweitgrößte ethnische Gruppe.¹³ Im östlichen Teil des Kronlandes Galizien machten im Jahre 1910 die 3,3 Millionen Ukrainer 62 Prozent der Bevölkerung aus. Der Anteil der Polen betrug 25 Prozent. In

⁹ Walter Föhl, 45.

¹⁰ Klaus Bachmann, Ein Herd der Feindschaft gegen Russland, 25.

¹¹ Klaus Bachmann, 26.

¹² Klaus Bachmann, 38.

¹³ Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 145.

ganz Galizien betrug der ruthenische Anteil dagegen nur noch 40 Prozent, der der Polen 48 Prozent.¹⁴

Im Ersten Weltkrieg wurde die Situation dramatisch. Seit 1914 kämpften Ukrainer gegeneinander, die Ruthenen für das Habsburgerreich, die russischen Ukrainer für das russische Reich. Ab 1917 bis 1920 lag die Ukraine im Bürgerkrieg und im Laufe dieser Periode waren Teile der Ukraine immer von ausländischen Mächten besetzt. Als Resultat des Bürgerkrieges war der größte Teil der Ukraine an Sowjetrußland gefallen. Alle ukrainischen Gebiete des Zarenreiches mit Ausnahme von Wolhynien, kamen zu Polen, ebenso Galizien, während die österreichische Bukowina und das russische Bessarabien an Rumänien fielen und die Karpaten-Ukraine an die Tschechoslowakei. Polen war nicht bereit, die Ukrainer als eigenständige Nation anzuerkennen aus Sorge, sie könnten an die Sowjetukraine abfallen. „Polen versuchte die Ukrainer auch zu schwächen, indem sie nicht als einheitliches Volk betrachtet wurden, sondern in die Gruppen der Ruthenen und Ukrainer und die Stämme der Lemken, Bojken und Huzulen aufgespalten wurden. Römisch-katholische Ukrainer wurden als Polen klassifiziert.“¹⁵

Nach dem Angriffskrieg im Osten durch Hitler-Deutschland wurde gegenüber den Ukrainern eine unterschiedliche Politik betrieben. Es bestand ein Unterschied zwischen Ukrainern in Polen, die nicht so lange vom russischen Bolschewismus beeinflusst waren und den Ukrainern in der Sowjetrepublik. Die Situation der Ukrainer war zu Beginn des zweiten Weltkrieges in der Sowjetunion am schlimmsten, aber auch in Polen und Rumänien waren sie Bürger zweiter Klasse. Sie erhofften sich eine Verbesserung ihrer Lage und einen eigenen ukrainischen Nationalstaat, eine Hoffnung, die in der stalinistischen Sowjetunion endete. Im Gefolge des Molotov-Ribbentrop Pakts vom 23. August 1939 besetzten sowjetische Truppen Ost-Galizien, West-Wolhynien und die übrigen Gebiete des östlichen Polens. Im Sommer 1940 wurde Rumänien gezwungen, die nördliche Bukowina und Bessarabien abzutreten. Die Ukrainer Galiziens und der Bukowina wurden erstmals Untertanen eines russisch beherrschten Staates.¹⁶

¹⁴ Andreas Kappeler, 146.

¹⁵ Andreas Kappeler, 207.

¹⁶ Andres Kappeler, 215.

Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 beendete diese Situation. Bis zum November 1941 wurde praktisch die gesamte Ukraine von deutschen, im Südwesten von rumänischen Truppen besetzt. Anfangs hoffte die ukrainische Bevölkerung auf eine Besserung ihrer Lage. In Galizien bekamen die Ukrainer von den deutschen Behörden Freiheiten wie ukrainische Schulen, Ukrainer wurden in der Lokalverwaltung und der Polizei angestellt. Es handelte sich um bewusste Aktionen, um die Ukrainer gegen die in der Westukraine bis dahin dominierenden Polen, die viel härteren Repressionen ausgesetzt waren, auszuspielen.¹⁷

Die administrative Aufteilung der Ukraine durch die Deutschen machte deutlich, wie die Ukraine zerschlagen wurde. „Galizien wurde dem Generalgouvernement, den 1939 besetzten Gebieten Polens zugeordnet und die Nord-Bukowina, Bessarabien und das Gebiet zwischen Dnjestr und Bug mit Odessa wurden dem mit Deutschland verbündeten Rumänien überlassen. Die Gebiete ganz im Osten nahe der Front unterstanden der deutschen Militärverwaltung. Der größte Teil der zentralen und südlichen Ukraine wurde zum Reichskommissariat Ukraine unter dem Reichskommissar Erich Koch erklärt“.¹⁸ Dieser drückte seine Haltung gegenüber den Ukrainern im August 1942 so aus: „Es gibt keine freie Ukraine. Das Ziel unserer Arbeit muss sein, dass die Ukrainer für Deutschland arbeiten und nicht, dass wir das Volk hier beglücken. Die Ukraine hat das zu liefern, was Deutschland fehlt. (...) Für die Haltung der Deutschen im Reichskommissariat ist der Standpunkt maßgebend, dass wir es mit einem Volk zu tun haben, das in jeder Hinsicht minderwertig ist“.¹⁹

Die Rückeroberung der Ukraine durch die Rote Armee brachte nach und nach alle von Ukrainern bewohnte Gebiete beginnend mit Charkov im August 1943, Kiev (November 1943) und Lemberg (August 1944) wieder unter sowjetische Herrschaft.²⁰

Dieser Exkurs in die Geschichte sollte deutlich machen, wie sich die in der Folge geschilderten unterschiedlichen Behandlungen der Zwangsarbeiter z.B. für eine Volksgruppe, wie die der Ukrainer auch unterschiedlich auswirkten.

¹⁷ Andreas Kappeler, 217.

¹⁸ Andreas Kappeler, 218.

¹⁹ Zitiert nach Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 218.

²⁰ Andreas Kappeler, 223.

5. Zwangsarbeiter aus Polen und den besetzten Ostgebieten: Begriffe und Zahlen

„Von den 5 Millionen ausländischen Arbeitskräften, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200.000 freiwillig gekommen“.²¹

5.1. Definition Zwangsarbeit und statistisches Datenmaterial

Das Thema Zwangsarbeit im Dritten Reich setzt voraus, den unklaren Begriff der Zwangsarbeit zu definieren. Sie umfasst die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte, ebenso aber auch von deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen, die keineswegs immer freiwillig für die Rüstungsindustrie arbeiteten. Die Beschaffung der Arbeitskräfte für die Rüstung erfolgte bereits ab 1927 durch die Bildung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Damit wurde die Arbeitsvermittlung zwar Reichsangelegenheit; dennoch zeigten sich nur schwache Ansätze einer vom Staat getragenen Arbeitseinsatzpolitik.²²

„Erst mit dem im Jahre 1933 vollzogenen politischen Umbruch bahnte sich auch im Arbeitseinsatz eine grundlegende Wandlung an. Fragen des Arbeitseinsatzes spielten sich nicht mehr am Rande politischen Geschehens ab, sondern wurden zum wesentlichen Bestandteil der allgemeinen Staatspolitik. In einer vom Staat gelenkten Wirtschaft konnte es ein freies Spiel der Kräfte im allgemeinen Arbeitseinsatz nicht mehr geben. Die Arbeitseinsatzdienststellen wurden von Grund auf neu ausgerichtet und erhielten umfassende Vollmachten für die Durchführung ihrer neuen Aufgaben.“²³

Es waren die Jahre der Zwischenkriegszeit, die infolge der Weltwirtschaftskrise verheerende Armeen von Arbeitslosen schufen, wie nachstehende Grafik belegt. Der

²¹ GBA Sauckel bei der Konferenz der zentralen Planung vom 1. März 1944. Zitiert nach Hans Pfahlmann, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft, 22.

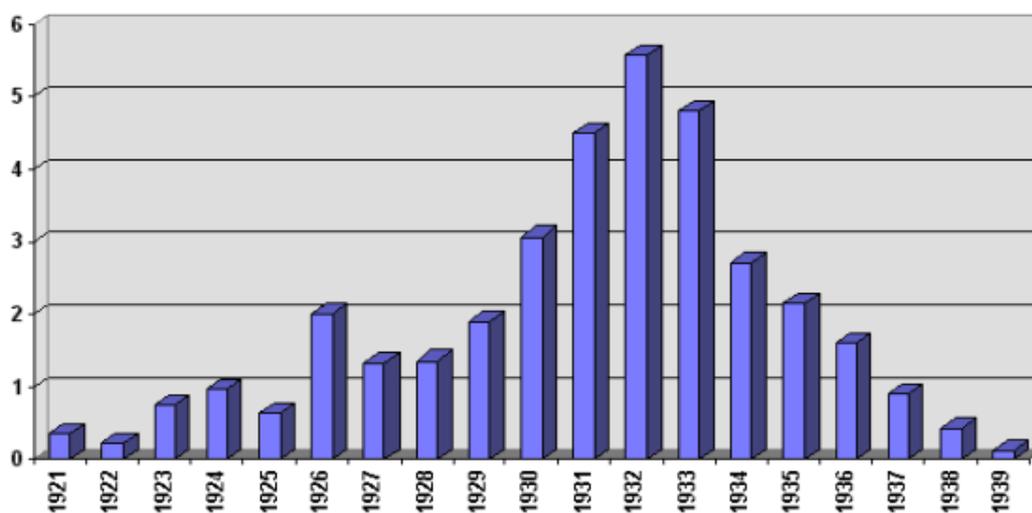
²² Hans Pfahlmann, Fremdarbeiter, 14.

²³ Hans Pfahlmann, Fremdarbeiter, 14.

Höhepunkt der Arbeitslosigkeit war zwischen 1931 und 1932 festzustellen. Hitlers Arbeitsplatzbeschaffungsaktionen und der schrittweise Ausbau kriegswichtiger Wirtschaftszweige führten eine grundlegende Änderung der Arbeitsplatzsituation herbei. Autobahnbau, das Versprechen, jeder Deutsche wird sein Auto haben und der Ausbau der Rüstungsindustrie ließen die Arbeitslosenzahlen sinken. Kaum jemand ahnte, dass hinter vielen wirtschaftlichen Maßnahmen bereits massiv die beginnende Kriegswirtschaft stand. Nicht mehr der Arbeitskräfteüberschuss bestimmte die Lage auf dem Arbeitsmarkt, sondern der Arbeitskräftemangel, der laut folgender Grafik 1939 markant war.

Die nachstehende Grafik belegt die Entwicklung am Arbeitsmarkt in Deutschland von 1921 – 1939, mit einem Höhepunkt an Arbeitslosigkeit zwischen 1930 und 1934. Mit 119.000 Arbeitslosen 1939 war die Zahl der Arbeitslosen sehr gering. Der Kriegsbeginn und das Einrücken der Soldaten verursachten den signifikanten Arbeitskräftemangel.

Tabelle 1: Arbeitslose 1921 bis 1939 (Statistik Deutsches Historisches Museum) unter www.dhm.de/lemo/objekte/statistik/arbeits11b/index.html²⁴



Aufgrund dieses Mangels an Arbeitskräften zogen die Arbeitsämter Hunderttausende von Deutschen, Österreichern und Volksdeutschen zur Dienstverpflichtung heran. Bereits am 26. Februar 1935 wurde das „Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches beschlossen, in dessen Paragraf 1 als Grund angeführt wird, „die

²⁴www.dhm.de/lemo/objekte/statistik/arbeits11b/index.html, 23.Mai 2010

zweckentsprechende Verteilung der Arbeitskräfte in der deutschen Wirtschaft zu gewährleisten“.²⁵ Mit diesem Gesetz war es nicht mehr möglich, ohne Aufsicht des Reichsarbeitsministeriums die Arbeit zu wechseln. Das Arbeitsbuch war ein von der nationalsozialistischen Regierung eingeführtes wichtiges persönliches Dokument, das jeder Arbeitnehmer bei Antritt eines Arbeitsverhältnisses vorlegen musste. Trotz aller Einschränkungen und Zwangsmaßnahmen erging es den deutschen Arbeitern im Zweiten Weltkrieg aber deutlich besser als ihren ausländischen Kollegen.²⁶

Um eine Größenordnung der Zwangsarbeit im nationalsozialistischen Deutschland oder in den vom Deutschen Reich besetzten Gebieten während des Zweiten Weltkrieges zu bekommen, muss man sich die Zahlen vor Augen führen: “Es waren insgesamt 13,5 Millionen Menschen, davon 8,5 Millionen Zivilarbeiter, die in privaten Firmen und öffentlichen Verwaltungen arbeiten mussten und außerdem 4,6 Millionen Kriegsgefangene und 1,7 Millionen KZ-Häftlinge“.²⁷

Die ersten Erhebungen über den Einsatz von Ausländern innerhalb des Deutschen Reiches (Altreich, Ostmark, Sudetenland und den Arbeitsamtsbezirken Danzig, Marienburg und Elbing) wurden von dem RAM (Reichsarbeitsministerium) am 31.Jänner 1941 und am 25.April 1941 durchgeführt. Die Zählung nannte folgende Ziffern: 1.306.000 (Jänner 1941) und 1.508.362 (April 1941). Eine Aufgliederung der ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen zeigt, dass 57,9% aus Polen kamen.²⁸ Eine Erhebung vom 10.Juli 1942 zeigte bereits eine Zahl von 3.159.000 Personen. Die ostländischen Arbeitskräfte nahmen weiterhin den überragenden Anteil unter den in Deutschland eingesetzten Ausländern ein, und zwar Ostarbeiter und Polen zusammen 2.006.000 oder 63%.²⁹

Der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte nahm ab 1943 drastisch ab: Gab es von 1942 auf 1943 noch einen Zuwachs von 2,1 Millionen ausländischen Arbeitskräften auf insgesamt 6,3 Millionen, waren es von 1943 auf 1944 nur mehr 800.00 plus auf

²⁵ Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches (26.Februar 1935), in: documentArchiv.de ((Hrsg) www.documentArchiv.de/ns/1935/arbeitsbuch_ges.html), 10.Februar 2011

²⁶ Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz, 10.

²⁷ Alexander von Plato, Almut Leh, Christoph Thonfeld (Hrsg), Hitlers Sklaven, 10.

²⁸ Hans Pfahlmann, 121.

²⁹ Hans Pfahlmann, 133.

7,1 Millionen. Der Plan Sauckels, 1944 mindestens vier Millionen ausländische Arbeitskräfte nach Deutschland zu holen, um die notwendige Produktionskapazität erhalten zu können, erfüllte sich nicht.³⁰

Tabelle 2: ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene August 1944, Auszug³¹

Sowjetunion	Zivilarbeiter	2.126.753
	Kriegsgefangene	631.559
	Insgesamt	2.758.312
Polen	Zivilarbeiter	1.659.764
	Kriegsgefangene	28.316
	Insgesamt	1.688.080
Summe Polen und Sowjetunion		4.446.392

In seiner Dokumentation über die NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich merkt der Autor Mark Spoerer an, dass sich eine „ganz wesentliche Unterschätzung der tatsächlich eingesetzten ausländischen Zivilarbeiter, insbesondere der Polen“ ergibt, und zwar „aus der Nichtberücksichtigung der „Schutzangehörigen des Deutschen Reiches“ im Gauarbeitsamtsbezirk Wartheland, wo fast 85 Prozent der 4,2 Millionen Menschen umfassenden Bevölkerung ethnische Polen waren“.³² Alle Zahlenangaben geben sicher nicht absolut korrekte Zahlen wieder, sie sollen aber einen Eindruck über die gigantischen Ausmaße der NS-Zwangsarbeit geben.

³⁰ Hans Pfahmann, 146.

³¹ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, 148.

³² Mark Spoerer, NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 49 (2001), Heft 4 unter www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2001_4.pdf, 10. Jänner 2011

5.2. „Hierarchie“ der Zwangsarbeiter und ihre ideologische Untermauerung

Die Vorstellungen der nationalsozialistischen Rassenpolitik resultierten in der Abstempelung der slawischen Bevölkerung zu Untertanen. „Diese Bevölkerung wird als führerloses Arbeitsvolk zur Verfügung stehen und Deutschland jährlich Wanderarbeiter und Arbeiter für besondere Arbeitsvorkommen (Straßen, Steinbrüche, Bauten) stellen“, so Heinrich Himmler (Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums) in einer Notiz.³³ Ein anderer rassenpolitischer Ansatz zu den Zwangsarbeitern stammt von der „Reichsgruppe Industrie“, die aufgrund des Einrückens ihrer Arbeitskräfte an die Front dringend Arbeiter brauchten. Eine streng vertrauliche Denkschrift der Reichsgruppe Industrie vom 1. August 1940 belegt das Interesse an Zwangsarbeitern: „Der Wirtschaft wird im kommenden europäischen Großraum eine große Fülle von Aufgaben gestellt werden, die nur durch eine entsprechend große Zahl von Arbeitskräften zu bewältigen ist. Es ist der Gedanke ausgesprochen worden, für die Vielzahl der einfachen, untergeordneten und primitiv erscheinenden Arbeiten nicht-volksdeutsche Arbeitskräfte zu verwenden, vielmehr sollen solche Arbeiten ausschließlich von Angehörigen sogenannter Hilfsvölker (vorwiegend Slawen usw) ausgeführt werden. Dem volksdeutschen Arbeiter soll eine gehobenere, qualitativ wertvollere Arbeitsleistung vorbehalten bleiben“.³⁴ Damit sind die seit der Machtübernahme der NSDAP 1933 immer vorhandenen rassentheoretischen Ideologien erstmals als Ausgangspunkt für Differenzierungen in Menschenkategorien festgehalten worden.

Unter Reichskommissar Heinrich Himmlers Aufsicht erstellte das RSHA (Reichssicherheitshauptamt) sämtliche Vorschriften für die Fremdarbeiter im Reich, die eine Rassentrennung im Alltag aufrechterhalten sollten.³⁵ Hitler räumte ihm uneingeschränkte Kompetenzen für die „Germanisierung“ der neuen Machtbereiche im Osten ein.

³³Zitiert nach Reinhard Kühnl, Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 319.

³⁴ Zitiert nach Reinhard Kühnl, 308.

³⁵ Annegret Hansch-Singh, Rassismus und Fremdarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg, 74.

Als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ (RKF) war er für die Planung und Organisation der Ansiedlung von Deutschen und der „Eindeutschung“ von „Deutschstämmigen“ zuständig. Germanisierungspläne wie seine „Denkschrift über die Behandlung der Fremdvölkischen im Osten“ und der fragmentarisch überlieferte „Generalplan Ost“ drückten Himmlers Anschauungen aus. Der Generalplan Ost war ein Gesamtkonzept einer Germanisierungspolitik in den osteuropäischen Ländern. Er bestand aus einer Reihe von Plänen, wobei die ersten Plandokumente das besiegte Polen betrafen, der Überfall auf die UdSSR stellte für die generalplaner den Schwerpunkt dar. Der Plan beinhaltete die Ansiedlung von etwa 10 Millionen „germanischen“ Menschen im Osten und das innerhalb von 30 Jahren. „Am 28.Mai 1942 erhielt Himmler die berüchtigte Denkschrift „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues“ von dem Berliner Universitätsprofessor und hohen SS-Führer Konrad Meyer. Er sah die Ermordung, Aushungerung und Vertreibung von 30 bis 40 Millionen Slawen und sonstigen „Untermenschen“ vor – Polen, Juden, Russen, Weißrussen, Ukrainern, Sinti und Roma und natürlich „Bolschewisten“ beliebiger Herkunft und Rasse.“³⁶

Mark Spoerer teilt die ausländischen Zivilarbeiter, Kriegsgefangenen und Häftlinge in vier Gruppen ein:

- Freiwillige ausländische Zivilarbeiter, zu denen die aus den verbündeten Staaten Bulgarien, Italien, Kroatien, Rumänien, der Slowakei und Ungarn zählten. Sie konnten ihre Existenzbedingungen beeinflussen.
- Zwangsarbeiter mit etwas Einfluss auf ihre Existenzbedingungen. Zu ihnen zählen Zivilarbeiter aus den besetzten Gebieten außerhalb Polens und der Sowjetunion und Kriegsgefangene aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und Jugoslawien.
- Zwangsarbeiter ohne nennenswerten Einfluss auf ihre Existenzbedingungen und mit deutlich überdurchschnittlicher Sterblichkeit wie die Zivilarbeiter aus

³⁶ Dietrich Eichholtz, „Generalplan Ost“ zur Versklavung osteuropäischer Völker in „UTOPIE kreativ“, H 167 (September 2004), 803-804 unter www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/167eichholtz.pdf, 9.Jänner 2011.

Polen und der Sowjetunion sowie die polnisch-nichtjüdischen und italienischen Kriegsgefangenen und

- Zwangsarbeiter ohne jeglichen Einfluss auf ihre Existenzbedingungen und mit extrem hoher Sterblichkeit. Zu ihnen zählen die polnisch-jüdischen und sowjetischen Kriegsgefangenen, Häftlinge aus Konzentrationslagern und Arbeitserziehungslagern sowie „Arbeitsjuden“ aus Zwangsarbeiterlagern und Ghettos.³⁷

Die Frage der unterschiedlichen Behandlung je nach „Rassenhierarchie“ betraf vor allem jene Menschen, die in Gebieten beheimatet sind, die im Verlaufe der Geschichte unterschiedliche politische Entwicklungen nahmen. Das galt für die Unterschiede zwischen den Polen und den Ukrainern in Galizien und im Vergleich dazu den „Ostarbeitern“ aus der Ukraine. Eine umfangreiche detaillierte Beschreibung der Problematik liefert als Quelle der „Befehl des Chefs der Gendarmerie beim Reichsstatthalter Steiermark über die Begriffsbestimmung Ostarbeiter“ vom 20. August 1942³⁸:

Es gilt zu unterscheiden in

- A. Arbeitskräfte aus den altsowjetischen Gebieten
- B. Arbeitskräfte aus den ehemaligen Staaten Litauen, Lettland und Estland
- C. Arbeitskräfte polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten
- D. Fremdvölkische Arbeitskräfte nicht polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten

Als ein wichtiges Kennzeichen für die Gruppe A galt ihre „ideologische Gefährlichkeit“ insofern, als „im Umgang mit diesen Arbeitskräften unbedingt der Umstand zu berücksichtigen ist, dass sich diese jahrzehntelang unter bolschewistischer Herrschaft befanden und in ihrer Erziehung die Feindbilder nationalsozialistisches Deutschland und europäische Kultur ein fester Bestandteil waren.“ Daher seien sie von der deutschen Bevölkerung fern zu halten, sie dürfen

³⁷ Mark Spoerer, Zwangsarbeit, 16.

³⁸ Stefan Karner, Ostarbeiter, 104.

nur in geschlossenen Kolonnen arbeiten und sie müssen ständig bewacht werden. Die Freizeit habe aus Überwachungsgründen sich im Lager abzuspielen.³⁹

Bei der Gruppe B, kurz zusammengefasst den „Arbeitskräften aus den Baltenländern“ galt für ihre Behandlung, dass es sich um größtenteils fremdvölkische Arbeitskräfte handelt, die nur „in einer gewissen Zeitspanne unter intensiver bolschewistischer Beeinflussung“ waren. Das rechtfertigt eine bessere Behandlung, ihr Einsatz sollte auch geschlossen erfolgen, aber die Unterkünfte z.B. müssen nicht bewacht werden.⁴⁰

Zur Gruppe C zählten „Arbeitskräfte polnischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten, die bis zum 1.9.1939 in den eingegliederten Ostgebieten, einschließlich des Gebietes Bialystock und des Generalgouvernements (einschließlich des Gebietes Lemberg) ansässig waren und in Reichsgebiete außerhalb der eingegliederten Ostgebiete verbracht wurden oder werden. Diese Arbeitskräfte unterlagen der Reichspolizeiverordnung vom 8.3.1940 und den entsprechenden Erlässen.“⁴¹

Zu der Gruppe D gehörten Ukrainer, Weissruthenen und Russen sowie Kaschuben, Masuren und Slonslaken, soweit sie nicht in die deutsche Volksliste aufgenommen sind. „Maßgebend für die Behandlung dieser Arbeitskräfte ist einerseits die vielfach gegnerische Einstellung zum polnischen Volk und die loyale Haltung gegenüber dem Deutschen Reich.“⁴² Sie waren wie die Arbeitskräfte aus den Baltenländern zu behandeln.

Zusammenfassend gilt, dass als Ostarbeiter nur die unter A genannten Arbeitskräfte aus dem altsovjetschen Gebiet galten und nur diese das Abzeichen Ost zu tragen hatten, die unter C genannten Arbeitskräfte polnischen Volkstums hatten das P zu

³⁹ Stefan Karner, Ostarbeiter, 104.

⁴⁰ Stefan Karner, Ostarbeiter, 106.

⁴¹ Stefan Karner, Ostarbeiter, 106.

⁴² Stefan Karner, Ostarbeiter, 108.

tragen, während die Gruppen B und D keine Abzeichen tragen mussten und keine Lagerbewachung hatten.⁴³

Der Bedarf an Arbeitskräften und die daraus resultierende Arbeitskräftepolitik in Deutschland lassen sich in drei Perioden einteilen:

- Die Periode vom bis zum Kriegsbeginn, die von der Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch die beginnende Rüstungsindustrie gekennzeichnet war.
- Die Periode vom Kriegsbeginn bis zum Scheitern der deutschen „Blitzkriegsstrategie“ im Winter 1941/42, geprägt von der Heranziehung Kriegsgefangener, den Anfängen des Ausländereinsatzes in der Kriegswirtschaft und der Herausbildung einer abgestuft diskriminierenden Behandlung der verschiedenen Gruppen
- Die Periode von 1942 bis 1945, die vom systematischen und massenhaften Einsatz ziviler AusländerInnen, Kriegsgefangener, KZ-Häftlinge und Juden in der Kriegswirtschaft geprägt war.⁴⁴

Im Laufe des Krieges kam es zu einer „Neuordnung“ der Zwangsarbeiter, da der Traum vom Blitzkrieg spätestens mit dem Russlandfeldzug zu Ende war. Der lang anhaltende Krieg erforderte immer neue Soldaten, die in ihrer Heimat als Arbeitskräfte fehlten. Die Neueinteilung in Kategorien im Erlass des Reichssicherheitshauptamtes vom Jänner 1941 änderte nichts an der grundsätzlichen Tatsache, dass an der Spitze der nationalsozialistischen Rassenskala der deutsche Herrenmensch stand, gefolgt von germanischen, angelsächsischen, romanischen und schließlich slawischen Völkern. Unter ihnen standen nur noch die Juden, Zigeuner und Nichtweißen. „Durch einen Erlass des Reichssicherheitshauptamtes von Mitte Jänner 1941 wurde diese Rassenhierarchie zur offiziellen Richtlinie für die Behandlung der Ausländer im Reich. Danach unterschied das RSHA zwischen „Arbeitnehmern germanischer Abstammung (Norweger, Dänen, Niederländer und Flamen) und fremdvölkischen Arbeitnehmern.“⁴⁵ Allerdings führte diese Unterscheidung immer wieder zu

⁴³ Stefan Karner, Ostarbeiter, 108.

⁴⁴ Florian Freund, Bertrand Perz, Mark Spoerer, Zwangsarbeit auf dem Gebiet der Republik Österreich, Band 26/1, 13.

⁴⁵ Mark Spoerer, Zwangsarbeit, 25.

Erklärungsnotständen, wenn z.B. Italiener, Slowaken und Ungarn zwar fremdvölkisch waren, aber als Arbeiter aus verbündeten Staaten Privilegien besaßen.

Daher kam es im Februar 1943 zu einer neuen Kategorisierung, nämlich die Unterscheidung in Arbeiter

- aus germanischen Völkern,
- nichtgermanischen verbündeten Völkern,
- nichtgermanischen unter deutscher Hoheit stehenden Völkern und
- Ostarbeitern, das heißt Zivilarbeiter aus den besetzten Teilen der Sowjetunion.⁴⁶

6. Polen unter nationalsozialistischer Herrschaft

6.1. Die Neuordnung des polnischen Raumes

Hitler und Stalin teilten Polen untereinander auf, es gab keine Kapitulationsurkunde, keinen Waffenstillstands- oder Friedensvertrag, Polen sollte aufhören zu existieren. Bei diesem Geheimprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion, das am 23. August 1939 in Moskau vom Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop und Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow, Vorsitzendem des Rates der Volkskommissare, unterzeichnet wurde, sahen die beiden Vertragsparteien vor, Polen und die baltischen Staaten gemeinsam zu überfallen und deren Territorium unter sich aufzuteilen. Ohne das sowjetische Einverständnis wäre der Angriff auf Polen durch die deutsche Wehrmacht nicht möglich gewesen.⁴⁷

Rechtspolitisch bestand Polen aber weiter. Am Tag der Kapitulation von Warschau am 27. September 1939 trat der im verbündeten Rumänien internierte Präsident Ignacy Moscicki zurück. Er ernannte den in Paris weilenden Senatspräsidenten Wladyslaw Raczkiewicz zu seinem Nachfolger, der mit General Wladyslaw Sikorski eine Exilregierung gründete. „Das Staatsterritorium des polnischen Staates umfasste 1938 388.300 km². Es bestand unter anderem aus Teilen des heutigen

⁴⁶ Mark Spoerer, Zwangsarbeit, 26.

⁴⁷ Norman Davies, Im Herzen Europas, 59.

Weißrussland, der westlichen Ukraine und des südlichen Litauen. Russland beanspruchte eine Fläche von 200.000 km² mit 13 Millionen Einwohnern, das Deutsche Reich eine Fläche von 118.000 km² mit einer Bevölkerung von 20 Millionen. In einem Erlass über die Gliederung der Ostgebiete wurde die westliche Hälfte Polens mit den wichtigsten Industriegebieten bereits am 10. Oktober 1939 direkt annektiert.⁴⁸

Im Rahmen des bereits erwähnten „Generalplanes Ost“ betrafen die ersten Plandokumente von Ende 1939/Anfang 1940 das besiegte Polen. In den annektierten Westgebieten Warthegau, Danzig - Westpreußen und Ostoberschlesien sollten 50 Prozent der Polen sofort in das Generalgouvernement abgeschoben werden, um deutschen Bauern und Städtern Platz zu machen.⁴⁹

Die neuen Grenzen zwischen dem Großdeutschen Reich, dem Generalgouvernement, dem Reichskommissariat Ukraine etc. zeigt nachfolgende Karte:

Karte 1: Polen 1918 und 1945 (Karte aus Wikipedia)⁵⁰



⁴⁸ Klaus Dieter Färber, Polen – der Zweite Weltkrieg, 7.

⁴⁹ Dietrich Eichholtz, „Generalplan Ost“ zur Versklavung osteuropäischer Völker. In:UTOPIE kreativ, H.167 (September 2004) online unter www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/167eichholtz.pdf, 10.Jänner 2011

⁵⁰ http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=datei:karte_viertepolnischeteilung.png, 28.August 2010

6.2. Germanisierung Polens

Das Konzept der Flurbereinigung in Polen umfasste „als ersten Schritt die Dezimierung und Entfernung von Polen und Juden aus den westpolnischen Gebieten und die Aufteilung des gesamten okkupierten Landes in eine einzudeutschende Aufbauzone und eine niederzuhaltende Rest- und Reservatzzone (für abgeschobene Polen, Juden aus dem Reich und andere unerwünschte Elemente).“⁵¹

Nach den Plänen Hitlers sollte eine umfassende Aussiedelungs- und Umsiedelungspolitik stattfinden. Polen sollten als Zwangsarbeiter ins Reich gebracht werden, während deutsche Siedler aus besetzten Ostgebieten in das Generalgouvernement auswandern mussten. Hitler zog in der Reichsratsrede vom 6. Oktober 1939 „alle Register, um den polnischen Staat verächtlich zu machen, die Polen als gänzlich kulturlos zu diffamieren und alle antipolnischen Emotionen zu mobilisieren“.⁵² Gleichzeitig verkündete er die beabsichtigte „Neuordnung der ethnographischen Verhältnisse“. „Dabei gab er jetzt auch das Startzeichen zur Rückführung der Baltendeutschen und anderer entlegener deutscher Volksgruppen, die als wertvolles deutsches „Menschenmaterial“ der neuen nationalsozialistischen Ostkolonisation im besetzten Polen dienen sollten.“⁵³

Die Aufteilung Polens zwischen Deutschland und Russland am 28. September 1939 zerschnitt Polen in zwei fast gleich große Teile, allerdings entstanden nach Bevölkerungszahl und Nationalität sehr ungleiche Teile. „Ganz Westpolen (mit den ehem. Wojewodschaften Pommerellen, Posen und Schlesien), Zentralpolen mit Ausnahme der Wojewodschaft Bialystok sowie die westlichen Teile Südpolens (Wojewodschaft Krakau mit einem westlichen Streifen der Wojewodschaft Lemberg, ohne Lemberg-Stadt) fielen in das deutsche Gebiet, insgesamt eine Fläche von 188.000 qkm (=fast vier Fünftel der Fläche der Bundesrepublik) mit 20,2 Mill. Einwohnern, davon 17,3 Mill. Polen und 675.000 Deutschen.“⁵⁴

⁵¹ Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik, 22.

⁵² Zitiert nach Martin Broszat, 23.

⁵³ Zitiert nach Martin Broszat, 23.

⁵⁴ Martin Broszat, 36.

Hitler ordnete die sofortige Eingliederung eines Teiles der deutsch besetzten Gebiete an und zwar in ein Gebiet, das eingedeutscht werden sollte und in ein Gebiet, in dem die Ausbeutung von Polen und Juden möglichst rasch zu realisieren ist, dem Generalgouvernement. Um alle diese beabsichtigten bevölkerungspolitischen Maßnahmen in Angriff nehmen zu können war die Festlegung der Trennlinie zwischen beiden Zonen Voraussetzung.⁵⁵ Insbesondere im Generalgouvernement liefen konkrete Umvolkungsmaßnahmen bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn mit Vehemenz an. Dieser Raum galt als deutscher Binnenraum und sollte innerhalb kürzester Zeit ausschließlich deutsch besiedelt werden. Peter Longerich widmet in seiner Himmler Biographie dem Thema „Siedlungspolitik und rassische Auslese“ ein eigenes Kapitel. Da wird „Kinderraub“ von Himmler bereits im Jahre 1941 so beschrieben: „Ich halte es für richtig, wenn besonders gutrassige kleine Kinder polnischer Familien zusammengeholt und von uns in besonderen, nicht zu großen Kinderhorten und Kinderheimen erzogen würden. Das Wegholen der Kinder müsste mit gesundheitlicher Gefährdung begründet werden.“⁵⁶

Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei, fasste Hitlers Ausführungen über das mittelfristige Ziel deutscher Okkupationspolitik in Polen wie folgt zusammen. „Die Polen müssten also nach dem Reich kommen und dort arbeiten in der Landwirtschaft, an den Straßen und sonstige niedrige Arbeiten leisten, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen“. Sie sollen aber ihren Wohnsitz in Polen behalten, „denn wir wollen gar keine Blutsvermischung mit unsren deutschen Volksgenossen“. Nach Bormanns Ausführungen über die Vorstellungen des Führers seien die Polen zu niedriger Arbeit geboren und brauchen keine Aufstiegsmöglichkeiten. Und weiters sei „unser deutscher Arbeiter von Natur aus im allgemeinen strebsam und fleißig, der Pole von Natur aus faul und müsse zur Arbeit angetrieben werden.“⁵⁷

⁵⁵ Martin Broszat, 36.

⁵⁶ Zitiert nach Peter Longerich, Heinrich Himmler Biographie, 615.

⁵⁷ Zitiert nach Annegret Hansch-Singh, 75.

6.3. Polnische Kriegsgefangene

Die Arbeitslosigkeit in Polen war vor dem deutschen Überfall sehr hoch und verstärkte sich durch die Kriegseinwirkungen noch, da Betriebszweige von den deutschen Behörden stillgelegt wurden, die für die deutsche Kriegsführung nicht brauchbar waren. Zunächst begann man mit dem Einsatz polnischer Kriegsgefangener, um die deutsche Ernte des Herbstes 1939 noch zu sichern. „Nach dem deutschen Überfall auf Polen drängte die Zeit, weil auf den ostpreußischen Gütern die Hackfruchternte noch eingebracht werden musste. Ende September waren bereits 100.000 Gefangene in der deutschen Landwirtschaft tätig, im November bereits 250.000 und bis Jahresende ca. 300.000. Die Beschäftigung von Kriegsgefangenen war für die deutschen Behörden insofern eine einfache und bequeme Lösung, als sie weiter militärischer Überwachung unterstanden und sehr billig waren.“⁵⁸

Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage in Polen Anfang der 30er Jahre gab es mehr arbeitslose und ausreisewillige Polen als in Deutschland zur Arbeit zugelassen waren. Diese Beschränkung wurde 1936 mit der polnischen Regierung verhandelt, sie betrug 1937 noch ein Kontingent von 10.000 Arbeitern, 1938 wurde es auf 60.000 aufgestockt, 1939 auf 90.000 Arbeiter. Der illegale Grenzübertritt nahm deshalb zu, zumal die deutschen Behörden die illegale Zuwanderung sogar unterstützten.⁵⁹ Um die zahlreichen, seit dem Frühjahr 1939 illegal nach Deutschland kommenden polnischen Landarbeiter sofort registrieren zu können, errichteten die Landesarbeitsämter entlang der Grenze zu Polen Auffangstellen. Dadurch waren Beamte an der Grenze vorhanden, die am 1. September 1939 bei Kriegsbeginn sofort mit den Soldaten mitgingen.

Konkrete Hinweise auf die Frage der möglichen Beschäftigung von Kriegsgefangenen fanden sich erst seit Herbst 1937, als das Wirtschafts - und Rüstungsamt beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW) begann, die Erfahrungen

⁵⁸ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 78.

⁵⁹ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, 124.

des Ersten Weltkrieges bei der Beschäftigung von Kriegsgefangenen auszuwerten.⁶⁰ Allerdings beschäftigte man sich nur mit dem Einsatz von Kriegsgefangenen und nicht von zivilen Arbeitern.

Der rasche Einsatz der polnischen Kriegsgefangenen wurde durch die Zusammenarbeit der zuständigen Militärstellen und der Arbeitseinsatzverwaltung ermöglicht. Das Einrücken der deutschen Arbeitseinsatzverwaltung vollzog sich so schnell, dass sie gleichzeitig die erste deutsche Zivilverwaltung in den besetzten Gebieten darstellten. „Schon am 3. September 1939 wurden Arbeitsämter in Rybnik (Anmerkung: ca. 100 km westlich von Krakau) und Dirschau (Anmerkung ca. 50 km südlich von Danzig) errichtet, bereits 14 Tage später waren es 30 Dienststellen im besetzten polnischen Gebiet, Anfang Oktober bereits 115 Dienststellen“.⁶¹ Die Aufgabe der Arbeitsämter bestand wie vorher an den Auffangstellen nun in Polen selbst Arbeiter zu vermitteln, die in Deutschland arbeiten wollten.

Zusätzlich wurde begonnen „alle Arbeitslosen karteimäßig zu erfassen“.⁶² Ziel dieser behördlichen Registrierung war die Verteilung der Arbeitskräfte auf kriegswichtige Arbeiten in Polen. Gleichzeitig wurden aber auch diejenigen Arbeitskräfte erfasst, die sich für den Arbeitseinsatz in der deutschen Landwirtschaft meldeten.

6.4. Polnische Zivilarbeiter

6.4.1 Allgemeines

Die rasche Arbeit der reichsdeutschen Behörden in den besetzten Gebieten führt zur Frage, inwieweit der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte nicht doch von langer Hand geplant war. Vorbereitungen für einen Masseneinsatz ziviler ausländischer, vor allem polnischer Arbeitskräfte gab es vor Kriegsbeginn aber nicht. Erst etwa Ende November 1939 fiel angesichts des Arbeitskräftemangels die Entscheidung für den massenhaften Einsatz polnischer Zivilarbeiter. Göring wies am 16. November die Arbeitsverwaltung an, „die Hereinnahme ziviler polnischer Arbeitskräfte, insbesondere polnische Mädchen, in größtem Ausmaß zu betreiben. Ihr Einsatz und

⁶⁰ Ulrich Herbert, *Ausländerpolitik*, 127.

⁶¹ Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter*, 41.

⁶² Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter*, 77.

ihre Entlohnung müssen zu Bedingungen erfolgen, die den deutschen Betrieben leistungsfähige Arbeitskräfte billigst zur Verfügung stellen.“⁶³ Im Januar 1940 erfolgte dann auf Anordnung des Generalgouverneurs in Polen Hans Frank, der als Bevollmächtigter Görings den Masseneinsatz in Gang setzte, die „Bereitstellung und Transport von mindestens einer Million Land- und Industriearbeitern und -arbeiterinnen ins Reich, davon etwa 750.000 landwirtschaftliche Arbeitskräfte, von denen mindestens 50% Frauen sein müssen, zur Sicherstellung der landwirtschaftlichen Erzeugung im Reich und als Ersatz für fehlende Industriearbeiter.“⁶⁴

Die Greuelpropaganda gegen die Polen, die sie als „slawische Untermenschen“ bezeichnete und als verschlagene, brutale Primitive darstellte, hat bereits in den 30er Jahren eingesetzt. Während des auf zehn Jahre befristeten deutsch-polnischen Nichtangriffsabkommens vom 26. Jänner 1934, welches neben des Gewaltverzichts und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten auch aufgrund des „gutnachbarlichen Verhältnisses“⁶⁵ auch das „Stillhalteabkommen“ beinhaltete, mit dem die antipolnischen Kampagnen ausgesetzt, dann aber im Jahr 1939 wieder aufgenommen wurden. Hitler schürte seit dem Frühjahr 1939 offen den Konflikt mit Polen und kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt frühzeitig und widerrechtlich. Die deutsche Minderheit in Polen wurde zur Verschärfung der Lage eingesetzt, im Gegenzug antwortete die polnische Regierung mit Verfolgungsmaßnahmen. Gleichzeitig begann im Deutschen Reich wieder eine polnische Hetzkampagne. „Goebbels inszenierte einen so perfekt-perfiden Verleumdungsfeldzug, daß weite Kreise der deutschen Bevölkerung von der Richtigkeit des Hitlerischen Vorgehens überzeugt waren“.⁶⁶ Vor allem rassepolitische Argumente sollten für die Diskreditierung der Polen sorgen und sie für minderwertige Arbeiten demnach ideal erscheinen lassen. Im Exkurs zu den deutsch-polnischen Beziehungen (unter Punkt 10.5.1.) wird im Zuge der Arbeit aber noch eingehender auf diese Problematik eingegangen.

⁶³ Zitiert nach Ulrich Herbert, *Ausländerpolitik*, 132.

⁶⁴ Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter*, 79.

⁶⁵ Jörg K. Hoensch, *Geschichte Polens*, 271.

⁶⁶ Jörg K. Hoensch, 275.

Weiträumig wurden die polnischen Westgebiete sofort ins Reich eingegliedert mit 90.000km² und zehn Millionen Einwohnern, davon acht Millionen Polen. Das südpolnische Restgebiet wurde als „Generalgouvernement deutscher Verwaltung“ unterstellt. Dort residierte Hans Frank im Stil eines „schrakenlos waltenden „Despoten“ über 12,5 Mio Polen auf einem Gebiet von 96.500km². Seine grundsätzliche Einstellung zur Bevölkerung im Generalgouvernement sei aus den Aufzeichnungen im Diensttagebuch vom 14. Jänner 1944 wiedergegeben: „Wenn wir den Krieg einmal gewonnen haben, dann kann meinetwegen aus den Polen und aus den Ukrainern und dem, was sich hier herumtreibt, Hackfleisch gemacht werden(...)“⁶⁷.

Im Jänner 1940 wurde Generalgouverneur Frank angewiesen, aus dem Generalgouvernement insgesamt eine Million Arbeitskräfte anzuwerben.⁶⁸ Wie diese Anweisung im Generalgouvernement aufgenommen wurde, lässt sich in seinem Diensttagebuch nachlesen, das auch Einblicke in die Gegensätze Zentrum der Macht Berlin und Macht in der Peripherie, der Hauptstadt Krakau, bietet. Am 11. Jänner 1940 beschrieb er eine Besprechung mit dem Abteilungsleiter des Amtes Arbeit Dr. Max Frauendorfer, der über die Möglichkeiten und den Umfang des Abtransportes von Arbeitern ins Reich berichtete. „Die Reichsbahn fahre täglich 10 Transportzüge mit je 1.000 Arbeitern. Am 15.1. werde mit den Transportern, wieder begonnen. Bei der Umsiedlungsaktion müsse vermieden werden, dass sie in diesem brutalen Stil weitergeführt wird wie bisher, da sonst zu befürchten sei, dass sich die Leute nicht mehr freiwillig für das Reich melden.“⁶⁹ Diese Sorge, dass die freiwilligen Meldungen aufgrund der Brutalitäten bei der Behandlung der polnischen Zwangsarbeiter zurückgehen könnten, sollte sich als richtig erweisen. Der zunehmende Druck durch den steigenden Arbeitskräftemangel in der deutschen Kriegswirtschaft wurde immer stärker.

Am 19. Jänner 1940 berichtet Senatspräsident Robert Lenk bei der Abteilungsleitersitzung, dass von Berlin 1,2 Mio. Arbeitskräfte angefordert wurden, allerdings ist fraglich ob diese hohe Zahl erreicht werden kann. „Wir wollen die Aktion

⁶⁷Hans Frank, Diensttagebuch, 772.

⁶⁸ Annegrete Hansch-Singh, 89.

⁶⁹ Hans Frank, Diensttagebuch, 85.

sofort beginnen; wir wollen auch mit der Propaganda sofort einsetzen, damit wir den Transportschwierigkeiten rechtzeitig begegnen oder ausweichen können. Es werden Plakate angeschlagen werden, in den einzelnen Arbeitsämtern wird die Propaganda einsetzen. Wir hoffen, dass die Transporte noch im Februar anlaufen können“.⁷⁰

6.4.2. Anwerbung in Polen – Von der Freiwilligkeit zum Zwang

Den Dienststellen der Arbeitsverwaltung im Generalgouvernement oblag die Aufgabe, in kürzester Zeit möglichst viele Arbeitskräfte aufzubieten und zum Abtransport bereitzustellen. In erster Zeit brachte die Werbung keine Schwierigkeiten. Schon wegen der schlechten Lebensverhältnisse fanden sich Männer und Frauen jeden Alters freiwillig zur Arbeitsaufnahme im Reich bereit. Die Abneigung, sich anwerben zu lassen, wurde jedoch von Jahr zu Jahr größer. Es entstand eine wachsende Widerstandsbewegung unter der Parole: „Die Arbeitsleistung im Reich stärke den Feind und sei polnischer Landesverrat“.⁷¹

Da man ohne Druck und vor allem Zwang diese große vom Reichshauptquartier geforderte Zahl nicht erreichen konnte, wurde mit der bürokratischen und lückenlosen Erfassung der Arbeitslosen begonnen bzw. mit ihrer Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme im Reich. Die deutsche Kriegswirtschaft war auf eine immer größere Zahl von Fremdarbeitern angewiesen, vorerst primär in der Landwirtschaft, um die Versorgung für die Bevölkerung aufrechterhalten zu können. Zu Beginn des Frühjahres 1940 sollten den landwirtschaftlichen Betrieben etwa 800.000 polnische Arbeitskräfte zu Löhnen, die unterhalb der Tariflöhne für vergleichbare deutsche Arbeiter lagen, zur Verfügung gestellt werden.⁷² Die Verwaltung des Generalgouvernements sah sich daher gezwungen, Broschüren und Flugblätter in polnischer Sprache zu drucken, um die Parolen der Gegenpropaganda zu entkräften. Vor allem im Generalgouvernement bildete sich eine starke Untergrundbewegung, die mit Hilfe und Unterstützungsbereitschaft der Bevölkerung eine richtige Untergrundarmee bildete, aber auch ein geheimes Schul- und

⁷⁰ Hans Frank, Dienstagebuch, 97.

⁷¹ Hans Pfahlmann, 24.

⁷² Hans Pfahlmann, 24.

Kommunikationssystem aufbaute. Die eigene Niederlage, der militärische Untergang Frankreichs und vor allem die maßlose deutsche Herrschaft lieferten einen idealen Nährboden für diese Untergrundaktivitäten. Die nationalsozialistische Volkstums- und Umsiedlungspolitik und der Polizeiterror Himmlers nährten den Hass und verursachten den raschen Zulauf zu den Untergrundkämpfern.⁷³

Aufgrund der Gegenpropaganda wurden die Gemeindevorsteher eingeladen, Werbeversammlungen abzuhalten. Werbeerfolge von Bürgermeistern wurden mit Wodka, Zigaretten usw. belohnt. Es wurden aber auch Kontingentierungen vorgegeben und bei Nichterfüllung der Auflagen deutsche und polnische Polizei eingesetzt, um die Beordneten oder Flüchtigen zwangsweise zusammenzutreiben.⁷⁴ Das Ende der Freiwilligkeit verursachte große Angst in der Bevölkerung, die der Stadthauptmann Schmidt von Krakau bei einer Besprechung mit dem Generalgouverneur am 9. Mai 1940 beschrieb, dass „in der Stadt eine starke Nervosität herrsche, weil angeblich junge Leute zwangsweise von der Straße weggenommen und nach Deutschland transportiert würden“.⁷⁵

Aber trotz Zwangsmaßnahmen konnte Frank die geforderte Zahl polnischer Arbeitskräfte nicht erbringen; er beschreibt in seinem Diensttagebuch am 30. Mai 1940 anlässlich einer Polizeisitzung die Situation zu den ins Reich zu schickenden Arbeitskräfte so: „Wenn man den Leuten, nachdem sie draußen sind, entgegen den im Generalgouvernement gemachten Zusagen, den Lohn von 50 RM auf 25 RM kürzt,(.....) wenn man sie in jeder Weise degradierend behandelt, kann man nicht erwarten, dass das Generalgouvernement im nächsten Jahr noch in der Lage ist, ein größeres Kontingent von Arbeitern freiwillig ins Reich zu bringen“⁷⁶.

Noch später heißt es in einer Aufforderung des deutschen Arbeitsamtes der Kreisstadt Lowitsch (polnisch Lowicz): „Sie haben sich am 23.3.1943 um 8:00 im Arbeitsamt Skierniewice zu stellen und falls Sie zur Arbeitsleistung für geeignet befunden werden, zu dem anschließenden Abtransport einzufinden“⁷⁷. Verbunden

⁷³ Jörg K.Hoensch, 283.

⁷⁴ Hans Pfahlmann, 25.

⁷⁵ Hans Frank, Diensttagebuch, 196.

⁷⁶ Hans Frank, Diensttagebuch, 219.

⁷⁷ Zitiert nach Hans Pfahlmann, 29.

mit dem Einberufungsbefehl waren Anreize bei Freiwilligkeit, etwa zusätzliche Lebensmittel für die Angehörigen (Kartoffeln). Verbunden damit war aber auch die Drohung, dass bei Nichteinhaltung des Befehls oder Verpflichtungsbescheides, „die Familienangehörigen ins Verwaltungsstraflager eingewiesen und von dort erst wieder entlassen werden, wenn Sie sich gestellt haben“.⁷⁸

6.4.3. Polenerlasse vom 8. März 1940

Mit den Erlassen der Reichsregierung vom 8. März 1940 schufen die Nationalsozialisten per Polizeiverordnung ein Sonderrecht. Das Erlasspaket enthielt für die polnischen Zivilarbeiter „ein nächtliches Ausgehverbot, ein Verbot der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, ein Verbot des Besuches deutscher Veranstaltungen kultureller, kirchlicher und geselliger Art sowie ein Verbot des Besuches von Gaststätten.“⁷⁹ Der Erlass war mit zwei Merkblättern versehen, eines richtete sich an die deutschen Arbeitgeber, die polnische Arbeiter beschäftigten, das zweite richtete sich an die polnischen Arbeiter selbst. „Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verlässt usw., erhält Zwangsarbeit im Konzentrationslager (...). Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft“⁸⁰, mit so unmissverständlicher und brutaler Sprache wurde den polnischen Arbeitern und Arbeiterinnen ihre Lage im Reich erklärt.

Über die Arbeit hinaus waren Kontakte zwischen der deutschen Belegschaft und polnischen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen verboten. Ein Beispiel der Betriebsanweisung der Firma Bergmann Elektrizitätswerke, Berlin 1940⁸¹ soll das belegen:

Die Beanspruchung der gesamten deutschen Volkswirtschaft während des Krieges erfordert den Einsatz aller verfügbaren Einsatzkräfte. Es hat sich daher nicht vermeiden lassen, auch in unseren Betrieben zu Hof- und Transportarbeiten polnische Arbeitskräfte einzusetzen. Jedes deutsche Gefolgschaftsmitglied hat sich stets bewusst zu sein, daß die Zivilarbeiter polnischen Volkstums Angehörige eines

⁷⁸ Zitiert nach Hans Pfahmann, 29.

⁷⁹ Zitiert nach Herbert Ulrich, Fremdarbeiter, 89.

⁸⁰ Zitiert nach Herbert Ulrich, Fremdarbeiter, 89.

⁸¹ Berliner Geschichtswerkstatt (Hg), Zwangsarbeit in Berlin, 18.

Feindstaates sind und sein Verhalten danach einrichten. Die polnischen Arbeiter sind durch ein auf der Oberkleidung fest angebrachtes „P“ kenntlich. Der Verkehr mit den polnischen Arbeitskräften während der Arbeitszeit ist auf das unbedingt notwendigste Maß zu beschränken und außerhalb der Arbeitszeit völlig zu vermeiden. Weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern ist jede Unterhaltung mit den polnischen Arbeitern verboten. Verstöße gegen dieses Verbot werden sofort geahndet.

Im Vordergrund stand die Sorge, dass bei den vorwiegend in der Landwirtschaft tätigen Polen die von den Rassegesetzen geforderten Trennungslinien bei der gemeinsamen Arbeit nicht eingehalten werden können. Zudem war die Überwachung einzeln auf Bauernhöfen untergebrachter Zivilarbeiter viel schwieriger als die ganze Kriegsgefangenen- bzw. Zivilarbeiterlager. Daher begann die NSDAP im Frühjahr 1940 eine Propagandakampagne, um die Prinzipien und Vorschriften der März-Erlasse zu verbreiten. Jeder deutsche Bauer, der Ausländer beschäftigte, erhielt ein verbindliches Merkblatt, in dem es hieß: „Haltet das deutsche Blut rein! Das gilt für Männer wie für Frauen. So wie es als größte Schande gilt, sich mit einem Juden einzulassen, so versündigt sich jeder Deutsche, der mit einem Polen oder einer Polin intime Beziehungen unterhält. Verachtet die tierische Triebhaftigkeit dieser Rasse! Seid rassenbewusst und schützt Eure Kinder. Ihr verliert sonst Euer höchstes Gut: Eure Ehre.“⁸²

In Württemberg z.B. wurde speziell die Landbevölkerung mit einem Rundschreiben des württembergischen Innenministers gewarnt: „Jeder Volksgenosse muß sich bewußt sein, daß die Polen Angehörige eines Feindstaates sind und einer Kulturstufe angehören, die weit unter der deutschen Landbevölkerung liegt. Jeder Bauer und jede Bäuerin muß dem Herrenstandpunkt Rechnung tragen, den der Deutsche gegenüber dem Polen einnimmt.“⁸³

Ein anderes Beispiel von Vorschriften für die polnischen Zivilarbeiter stammt aus Salzburg, wobei diese nur für den Dienstgebrauch und lediglich zur mündlichen Eröffnung vorgesehen waren. Sie beschreiben die Pflichten polnischer Zivilarbeiter und -arbeiterinnen während ihres Aufenthaltes im Reich folgendermaßen:

⁸² Zitiert nach Herbert, Fremdarbeiter, 9.3

⁸³ Zitiert nach Annette Schäfer, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik, 28.

Jedem Arbeiter polnischen Volkstums gibt das Großdeutsche Reich Arbeit, Brot und Lohn. Es verlangt dafür, dass jeder die ihm zugewiesene Arbeit gewissenhaft ausführt und die bestehenden Gesetze und Anordnungen sorgfältig beachtet. Für alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums im Großdeutschen Reich gelten folgende besondere Bestimmungen:

- das Verlassen des Aufenthaltsortes ist streng verboten
- Während des von der Polizeibehörde angeordneten Ausgehverbotes darf auch die Unterkunft nicht verlassen werden.
- Die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, z.B. Eisenbahn, ist nur mit besonderer Erlaubnis der Ortspolizeibehörde gestattet.
- Alle Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums haben die ihnen übergebenen Abzeichen stets sichtbar auf der rechten Brustseite eines jeden Kleidungsstückes zu tragen. Das Abzeichen ist auf dem Kleidungsstück fest anzunähen.
- Wer lässig arbeitet, die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstätte eigenmächtig verlässt usw., erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager. Bei Sabotagehandlungen und anderen schweren Verstößen gegen die Arbeitsdisziplin erfolgt schwerste Bestrafung, mindestens eine mehrjährige Unterbringung in einem Arbeitserziehungslager.
- Jeder gesellige Verkehr mit der deutschen Bevölkerung, insbesondere der Besuch von Theatern, Kinos, Tanzvergnügen, Gaststätten und Kirchen, gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung, ist verboten. Tanzen und Alkoholgenuß ist nur in den den polnischen Arbeitern besonders zugewiesenen Gaststätten gestattet.
- Wer mit einer deutschen Frau oder einem deutschen Mann geschlechtlich verkehrt oder sich ihnen sonst unsittlich nähert, wird mit dem Tode bestraft.
- Jeder Verstoß gegen die für die Zivilarbeiter polnischen Volkstums erlassenen Anordnungen und Bestimmungen wird in Deutschland bestraft, eine Abschiebung nach Polen erfolgt nicht.
- Jeder polnische Arbeiter und jede polnische Arbeiterin hat sich stets vor Augen zu halten, dass sie freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gekommen sind. Wer diese Arbeit zufriedenstellend macht, erhält Brot und Lohn. Wer jedoch lässig arbeitet, und die Bestimmungen nicht beachtet, wird besonders während des Kriegszustandes unnachsichtig zur Rechenschaft gezogen.
- Über die hiermit bekanntgegebenen Bestimmungen zu sprechen oder zu schreiben, ist strengstens verboten.⁸⁴

Diese Anordnungen und Vorschriften mussten strengstens eingehalten werden, sonst drohten rigorose Bestrafungen. Die Anweisungen, Pflichten und die Verbote für die polnischen Zwangsarbeiter wurden noch wesentlich ausführlicher formuliert und veröffentlicht als die später erscheinenden Vorschriften für die Ostarbeiter.

⁸⁴ Zitiert nach Oskar Dohle, Arbeiter für den Endsieg, 51.

6.5. Die Einsetzung Sauckels als Generalbevollmächtigter für die Anwerbung der Arbeitskräfte

Am 28.10.1941 vermerkte bereits Martin Bormann, dass die DAF (Deutsche Arbeitsfront) ihm von dem Plan der Einsetzung eines „Reichskommissars für den Ausländereinsatz“ Kenntnis gab. Das Fehlen einheitlicher Grundsätze für die Betreuung ausländischer Arbeiter und die Vielzahl der beteiligten Reichsstellen hätten zu Unstimmigkeiten und Missständen geführt. Die Fürsorge für die ausländischen Arbeitskräfte müsse daher von einer einzigen Stelle als „zentraler Kommandostelle“ ausgehen.⁸⁵ Fritz Sauckel als Generalbevollmächtigter war für die Anwerbung der Arbeitskräfte alleinverantwortlich zuständig. Seine Ernennung erfolgte 1942 zu einem Zeitpunkt, zu dem klar war, dass der Krieg nicht ein Blitzkrieg war, sondern länger dauern würde. Die Sicherstellung der für die gesamte Kriegswirtschaft erforderlichen Arbeitskräfte ab 1942 erforderte eine einheitlich ausgerichtete Stelle, die den Einsatz sämtlich verfügbarer Arbeitskräfte sowie die Mobilisierung aller noch unausgenutzten Arbeitskräfte auch in den besetzten Gebieten regelte.

Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan ordnete in Ausführung eines Erlasses über die Einrichtung eines GBA (Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz) vom 21.März 1942 die Auflösung der Geschäftsgruppen Arbeitseinsatz an. Ihre Aufgaben, die Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte und die Regelung der Arbeitsbedingungen, übernahm Sauckel, der Göring unmittelbar unterstand. Im Erlass des Führers vom 30.September 1942 wurden die Vollmachten Sauckels festgelegt.

Hiernach war Sauckel ermächtigt, „nach seinem Ermessen im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorates sowie im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten alle Maßnahmen zu treffen, die den geordneten Arbeitseinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft unter allen Umständen gewährleisten“.⁸⁶ Um die Durchführung des Arbeitseinsatzes straffer zu gestalten wurden durch einen zweiten Erlass des Führers vom 4.März 1943 Sauckel die zuständigen Abteilungen des RAM

⁸⁵ Hans Pfahlmann, Fremdarbeiter, 16.

⁸⁶ Hans Pfahlmann, 17.

(Reichsarbeitsministerium) und die nachgeordneten Dienststellen persönlich unterstellt.⁸⁷

Während von den Schreibtischen aus in Berlin immer neue theoretische Anforderungen gestellt wurden, waren die immer wieder aufmüpfigen Eintragungen vom Generalgouverneur Hans Frank in sein Tagebuch auffallend, da er im Gegensatz zu den Auftraggebern in Berlin mit den Schwierigkeiten vor Ort konfrontiert war und allmählich bei ihm die Sorge um „sein eigenes Land“ auftaucht. „Wenn mir entgegengehalten wird, dass wir dann die Leute verhaften sollen, dann brauch ich aber 150.000 Mann Polizei, SS und Wehrmacht zur Verfügung, dann kann ich die Polen in Massen verhaften“.⁸⁸

Das Ausmaß der Meinungsdivergenzen zwischen der Zentrale in Berlin und der Peripherie des Generalgouvernements lässt eine Tagebucheintragung von Goebbels vom 4. Oktober 1942 erahnen, wo er dem Führer über die außerordentliche und kriegsabträgliche Bautätigkeit in den besetzten Gebieten, vor allem im Generalgouvernement berichtete. Er erzählte vom Wiederaufbau Warschaws, wobei Hitler eigentlich den Plan gehabt habe, Warschau dem Erdboden gleich zu machen, dass Frank dagegen seinen Plan verfolgt habe, Warschau wieder als Großstadt aufzurichten. Das bedeutete eine Bindung von Arbeitskräften im Lande und wurde von Goebbels so kommentiert: „Der Führer äußerte sich sehr abfällig über die Tätigkeit des Generalgouverneurs. Er hat ihm eine Reihe von Kompetenzen weggenommen und ihm unter anderem auch mitgeteilt, daß wenn seine Methoden sich nicht änderten, ihm auch das Generalgouvernement weggenommen werden müsse.“⁸⁹

Obwohl Frank wiederholt betonte, die geforderten Auflagen an Arbeitskräften nicht erfüllen zu können, gingen die Forderungen von Berlin weiter und Goebbels schrieb in seinem Tagebuch am 6. Oktober 1942, Sauckel sei es gelungen, alle ihm vom Führer gestellten Forderungen und Aufträge zu erfüllen. Bis zum 30. April 1943 sollen nun noch einmal zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte ins Reich hineingebracht

⁸⁷ Hans Pfahmann, 17.

⁸⁸ Hans Frank, Dienstagebuch, 219.

⁸⁹ Joseph Goebbels, Tagebücher, Elke Fröhlich (Hg), Band 6, 66.

werden.⁹⁰ In einer Arbeitstagung der Politischen Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement vom 14. Dezember 1942 äußerte Frank seine massiven Bedenken gegenüber der Polenpolitik der Partei. „Es geht nämlich nicht an, dass die einen sagen: alle Polen, ganz gleich, welcher Art, werden ausgerottet, - und die anderen sagen: alle Polen, ganz gleich welcher Art, wenn sie arbeitsfähig sind, müssen in den Arbeitsprozess eingeschaltet werden. Hier klafft ein diametraler Gegensatz.“⁹¹ Die Position Franks war trotz der Anfeindungen aus Berlin insofern stärker geworden, als kriegsbedingt große Industrien aus den einfluggefährdeten Gebieten in das Generalgouvernement verlagert worden sind. Dennoch wurde Sauckel gezwungen seine „Anwerbungen“ intensiv weiter zu betreiben. So berichtete er am 9. Dezember 1942 Goebbels, er habe die Forderung, die man bei seiner Beauftragung an ihn gestellt hatte, bereits um eine Million überschritten. „Wir haben jetzt im ganzen Reichsgebiet einen Bestand von über 7 Millionen ausländischen Arbeitskräften einschließlich der Gefangenen (...). Wir haben also einen Arbeiterbestand, den auch die USA nicht überbieten können“.⁹²

7. Besetzte Ostgebiete unter nationalsozialistischer Herrschaft

7.1. Grundsatzentscheid für Russeneinsatz

Während der Planungen zum Unternehmen Barbarossa, dem Angriff auf die bislang mit dem Reich verbündeten Sowjetunion, wurde an einen Arbeitseinsatz russischer Kriegsgefangener nicht gedacht, da Hitler mit einem Blitzkrieg rechnete und der russische Kriegsgefangene gemäß nationalsozialistischer Propaganda „als Träger des jüdischen Bolschewismus den Todfeind des NS-Regimes schlechthin verkörperte.“⁹³

⁹⁰ Joseph Goebbels, Tagebücher, Band 6, 80.

⁹¹ Hans Frank, Diensttagebuch, 590.

⁹² Joseph Goebbels, Band 6, 416.

⁹³ Zitiert nach Annette Schäfer, 38.

Da der Krieg aber andauerte, begann sich Hitler mit der Frage des Einsatzes russischer Arbeiter zu beschäftigen. Aus seinen Tischgesprächen am 11. April 1942 und am 22. Juli 1942 über die Herrschaft in Russland geht hervor, dass

ja kein Lehrer daherkommen solle und plötzlich den Schulzwang für die unterworfenen Völker verkünden wolle. Kenntnisse der Russen, Ukrainer, Kirgisen und so weiter im Lesen und Schreiben könnten uns nur schaden. Denn sie ermöglichten helleren Köpfen, sich ein gewisses Geschichtswissen zu erarbeiten und damit zu politischen Gedankengängen zu kommen, die irgendwie immer ihre Spitze gegen uns haben müssten. Es sei viel besser, in jedem Dorf einen Radiolautsprecher aufzustellen, um den Menschen auf diese Weise Neuigkeiten zu erzählen und Unterhaltungstoff zu bieten, als sie zur selbständigen Erlangung politischer, wissenschaftlicher und so weiter Erkenntnisse zu befähigen.⁹⁴

Über die Schulbildung meinte er, dass Schulen zwar vorhanden sein sollten,

man dürfe sie aber nicht mehr lernen lassen als höchstens die Bedeutung der Verkehrszeichen. Inhalt des Geografieunterrichtes dürfe im Großen und Ganzen nur sein, daß die Hauptstadt des Reiches Berlin heiße und jeder in seinem Leben einmal in Berlin gewesen sein müsse. Darüber hinaus genüge es vollkommen, wenn die nichtdeutsche Bevölkerung, zum Beispiel die Ukrainer, etwas deutsch lesen und schreiben lerne. Unterricht im Rechnen und dergleichen sei überflüssig.⁹⁵

7.2. Russische Kriegsgefangene

Die Grundsatzentscheidung für den „Russeneinsatz“ in der deutschen Kriegswirtschaft war in einem Erlass Hitlers vom 31. Oktober 1941 gefallen. Aus den Ausführungsbestimmungen Görings vom 7. November 1941 ging hervor, wie der Russeneinsatz aussehen werde: „Die deutschen Facharbeiter gehören in die Rüstung, Schippen und Steineklopfen ist nicht ihre Aufgabe, dafür ist der Russe da (.....) Deutscher Arbeiter ist grundsätzlich Vorgesetzter der Russen. Ernährung ist Sache des Vierjahresplanes.“⁹⁶ Zu diesem Zeitpunkt hat man nicht mit dem Massensterben der Gefangenen gerechnet und geglaubt, auf nur wenige Zivilarbeiter zurückgreifen zu müssen. Nach dem Winter 1941 allerdings war klar, dass das Reich auf russische Arbeiter angewiesen war. Viele Kriegsgefangene waren schon umgekommen oder nicht mehr transportfähig. Dazu im Februar 1942 der zuständige

⁹⁴ Zitiert nach Reinhard Kühnel, 320.

⁹⁵ Zitiert nach Reinhard Kühnel, 320.

⁹⁶ Zitiert nach Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, 136.

Ministerialbeamte Werner Mansfeld: „Die gegenwärtigen Schwierigkeiten im Arbeitseinsatz wären nicht entstanden, wenn man sich rechtzeitig zu einem großzügigen Einsatz russischer Kriegsgefangener entschlossen hätte. Es standen 3,9 Millionen Russen zur Verfügung, davon sind nur mehr 1,1 Millionen übrig. Die Zahl der gegenwärtig beschäftigten 400.000 Kriegsgefangenen dürfte sich kaum erhöhen lassen.“⁹⁷

7.3. Sowjetische Zwangsarbeiter

Die sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren die größte und am stärksten diskriminierte Gruppe unter den zum Arbeitseinsatz ins nationalsozialistische Deutschland verschleppten Ausländern. „Ostarbeiter“ hießen sie in der offiziellen Terminologie der NS-Behörden. Die Ostarbeitererlasse des Reichssicherheitshauptamts vom 20. Februar 1942 schrieben die weit verbreiteten antislawischen und antikommunistischen Feindbilder rechtlich fest. Das Ziel war die Isolierung der „bolschewistischen Untermenschen“ von der deutschen Bevölkerung. Sie mussten ein sichtbar zu tragendes OST- Abzeichen an der Kleidung haben, sie wurden in stacheldrahtumzäunten Lagern untergebracht und zum Arbeitsplatz in bewachten Kolonnen transportiert. Sie durften ihre Massenunterkünfte in der geringen Freizeit auch nicht verlassen.

Der Einsatz von sowjetrussischen Arbeitskräften als Ostarbeiter war in den Vorkriegsplänen nicht vorgesehen. „Im September 1941 bat das RAM die Vierjahresplan-Behörde um die Genehmigung, russische Bergleute für den deutschen Kohlen- und Eisenerzbergbau anzuwerben, und zwar vor allem „zuverlässige“ Elemente wie Ukrainer oder frühere baltische Staatsangehörige.“⁹⁸ Göring gestand mit Rücksicht auf die Notwendigkeit gesteigerter Kohleförderung eine Ausnahme nur für die Hereinnahme ukrainischer Bergarbeiter aus dem Bergbauggebiet Kriwoi Rog (im Süden der Ukraine) und von Bergarbeitern aus dem Lemberger Bezirk zu.

⁹⁷ Zitiert nach Ulrich Herbert, *Ausländerpolitik*, 138.

⁹⁸ Hans Pfahlmann, 45.

Obwohl Ukrainer auch Slawen waren und nach NS-Ideologie als „Untermenschen“ galten, gibt es historische Erklärungen für ihre Sonderstellung. Aus der Sicht NS-Deutschlands zählte vor allem der intellektuelle jüdische Bolschewismus zu einem seiner Feindbilder, daher waren jene Teile der Sowjetunion, die weniger lang diesem Feindbild ausgesetzt waren, politisch zuverlässiger. Es wäre die Ukraine gewesen, die für gewisse Politiker in Berlin wie beispielsweise Alfred Rosenberg nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall des Zarenreiches als ein denkbare Bollwerk gegen das mächtige Russland und gegen Polen in Betracht gezogen wurde. „Schon 1927 sprach er von der naturgegebenen Todfeindschaft zwischen Ukrainern und Polen.“⁹⁹ Rosenberg behauptete in einer Denkschrift, „Kiew sei das Zentrum des Warägerstaates gewesen – daher der starke nordische Einschlag und die höhere Qualität des ukrainischen Volkes“.¹⁰⁰ In seinen Tischgesprächen erwähnte Hitler nach einem Besuch in Poltava (350 km südöstlich von Kiev) im Juni 1942, er habe dort so viele blauäugige und blonde Frauen gesehen, dass wenn er sich die Photos der Heiratsansuchen der deutschen Soldaten mit norwegischen und holländischen Frauen betrachte, eher glaube, das es besser wäre, südliche Elemente in unsere nördlichen Staaten („Aufsüden“) einzubringen als nördliche Elemente in den Süden („Aufnorden“).¹⁰¹

Nach dem Einfall Hitlerdeutschlands in das Sowjetische Reich begann die Hetze gegen den Osten Platz zu greifen mit Ausnahme der ukrainischen Bevölkerung, von der Goebbels in seinem Tagebuch am 1. Oktober 1942 sagt: „Die Ukraine habe die Aufgabe, Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Es besteht nicht die Gefahr einer rassischen Vermischung, denn die Ukraine weist soviel Gotenblut auf, dass es mit Leichtigkeit gelingen wird, solche Elemente in die deutsche Volksgemeinschaft einzuschmelzen.“¹⁰² Diese Ansichten fanden sich in einer am 7. Mai 1941 verfassten Instruktion für den Reichskommissar in der Ukraine wieder: „Für die Dauer des Krieges habe die Ukraine das Reich mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu

⁹⁹ Zitiert nach Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945, 119.

¹⁰⁰ Zitiert nach Alexander Dallin, 119.

¹⁰¹ Zitiert nach John Connelly, Nazis and Slavs: From Racial Theory to Racist Practice. In: Central European History, Vol 32, No 1 (1999), 15, www.jstor.org/stable/4546842, 10. Jänner 2011

¹⁰² Joseph Goebbels, Tagebücher, Band 6, 35.

versorgen; danach würde die Errichtung eines „freien ukrainischen Staates im engsten Bündnis mit dem Großdeutschen Reich“ den deutschen Einfluss im Osten sichern.“¹⁰³

Aus den von sowjetischen Truppen besetzten Gebieten des östlichen Polen wurden die polnischen Eliten in den Osten der Sowjetunion deportiert, polnische Großgrundbesitzer wurden enteignet und das Land an die ukrainischen Bauern verteilt. Anfangs war für viele Ukrainer, vor allem Bauern, die Sowjetherrschaft eine Verbesserung ihrer Situation, die jedoch mit der 1940 einsetzenden Kollektivierung der Landwirtschaft abrupt endete. Mit dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 entstand wieder Hoffnung auf eine Besserung der Lage.¹⁰⁴ „Die deutschen Truppen hatten bei ihrem Vormarsch in der Sowjetunion gerade in der Ukraine festgestellt, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung durchaus deutschfreundlich gesinnt und der Moskauer Regierung gegenüber ablehnend war“.¹⁰⁵

Nach und nach gewann die Idee eines umfassenden Russeneinsatzes Raum, aber erst nachdem der Menschenmangel akut wurde. Östliche Arbeitskraft war billig und reichlich vorhanden. „Wenn ich russische Arbeiter bekomme“, meinte Hitler, „bin ich zufrieden, denn dann kann ich Deutsche für den Militärdienst freimachen.“¹⁰⁶ Die ersten Anwerbekommissionen verließen Mitte November 1941 das Reich, um eine Überprüfung der in den Stalags (Stammlager) befindlichen Kriegsgefangenen vorzunehmen und mit der Anwerbung ziviler russischer Kräfte zu beginnen. Bei den zuständigen Stellen wurde angeregt, Werbemaßnahmen auch auf die weiblichen Arbeitskräfte und den der rumänischen Militärverwaltung unterstehenden Raum von Odessa auszudehnen.¹⁰⁷

Für die Durchführung der Aktion standen die vom WiStab (Wirtschaftsstab) Ost sowohl im Operationsgebiet als auch in den Reichskommissariat-Gebieten in großer

¹⁰³ Zitiert nach Alexander Dallin, 120.

¹⁰⁴ Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, 216.

¹⁰⁵ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 167.

¹⁰⁶ Zitiert nach Hans Pfahmann, 45.

¹⁰⁷ Hans Pfahmann, 46.

Zahl errichteten Arbeitseinsatz-Dienststellen zur Verfügung. Zu ihrer Unterstützung wurden 24 Anwerbekommissionen des Beauftragten für den Vierjahresplan unter Begleitung je eines Offiziers des OKW (Oberkommando Wehrmacht) in die besetzten Ostgebiete gesandt. Um die für die Wirtschaft dringend benötigten Kräfte zu erfassen machten die Arbeitseinsatzdienststellen die Abgabe von Lebensmitteln an Arbeitslose von der regelmäßigen Meldung beim Arbeitsamt abhängig.¹⁰⁸

Durch die Dienststellen der Arbeitsverwaltung wurden bis Anfang 1942 aus den Ostgebieten für den Einsatz im Reich gewonnen: Kriegsgefangene 308.000, freie Kräfte aus dem Distrikt Galizien 62.100, aus dem Baltikum 2.000 und aus Kriwoi Rog für den Ruhrbergbau 1.200.¹⁰⁹ Die Berichte ließen erkennen, dass im Bereich der Wiln (Wirtschaftsinspektion) Süd trotz umfangreicher Evakuierung durch die sowjetischen Behörden eine erhebliche Anzahl hochwertiger Facharbeiter für den Einsatz zur Verfügung stand. So waren in Zaporozje (eine Stadt in der südlichen Ukraine an Dnjepr) 6.400 Metallarbeiter arbeitslos gemeldet, in Taganrog (Hafenstadt an der Mündungsbucht des Don) betrug die Arbeitslosenzahl 12.000-15.000, in Charkov (zweitgrößte Stadt im Nordosten, ukrainisch Charkiv) 100.000-140.000, in Doneck/Stalino (Kohlerevier Donbass, in der Ostukraine) bis zu 80.000.¹¹⁰

Besondere Schwierigkeiten bereiteten die Erfassung und der Abtransport der zivilen Arbeitskräfte auch der Wiln Mitte. Die dorthin entsandten Kommissionen wurden in Minsk vereinigt und die in den östlich davon gelegenen Gebieten angeworbenen Kräfte in kleineren Transporten in ein Sammellager nach Minsk verbracht. In den Entlausungseinrichtungen der Städte bzw. der Wehrmacht erfolgte die erste Entlausung, in Minsk die zweite und danach der Abtransport der Kräfte bis zur Reichsgrenze. In einem Auffanglager in Terespol (Grenzstadt nach Weißrussland) konnten mehrere Tausend Kräfte während der drei Wochen dauernden Quarantänezeit aufgenommen werden. Erst nach einer dritten Entlausung wurden die Menschen an die Arbeitsorte im Reich transportiert.¹¹¹

¹⁰⁸ Hans Pfahlmann, 46.

¹⁰⁹ Hans Pfahlmann, 47.

¹¹⁰ Hans Pfahlmann, 47.

¹¹¹ Hans Pfahlmann, 47.

Mit den diskriminierenden Behandlungen vor der Ankunft am Arbeitsort war erst ein Anfang gesetzt. Besonders beschäftigte die Frage, wie man diese Arbeitskräfte aus dem Osten, die jahrelang unter dem Einfluss des Bolschewismus gelebt haben, von der eigenen Bevölkerung abschirmen, absondern und streng bewachen kann. So wurden detaillierte Vorschriften bezüglich der Sicherung eines Barackenlagers erstellt, die folgende Details umfassten: „Die Einfriedung der eigentlichen Gefangenenunterkunft und des Vorlagers besteht aus zwei Stacheldrahtzäunen von 2,5 Metern Höhe und 2 Metern Abstand. Der Raum zwischen den beiden Zäunen wird mit spanischen Reitern und dergleichen Hindernissen ausgefüllt.“¹¹²

Der beschleunigte Einsatz der Ostarbeiter war im Wesentlichen ein Verkehrsproblem. Es wären z.B. aus Kiev oder Charkov mehr Transporte abgegangen, wenn mehr Züge vorhanden gewesen wären. Am 24. Februar 1942 erging die Anordnung, aus den besetzten Ostgebieten 380.000 Arbeitskräfte für die deutsche Landwirtschaft und 247.000 für die deutsche Industrie zu erbringen. Da zu diesem Zeitpunkt bereits klar war, dass der Krieg sich in die Länge ziehen wird, wurde der Befehl erteilt, dass „die Anforderungen des Reiches Vorrang vor dem östlichen Bedarf an Arbeitskräften haben müssen.“¹¹³

7.4. Ostarbeitererlasse

Nachdem die Anzahl der Zwangsarbeiter aus den besetzten Ostgebieten ständig anstieg, war der Zeitpunkt gekommen, die Ostarbeiter ähnlich wie die polnischen Zwangsarbeiter zu reglementieren. Daher wurden am 2. Februar 1942 die sogenannten Ostarbeitererlasse verlautbart. „Ostarbeiter“ war nun die offizielle Bezeichnung für die sowjetischen Zivilarbeiter. Die Vorschriften entsprachen in ihren Grundsätzen denjenigen für die polnischen Arbeiter, gingen aber in einigen wichtigen Punkten noch darüber hinaus.

¹¹² Annette Schäfer, 55.

¹¹³ Hans Pfahmann, 48.

Ein Beispiel aus Salzburg bezieht sich auf die Ostarbeiter, nämlich das „Merkblatt für Arbeiter ukrainischen und weißruthenischen Volkstums aus dem Generalgouvernement und den eingegliederten Ostgebieten“ von 1943. Es war wesentlich kürzer und bezog sich auf drei Punkte:

Arbeiter!

Du findest im Großdeutschen Reich Lohn und Brot für Dich und Deine Familie. Die deutschen Dienststellen sind bemüht, Dir das Einleben in die fremden Verhältnisse zu erleichtern und Dich mit den deutschen Bestimmungen vertraut zu machen.

Für Dich gelten insbesondere Vorschriften:

Du darfst Dich innerhalb des Land- oder Stadtkreises, in dem Du arbeitest, frei bewegen, darfst jedoch das Kreisgebiet nur mit Zustimmung Deiner Ortspolizeibehörde verlassen.

Wer die Arbeit niederlegt, andere Arbeiter aufhetzt, die Arbeitsstelle eigenmächtig verlässt usw., erhält Zwangsarbeit im Arbeitserziehungslager.

Jeder Geschlechtsverkehr mit deutschen Frauen und Mädchen ist bei strengster Strafe verboten. Es sind alles Frauen, Bräute, Töchter usw., der im Kriege befindlichen oder fern von ihren Familien zur Arbeit eingesetzten deutschen Männer und stehen unter dem Schutze des Reiches. Beachte daher das Verbot des Geschlechtsverkehrs in Deinem eigenen Interesse.¹¹⁴

Eine genaue Definition beschrieb die Ostarbeiter als „diejenigen Arbeitskräfte nichtdeutscher Volkszugehörigkeit, die im Reichskommissariat Ukraine, im Generalkommissariat Weißruthenien oder in Gebieten, die östlich an diese Gebiete und an die früheren Freistaaten Lettland und Estland angrenzen, erfasst und nach der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht in das Deutsche Reich einschließlich des Protektorates Böhmen und Mähren gebracht und hier eingesetzt werden.“¹¹⁵

Ostarbeiter galten als Angehörige der ostslawischen Völkergruppe eindeutig als Repräsentanten des Untermenschentums. Ihre Definition erfolgte jedoch nicht über rassische Grundlagen, sondern beruhte auf geografischen Gegebenheiten. Denn „Ukrainer aus Ostgalizien, dem Gebiet um Czernowitz, sowie Weißrussen aus dem Bezirk Bialystock wurden folglich nicht als „Ostarbeiter“ eingestuft. Die Statistiken der NS-Behörden führten diese analog zur Staatsangehörigkeit in nationalsozialistischem Sinne in erster Linie als Polen“.¹¹⁶

¹¹⁴ Zitiert nach Oskar Dohle, 52.

¹¹⁵ Zitiert nach Oskar Dohle, 54.

¹¹⁶ Peter Ruggenthaler, Die NS-Hierarchie der fremdländischen Arbeitskräfte nach „rassischen Gesichtspunkten“. In: Stefan Karner, Ostarbeiter, 36.

Die Entlohnung war deutlich niedriger als für einheimische Arbeitskräfte und wurde nach Leistung abgestuft. Offiziell erhielten die Ostarbeiter ein Drittel weniger als Deutsche: „Erhielt ein deutscher Arbeiter zwischen RM 21,35 und RM 22,40 pro Woche, verdiente der Ostarbeiter für die gleiche Leistung nur RM 15,40. Davon wurden ihm RM 10,50 für die Unterkunft und Essen abgezogen. Übrig blieb dann ein Betrag von RM 4,90.“¹¹⁷

Seit dem Winter 1941 begannen in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten der Sowjetunion die „Anwerbungs-Kampagnen“, die allerdings mit Werben nicht viel zu tun hatten. Es handelte sich um brutales Herausgreifen von Männern, Frauen und Jugendlichen ab dem 15. Lebensjahr von der Straße, auf Märkten oder Dorffesten. Die Behandlung der Menschen war ebenso brutal. Vom Prügeln bis zum Niederbrennen von Gehöften, ja ganzen Dörfern reichte das Repertoire der deutschen Behördenvertreter. Mit diesen Methoden konnten in kurzer Zeit riesige Mengen von Arbeitskräften nach Deutschland gebracht werden: „Von April bis Dezember 1942 wurden allein etwa 1,3 Millionen ziviler Arbeitskräfte nach Deutschland geholt – das sind wöchentlich etwa 40.000, je zur Hälfte Männer und Frauen. Das Durchschnittsalter der Deportierten lag bei etwa 20 Jahren, viele von ihnen waren aber erheblich jünger. Auch 15- und 16-jährige wurden ins Reich zur Arbeit gebracht“.¹¹⁸

Wenn auch das Amt des GBA (Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz) eingerichtet worden war, um die Beschaffung, den Transport, die Zuteilung und den Einsatz ausländischer Arbeitskräfte zentral zu lenken, so entstand doch bald ein Verwaltungschaos. Die Zahl der mit dem Ostarbeiter-Programm befassten Organisationen nahm ständig zu. Wirtschaftliche, administrative, militärische und private Interessen überschneiden sich vielfach und führten zu Reibungen. Zur Durchführung seiner Grundsätze bestimmte Sauckel: „die erforderlichen gesetzlichen Vorschriften und Anordnungen für die Erfassung und Lenkung der Arbeitskräfte und für ihren bestmöglichen betrieblichen Einsatz sind sofort zu erlassen (Meldepflicht, Arbeitsplatzwechselbeschränkungen, Dienstpflicht, Anlernpflicht...)“¹¹⁹. Einige Monate später erklärte er in einer Ansprache: „Wir führen einen Kampf auf Leben

¹¹⁷ Oskar Dohle, 54.

¹¹⁸ Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik, 142.

¹¹⁹ Zitiert nach Hans Pfahmann, 20.

und Tod. Darin liegt für mich als Nationalsozialist die Aktivlegitimation..., Angehörigen fremder Völker die Arbeitspflicht aufzuerlegen.“¹²⁰

Hauptsächliche Repressionsmaßnahme war die Verweigerung von Lebensmittelkarten gemäß Befehl des Führers vom 8. September 1942. Nach diesem Befehl durften Lebensmittel- und Kleiderkarten weder an Personen ohne Arbeitsnachweis noch an Personen ausgegeben werden, die die Arbeitsaufnahme verweigerten. Es gab noch andere Druckmittel, zum Beispiel die Verfolgung von Familien der Arbeitsverweigerer oder die Ausschließung widerspenstiger Studenten von den Fakultäten und Schulen.¹²¹

Die Bewohner der besetzten Gebiete hatten keinen Anspruch auf Versorgung mit zivilen Verbrauchsgütern über das unerlässliche Maß hinaus. Die Beauftragten hatten durch entsprechende Weisungen Löhne, Gehälter und sonstige Zuwendungen in der Regel unter dem vergleichbaren Niveau im Reich anzusetzen. Jede Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den besetzten Gebieten erschwerte nach Meinung Sauckels den Einsatz ausländischer Arbeiter im Reich.¹²²

7.5. Veränderte Situation durch den langen Kampf im Osten

Aus dem Bereich des Wirtschaftsstabes Ost sollten nach den Forderungen Sauckels bis zum 1. Dezember 1942 225.000 und bis zum 1. Mai 1943 noch weitere 225.000, also insgesamt 450.000 Arbeitskräfte angeworben und ins Reich transportiert werden.¹²³ Um dieses Ziel zu erreichen, betonte er bei seinen zahlreichen Besprechungen während einer Ukraine-Reise, dass zuerst die volle Ausnutzung der Kapazitäten mit den modernen Einrichtungen und besseren Kontrollmöglichkeiten sowie der größeren Wirtschaftlichkeit in Deutschland sichergestellt werden müsse, ehe eine Inbetriebnahme ukrainischer Betriebe in Frage käme. Für alle Arbeiten des Straßenbaus, für Aufräumarbeiten usw. sollten in erster Linie die neu gemachten Kriegsgefangenen herangezogen werden. Nur Fach- und Landarbeiter,

¹²⁰ Zitiert nach Hans Pfahmann, 20.

¹²¹ Hans Pfahmann, 20.

¹²² Hans Pfahmann, 21.

¹²³ Hans Pfahmann, 54.

deren Einstellung „klar und sichergestellt“ sei, sollten für den Abtransport ins Reich freigegeben werden.¹²⁴

Angesichts der lange anhaltenden Kriegssituation machte die mangelnde Arbeitsleistung der Ostarbeiter Kopfzerbrechen. „Anfang 1942 wurden vom Reichssicherheitshauptamt, das von denjenigen Stellen unter Druck gesetzt worden war, die an einem effektiven Einsatz der Ostarbeiter interessiert waren, einige Lockerungen der bisherigen Regeln zugestanden. Die Stacheldrahtumzäunung der Lager sollte entfernt, die Ostarbeiter sollten besser ernährt und entlohnt werden und in geschlossenen Trupps die Möglichkeit haben, das Lager zu verlassen“¹²⁵.

Durch die Sauckel - Aktionen fielen zahlreiche Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung des Landes aus. So standen den Forstbehörden für die Holzversorgung im besetzten sowjetrussischen Südostraum nicht im ausreichenden Maße Arbeitskräfte zur Verfügung. Der Wirtschaftsstab Ost erklärte in seiner Stellungnahme, ein weiterer Ausfall von Arbeitskräften sei nicht mehr tragbar, der Abzug von weiteren Kräften aus der Forst- und Holzwirtschaft daher zu verbieten.¹²⁶

Auch der Reichskommissar Ostland Hinrich Lohse brachte bereits Ende 1942 erhebliche Bedenken gegen eine Heranziehung von weiteren 100.000 Arbeitskräften aus dem Ostland zwecks Einsatzes im Reich zum Ausdruck. Ein Abzug von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft würde die Gefahr mit sich bringen, dass die Bestellung der Felder und die Einbringung der Ernte des nächsten Jahres nicht mehr gewährleistet sei und somit die Versorgung für die Wehrmacht in Gefahr sei. Auch in der gewerblichen Wirtschaft bestand ein zunehmender Mangel an Arbeitskräften.¹²⁷ Sauckel stellte fest, dass das gesamte Jahr 1942 bezüglich des Arbeitseinsatzes das schwierigste bisher war. Erstens mussten zwei Millionen Männer, die zum Wehrdienst eingezogen wurden, ersetzt werden und zweitens erforderte die Ausweitung der Rüstungsprogramme wie das „Panzer-, Flak-, Munitions-,

¹²⁴ Sauckels Bericht über seine Reise in die Sowjet-Ukraine in seiner Eigenschaft als GBA in der Zeit vom 26.Mai bis 31.Mai 1942, zitiert nach Hans Pfahmann, 49.

¹²⁵ Annette Schäfer, 93.

¹²⁶ Hans Pfahmann, 54.

¹²⁷ Hans Pfahmann, 55.

Reichsbahn- und Kohleprogramm“ zusätzliche Arbeitskräfte. Dabei handelte es sich mehr und mehr um ausländische Arbeitskräfte, deren Anteil von Beginn des Jahres 1942 von 26,5 Prozent auf 80 Prozent Ende des Jahres anstieg.¹²⁸

7.6. Die Werbung nach dem Fall von Stalingrad

7.6.1. Allgemeines

Hitler, der nicht in der Lage war, die Schwierigkeiten bei der Arbeiterbeschaffung im Winter 1942/43 zu ermessen, wurde dem Militär wie auch Sauckel gegenüber ungeduldig. Nach einem Besuch im Führerhauptquartier notierte Goebbels, „der Führer ist jetzt auch etwas argwöhnisch Sauckel gegenüber geworden. Sauckel besitzt nicht die Fähigkeit, den für dieses Programm notwendigen Umschaltungsprozess praktisch durchzuführen“. ¹²⁹

Sauckel verschickte zum Geburtstag Hitlers einen aufrüttelnden Appell an alle mit der Beschaffung von Arbeitskräften befassten deutschen Dienststellen: „Totaler Arbeitseinsatz und totale Mobilisierung der Kräfte reserven in den besetzten Gebieten seien von allen Dienststellen in Zukunft besonders zu beherzigen und schnellstens durchzusetzen“. ¹³⁰ Der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft und in der Rüstungsindustrie erforderte im Frühjahr 1943 die Heranführung von ca. einer Million Frauen und Männern aus den neu besetzten Ostgebieten innerhalb der nächsten vier Monate. Sauckel verlangte zu diesem Zweck ab 15. März den Abtransport von täglich 5.000, ab 1. April von täglich 10.000 Arbeiterinnen bzw. Arbeitern aus den Ostgebieten. ¹³¹ Diese geforderten „Mengen an Menschenmaterial“ konnten nicht ohne Zwangsmaßnahmen ins Deutsche Reich gebracht werden. Diese sollen in der Folge an Fallbeispielen aufgezeigt werden.

¹²⁸ Hans Pfahmann, 138.

¹²⁹ Zitiert nach Hans Pfahmann, 59.

¹³⁰ Zitiert nach Hans Pfahmann, 61.

¹³¹ Hans Pfahmann, 61.

7.6.2. Unternehmen „Zauberflöte“ in Minsk

Aus dem Gefechtsbericht für das Unternehmen „Zauberflöte“, das in der Zeit vom 17. April bis 22. April im Stadtgebiet Minsk stattfand und eine „Großaktion gegen Banditen, bolschewistische Terror- und Sabotagetrupps, Agenten und Helfern, Nachrichtenträger und Fahnenflüchtige“ war, geht hervor, dass das gesamte Stadtgebiet lückenlos von der Wehrmacht abgeriegelt wurde. An den Ausfallstraßen gab es Überprüfungsstellen, dann wurden die einzelnen Stadtteile abgeriegelt, der Personen- und Güterbahnhof sowie der gesamte Zugverkehr kontrolliert. Es wurden 76.000 Personen in Wohnungen und Betrieben kontrolliert und ihr Pass, Beschäftigungsnachweis und Lebensmittelkarten in Ordnung befunden, 52.000 Personen wurden zur näheren Überprüfung zu Sammelplätzen geführt, 22.400 als „Schwarzfahrer“ in Güterzügen aufgegriffen etc. 350 Arbeitskräfte für das Reich und 712 Arbeitskräfte für die Stadt Minsk standen sofort fest. Die Aktion wurde mit einem enormen Aufwand durchgeführt, allein die Einheit der Wehrmacht des Standortes Minsk umfasste 2.800 Mann, dazu noch SS-Einheiten, die gesamte Sicherheitspolizei Weißrutheniens etc.¹³²

7.6.3. Lapanki (Zwangsanwerbung) in Südost-Galizien

Einen Einblick in die Form der Zwangsanwerbung und ihre Auswirkungen auf die Stimmung in der ukrainischen Bevölkerung im südöstlichen Teil vom Distrikt Galizien gibt der Bericht eines namentlich nicht bekannten Verbindungsmannes. Demnach ist „durch die sogenannte Lapanki (Zwangsanwerbungen), die dort in derselben rücksichtslosen Form durchgeführt werden wie in den polnischen Gebieten, die ukrainische Bevölkerung im höchsten Grad verbittert.“¹³³ Diese Lapanki wurden ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Landwirtschaft durchgeführt. Ob durch den Entzug der Arbeitskräfte das Land unbebaut bleibt oder nicht, war ohne Bedeutung.

¹³² Stefan Karner (Hg), Ostarbeiter, 130-134.

¹³³ Zitiert nach Hans Pfahlmann, 62.

7.6.4. Erinnerung einer Zeitzeugin

Galina Ippolitowna Wertaschonok, Jahrgang 1927, Weißrussland berichtet in dem Buch „Erzählte Geschichte. Zwangsarbeit in Berlin“:

Ich wurde 1927 im Dorf Kornitza, Scharkowschtschinski Rayon, Witebsker Oblast, geboren. Ich lebte in einer Bauernfamilie, die für die damalige Zeit wohlhabend war (...) Aber dann kam diese schreckliche Zeit, als der Krieg begann. Meine zwei Brüder wurden gleich an die Front geschickt. Für uns begann der Krieg 1939, weil unser Gebiet zum damaligen Polen gehörte (...) Im Oktober 1943 kamen die Deutschen und die Polizei in unser Dorf. Der Dorfälteste suchte alle Häuser auf und rief alle Bewohner zur Versammlung. Und alle mussten eine Familienliste bei sich haben. Auf der Versammlung wurde die Auswahl derjenigen vorgenommen, die nach Deutschland fahren sollten. Und auf dieser Liste landete auch ich. In der Nacht, als ich abgeholt wurde, kamen SS-Leute und begannen, ihre bestialischen Dinge zu treiben. Sie setzten die Dörfer mitsamt den Einwohnern in Flammen. Die Menschen wurden in die Scheune getrieben und verbrannt, und die Kinder wurden erschossen oder auf dem Bajonett aufgespießt (...) Wir wurden in einen Güterzug verladen und nach Deutschland geschickt¹³⁴

Aufgrund der brutalen Vorgehensweisen bei der Verschleppung der Arbeitskräfte in allen besetzten Ostgebieten und wegen der Schilderungen der Zwangsarbeiter über ihr Leben und ihre Behandlung im Deutschen Reich, die nach Hause durchsickerten, wuchs die antideutsche Stimmung. „Nach einer Auswertung von Angaben sowjetischer Agenten und Kriegsgefangenen zur politischen Lage in den besetzten russischen Gebieten habe besonders die Überführung russischer Arbeiter und Arbeiterinnen ins Reich, insbesondere wegen der damit verbundenen sozialen Mißstände eine deutschfeindliche Reaktion in der Bevölkerung der besetzten russischen Gebiete hervorgerufen.“¹³⁵ „Gutinformierte Kreise in Kriwoi Rog“, schrieb ein Lageroffizier, „schätzen, dass von der Bevölkerung, die anfänglich zu 94% für uns war, jetzt etwa 60% auf die Rote Armee als Befreier warten. Sauckels Sendboten zahlten einen hohen Preis für ihre Zwangswerbung: Freunde verwandelten sich in Feinde, Zivilisten in Partisanen.“¹³⁶

¹³⁴ Berliner Geschichtswerkstatt(Hg), Zwangsarbeit in Berlin, 117.

¹³⁵ Hans Pfahmann, 62.

¹³⁶ Zitiert nach Hans Pfahmann, 63.

Das Ostministerium errichtete deswegen sogar im Sommer 1942 eine „Zentralstelle für Angehörige der Ostvölker (ZAVO). Ihre Aufgabe war die Behandlung aller „nichtpolitischen“ Angelegenheiten der im Reich arbeitenden Angehörigen der Ostvölker. Es gelang der ZAVO sogar vor allem wegen Zuständigkeitsproblemen und der „Indifferenz kriegsmüder Bürokraten“, Arbeitslager im Reich zu inspizieren und ab und zu Verbesserungen für die Arbeitenden zu erreichen. Als die ZAVO am 30. September 1942 eine Anklage gegen die Ostarbeiterpolitik vorlegte, gab Alfred Rosenberg, Leiter des Ostministeriums, seine Einwilligung, ihren Bericht an Sauckel weiterzugeben. Sauckels einzige Antwort war, dass er auf Wunsch des Führers auf diesem Gebiet allein zuständig sei.¹³⁷

Nachdem die Situation in den besetzten Ostgebieten immer schwieriger wurde, betonte Sauckel Ende 1943 in einem Schreiben an Hitler, dass der im Jahre 1943 erreichte Gesamtstand an Beschäftigten der deutschen Kriegswirtschaft von über 29 Millionen Arbeitskräften im Jahre 1944 nur gehalten werden könne, wenn es gelänge, drei Millionen zusätzliche Kräfte aus dem Ausland zu mobilisieren¹³⁸. Er forderte daher die Anwerbung von 1,5 Millionen Arbeitskräften aus Italien, einer Million aus Frankreich, je 250.000 aus den Niederlanden und aus Belgien, 600.000 aus den Ostgebieten und 100.000 aus den sonstigen europäischen Ländern.¹³⁹

7.7. Sinneswandel ab Mitte 1943 - „Verbesserungen“ für die Zwangsarbeiter

Da der Krieg noch immer andauerte und das „Menschenmaterial“ knapper wurde, erfolgte von J. Goebbels am 15. Februar 1943 folgende Anweisung an die Reichsleiter, Gauleiter und Reichspropagandaleiter:

Die gesamte Propagandaarbeit der NSDAP und des nationalsozialistischen Staates muss daher darauf ausgerichtet werden, nicht nur dem deutschen Volk, sondern auch den übrigen europäischen Völkern einschließlich der Völker in den Ostgebieten und den noch bolschewistischer Herrschaft unterstehenden Ländern, den Sieg Adolf Hitlers und der deutschen Waffen als ihrem ureigensten Interesse klarzumachen....Man kann diese Menschen der Ostvölker, die von uns ihre

¹³⁷ Hans Pfahmann, 64.

¹³⁸ Zitiert nach Hans Pfahmann, 66.

¹³⁹ Hans Pfahmann, 67.

Befreiung erwarten, nicht als Bestien, Barbaren usw bezeichnen und dann von ihnen Interesse am deutschen Sieg erwarten...(!) Äußerungen, dass Deutschland im Osten Kolonien errichten und Kolonialpolitik treiben werde, das Land und seine Bewohner als Ausbeutungsobjekt betrachte sind völlig verfehlt. Sie würden der Sowjetpropaganda nur eine willkommene Gelegenheit zu der Behauptung bieten, dass Deutschland die Völker des Ostens auf eine Stufe mit den Negern stelle.¹⁴⁰

Bis allerdings diese grundsätzlichen Äußerungen in die Realität umgesetzt wurden, verging viel Zeit. Rosenberg wollte statt dem OST- Abzeichen für alle Arbeiter aus den besetzten Ostgebieten nachstehende landmannschaftliche Abzeichen für die drei Gruppen der Ostvölker (Russen, Weißruthenen, Ukrainer). Sein Vorschlag wurde abgelehnt. Im Vordergrund stand immer noch nur die Nützlichkeit jener Bevölkerungsgruppen und das war der einzige Grund für kleine Konzessionen. „Man führte für die Arbeiter eine Urlaubsregelung ein, es sollte eine Angleichung ihrer Verpflegungssätze an die anderen Fremdarbeiter stattfinden und hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen sollten ebenso wie deutsche Hausangestellte behandelt werden.“¹⁴¹ Auch in Wehrmachtskreisen war aufgrund des anhaltenden Krieges längst ein Umdenken erfolgt. Im Winter 1943/44 wollte General Köstring, in dessen Obhut die „Ostverbände“ des deutschen Heeres standen, kein diskriminierendes Abzeichen, um den Glauben an Deutschlands guten Willen nicht zu beeinträchtigen. Auch das Propaganda-Ministerium war für die Abschaffung gewonnen worden.

Ende März gab es eine weitere Verbesserung: In den schriftlichen Anweisungen der zuständigen Behörden wurden Bemühungen deutlich, die Ostarbeiter mit den anderen Fremdarbeitern im Reich gleichzustellen. Die Verordnung über die Einsatzbedingungen der Ostarbeiter vom 25. März 1944 und die Durchführungsbestimmungen ordneten „bessere Unterbringung, höhere Verpflegungssätze, weniger Steuerabzüge, besserer Postdienst, bessere Kleidung, Möglichkeit der Zusammenkunft mit den nächsten Verwandten“ an. Der in Russland geborene General Köstring als Chef der „Freiwilligenverbände“ meinte, die Osttruppen seien für das Reich unentbehrlich geworden und ihre Kampfmoral leide, da ihre Angehörigen unter den Ostarbeitern „weiterhin schikaniert und diskriminiert werden, ja nicht einmal ein Kino besuchen dürfen“.¹⁴²

¹⁴⁰ Zitiert nach Reinhard Kühnl, 322.

¹⁴¹ Alexander Dallin, 458.

¹⁴² Alexander Dallin, 460f.

Am 19. Juni 1944 schließlich verfügte die „Polizeiverordnung über die Kenntlichmachung der im Reich befindlichen Ostarbeiter und -arbeiterinnen“ doch noch die Abschaffung des OST- Abzeichens, das aber durch das neue „Volkstumsabzeichen“ ersetzt wurde. Die Ukrainer erhielten den traditionellen Dreizack, die Weißrussen ein Abzeichen mit Kornähre und Zahnrad und die Russen das St.Georgs-Kreuz.

Abbildung 1: Landmannschaftliche Abzeichen für die Ostarbeiter



(Ukrainisches
Abzeichen)¹⁴³



russisches



weißrussisches

8. Existenzbedingungen der Zwangsarbeiter

8.1. Allgemeines

Die sonderrechtliche Behandlung der „fremdvölkischen“ Arbeitskräfte galt für die seit 1940 im Reichsgebiet tätigen Zwangsarbeiter. „Zweck dieser Sonderbehandlung war, wie mit erheblichem propagandistischem Aufwand ständig wiederholt wurde, ihr restloser Einsatz zum Zwecke der Kriegswirtschaft.“¹⁴⁴ Das deutsche Arbeitsrecht, das von dem Grundsatz gleichen Lohnes und gleicher soziale Leistungen für gleiche Arbeit ausging, konnte für die Zwangsarbeiter keine Anwendung finden, zumindest bis zum März 1944, wie im vorangegangenen Kapitel beschrieben. Es sollte soviel wie möglich ihre Arbeitskraft ausgebeutet werden. Hitler erklärte bereits 1934: „Es gibt viele Methoden, einen unerwünschten Volksstamm systematisch und

¹⁴³ www.landsvik.dek/pva/INTZWANGSARBEIT.pdf, 7.November 2010

¹⁴⁴ Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, 254.

verhältnismäßig schmerzlos zum Aussterben zu bringen“.¹⁴⁵ Hinter dieser Aussage stand die Absicht, die Fremdarbeiter möglichst auf Dauer von ihrem gewohnten Lebenskreis zu entziehen, ihre Geburtenfreudigkeit durch harte Behandlung zu schwächen und sie so zu dezimieren.

Sowohl polnischen Arbeitern als auch den Ostarbeitern wurde eine 15-prozentige Abgabe auf das Einkommen abgezogen. Es handelte sich um die Sozialausgleichsabgabe, basierend auf die Ministerratsverordnung vom 5. August 1940 für die polnischen Arbeiter und mit einer Erweiterung der Verordnung vom 10. August 1940 war die Abgabe auch auf die Ostarbeiter anzuwenden. Dadurch konnte nicht nur die Wirtschaft von den Zwangsverpflichtungen der „Fremdvölkischen“ profitieren, auch der Staat konnte sich über zusätzliche Einnahmen freuen. „Die Sozialausgleichsabgabe war wie die Lohnsteuer eine Reichssteuer und floß ausschließlich dem Reich zu.“¹⁴⁶ Weitere sonderrechtliche Bestimmungen betrafen Urlaub, Disziplinwidrigkeiten, Unterbringung und Verpflegung.

8.2. Ernährung

Menge und Qualität der zugeteilten Lebensmittel wurde je nach Stellung innerhalb der nationalsozialistischen Rassenskala und Zugehörigkeit der ausländischen Arbeitskräfte variiert. Der Leiter des Gauamts für Volksgesundheit Dr. Stäbel mahnte: „So gut wie bei Juden ein strenger Maßstab in der Gewährung von Lebensmittelzulagen anzulegen ist, so selbstverständlich muß es auch sein, dass für die polnischen Zivilarbeiter nur in ganz dringlichen Ausnahmefällen Lebensmittelzulagen gewährt werden dürfen“.¹⁴⁷ Allerdings war die Ernährungssituation der polnischen Zivilarbeiter bei deutschen Bauernfamilien in der Regel ausreichend, da diese an der Leistungsfähigkeit interessiert waren und keine Schwierigkeiten hatten, zusätzliche Lebensmittelrationen aufzubringen.

¹⁴⁵ Zitiert nach Diemut Majer, 254.

¹⁴⁶ Hans Pfahmann, 166f.

¹⁴⁷ Annette Schäfer, 101.

„Die Versorgung der freien russischen Arbeiter war nicht anders zu handhaben als bei den kriegsgefangenen Russen. Ausreichend artgemäße Ernährung seien für den russischen Arbeiter die Hauptsache. Er müsse gesättigt und in seiner dem Einsatz entsprechenden Leistungsfähigkeit erhalten werden, dies war die Auffassung Görings hinsichtlich der Verpflegung des Ostarbeiters.“¹⁴⁸ Diese Erklärung klingt relativ human, entsprach allerdings keineswegs der Realität. Dazu seien ein paar Beispiele zitiert, etwa Dr. Wilhelm Jäger, Oberarzt des Lagers der Kruppwerke: „Die Zustände in allen Krupp-Lagern waren demnach äußerst schlecht. Das Essen für die Ostarbeiter war vollkommen unzureichend. Später, 1943, als Dr. Jäger die Nahrung, die von den Küchen zubereitet wurde, prüfte, stellte sich in verschiedenen Fällen heraus, daß den Ostarbeitern Nahrungsmittel vorenthalten worden waren. Die Zahl der erkrankten Ostarbeiter war daher doppelt so groß wie die der deutschen Arbeiter. Tbc war besonders weit verbreitet.“¹⁴⁹

Eine Besichtigung des OA- Lagers (Ostarbeiterlager) bei der Firma Eibia in Liebenau machte ähnliche Zustände evident: „Die 700 dort eingesetzten Russen erhielten als warme Verpflegung fast ständig entweder gekochte Wasserrüben oder die gekochten Blätter der Rüben. Auch hier müsse mit dem Ausfall dieser Kräfte in allernächster Zeit gerechnet werden, wenn nicht schnellste Abhilfe geschaffen werde.“¹⁵⁰ Ähnlich die Situation in der Ostmark. Laut der Erinnerung der ehemaligen Zwangsarbeiterin Zinaida Formenko bestand das Frühstück bei der Firma Lapp-Finze in Kalsdorf aus einem Laib Brot für vier Personen, zwei Stückchen Zucker und einer Tasse Kaffee, mittags und abends gab es eine Wassersuppe mit Kartoffeln oder Kraut.¹⁵¹

„Sowjetischen Arbeitern standen in der Woche 2.600 g Brot, 250 g Fleisch, 130 g Fett, 5.250 g Kartoffeln, 150 g Nahrungsmittel, 110 g Zucker, 14 g Tee-Ersatz und Gemüse nach Aufkommen zu.“¹⁵² Angesichts drohender Produktionseinbussen

¹⁴⁸ Zitiert nach Hans Pfahlmann, 193.

¹⁴⁹ Zitiert nach Hans Pfahlmann, 195.

¹⁵⁰ Hans Pfahlmann, 195.

¹⁵¹ Harald Knoll, Peter Ruggenthaler, Barbara Stelzl-Marx, Zwangsarbeit bei der Lapp_Finze AG. In: Stefan Karner (Hg), NS-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie, 131.

¹⁵² Annette Schäfer, 103.

aufgrund der mangelhaften Ernährung der Ostarbeiter häuften sich die Beschwerden der Unternehmer. „Sauckel forderte bereits im Juli 1942 die Ostarbeiter zur Mitnahme von haltbaren Lebensmitteln ins Reich auf.“¹⁵³ Aufgrund der untragbar ungleichen Lebensmittelversorgung bei gleicher Leistungsforderung wurden zwar auf Betreiben Sauckels ab 21. August 1944 die Verpflegungssätze zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen der Zwangsarbeiter an die deutschen Sätze angehoben, allerdings besteht einerseits der Verdacht, dass diese Anordnung nicht immer durchgeführt wurde und andererseits die Ernährungssituation im Reich bereits insgesamt sehr schlecht war.

8.3. Bekleidung

Ebenso wie die mangelhafte Ernährung stellte die mangelhafte Bekleidung ein Problem für die Zwangsarbeiter dar. Als ab Herbst 1939 polnische Kriegsgefangene und später polnische Zwangsarbeiter zu Arbeiten in der Land- und Forstwirtschaft herangezogen wurden, waren sie nur sehr dürftig mit Kleidung und Schuhen ausgestattet. Es sei auf ein Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Bietigheim an das Stammlager in Ludwigsburg hingewiesen, in dem er auf die hohe Zahl der Kranken hinwies, die nichts mit dem Wetter zu tun hätte, sondern „die Bekleidung, ganz besonders die Unterkleidung lässt bei vielen Gefangenen zu wünschen übrig und erhöht die Krankheitsziffer.“ Er betonte, „ohne Schuhzeug können die Polen nicht schaffen“.¹⁵⁴

Als ab Herbst 1941 außerdem russische Gefangene und ab Frühjahr 1942 zusätzlich zivile russische Arbeitskräfte ins Deutsche Reich gebracht wurden, verschärfte sich die Situation zusätzlich. „Da Rohstoffe in erster Linie der auf Hochtouren laufenden Rüstungsindustrie vorbehalten bleiben sollten, waren die Behörden bestrebt, die russischen und polnischen Zwangsarbeiter lediglich mit dem unbedingt notwendigen Minimum an Kleidern und Schuhen auszustatten.“¹⁵⁵ Noch dazu wurde bei den Anwerbungsaktionen im Osten erklärt, es sei nicht notwendig, Bekleidung

¹⁵³ Hans Pfahmann, 196.

¹⁵⁴ Zitiert nach Annette Schäfer, 110.

¹⁵⁵ Annette Schäfer, Seite 111

mitzunehmen, da alles in Deutschland zur Verfügung gestellt würde. Aus der Altkleider- und Spinnstoffsammlung des Jahres 1942 musste daher ein Großteil für die Ostarbeiter aufgebracht werden.

Zur Beseitigung des Mangels an Bekleidung entwickelte die Reichsstelle für Textilwirtschaft auf Veranlassung von Reichswirtschaftsminister Walther Funk in enger Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie besondere Bekleidungstypen für Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen. Sie sollten mit Oberbekleidung, Leibwäsche und Schuhwerk ausgestattet werden.¹⁵⁶ Trotzdem waren im Frühjahr 1943 nur wenige Ostarbeiter ausreichend mit Bekleidung versorgt. Besonders das Schuhwerk mit Holzsohle ohne Strümpfe verursachte viele Krankenstände aufgrund von Fußkrankungen. In der Erinnerung von Zinaida Formenko hat sich besonders der Winter in den speziell für Zwangsarbeiter aus dem Osten hergestellten Holzschuhe eingepägt: „Im Winter ist es kalt, mit den Holzschuhen immer nass. Das war alles schrecklich.“¹⁵⁷ Gegen Ende des Krieges verschlimmerte sich die Lage noch mehr, da ein Teil der deutschen Textilindustrie im Rheinland bereits im Oktober 1944 stillstand.

8.4. Unterkunft

Die Massen von Arbeitskräften wurden in allen denkbar möglichen Unterkünften untergebracht. Da die Errichtung von Baracken schwierig war, musste man teilweise auf vorhandene Räumlichkeiten ausweichen. Leer stehende Lager, Turn- und Sporthallen, Schuppen etc. wurden als Unterkünfte herangezogen, natürlich mangelte es bei diesen Provisorien an hygienischen Voraussetzungen.¹⁵⁸ Darüber hinaus waren die Unterkünfte der polnischen und russischen Zwangsarbeiter immer überbelegt. Der Bericht eines Amtsarztes des staatlichen Gesundheitsamtes Waiblingen sei stellvertretend als Beispiel für die Missstände zitiert.

Das Ostarbeiterlager der Firma Kingeter und Hohlfelder in Grunbach als auch das der Holzindustrie in Welzheim und der Holzwarenfabrik Armand in Waiblingen

¹⁵⁶ Hans Pfahmann, Seite 200

¹⁵⁷ Zitiert nach Hans Pfahmann, Seite 201

¹⁵⁸ Hans Pfahmann, 203.

verfügten über keine ausreichenden Waschgelegenheiten, im Lager der Firma Sikler in Haubersbronn seien überhaupt keine vorhanden. Das Russenlager und das Polinnenlager in den Ziegelwerken Hess in Waiblingen habe keinen Wasseranschluss.¹⁵⁹

Die NS-Rassenhierarchie wirkte sich auch bei der Unterbringung krass aus. Die Schilderung der Unterkünfte der Zwangsarbeiter bei Lapp-Finze soll diese Unterschiede deutlich belegen. Französische Zivilarbeiter waren in einer Baracke bei einem Gastwirt untergebracht, für die britischen Kriegsgefangenen stand ein gemauertes Haus am Fabriksgelände zur Verfügung, die Arbeiter aus den Balkanländern waren in einer Baracke untergebracht, die frei zugänglich und nicht bewacht war. Die Ostarbeiter wohnten in eigens errichteten Baracken am Fabriksgelände, eine für Männer, zwei für Frauen und wie gesetzlich vorgeschrieben von Stacheldraht umgeben.¹⁶⁰

8.5. Beschäftigungsverhältnisse

Auch hinsichtlich des Beschäftigungsverhältnisses bestand für Arbeitskräfte aus Polen und der Sowjetunion eine Sonderstellung im Vergleich zu den anderen Arbeitskräften. Bereits ab Juli 1940 brauchte man mit den polnischen Arbeitskräften keinen Arbeitsvertrag mehr abzuschließen. Das bedeutete nicht nur ein Dasein ohne rechtliche Basis, sondern auch eine Zwangsverpflichtung auf unbestimmte Zeit. Gleiches galt für die Ostarbeiter. Da die Beschäftigungssituation im Deutschen Reich durch den lange andauernden Krieg immer prekärer wurde, ließ man sich an der Reichsspitze zu einigen Zugeständnissen an die Zwangsarbeiter bewegen. „Um die Ostarbeiter zur Leistungssteigerung anzuregen, begrenzte Sauckel Anfang 1943 die Dauer des Beschäftigungsverhältnisses im Reich auf zwei Jahre.“¹⁶¹ Allerdings gab es die Möglichkeit, Verträge immer wieder zu verlängern, wenn es die Kriegssituation erforderte. Diese aussichtslose Situation führte immer wieder zu „Arbeitsvertragsbrüchen“.

¹⁵⁹ Zitiert nach Annette Schäfer, 118.

¹⁶⁰ Harald Knoll, Peter Ruggenthaler, Barbara Stelzl-Marx, 126.

¹⁶¹ Hans Pfahmann, 156.

Leichter war es für die in der Landwirtschaft tätigen Polen, ihren Arbeitsplatz zu verlassen, die Anzahl der Fluchtversuche stieg deswegen insgesamt an. In seinem Runderlass vom 15. Dezember 1942 ordnete Heinrich Himmler „die Rückführung vertragsbrüchiger ausländischer Arbeitskräfte“ an und hielt es für notwendig, eine Anzahl von „Arbeitserziehungslagern für eine wirksame Bekämpfung des Arbeitsvertragsbruches“ zu schaffen.¹⁶² Osteuropäische Zwangsarbeiter wurden in ein Arbeitserziehungslager für üblicherweise sechs Wochen eingewiesen. Flüchtige Ostarbeiter waren einem Befehl Himmlers zufolge grundsätzlich der Sonderbehandlung zuzuführen, was die Hinrichtung bedeutete. Später wurde die Todesstrafe nur im Fall von Kapitalverbrechen vollzogen.

8.6. Urlaub

Für Polen wurde durch Anordnung über den Urlaub der im Reich eingesetzten Zivilarbeiter vom 31.März.1941 der Urlaubs- und Familienheimfahrtsanspruch gesperrt. Trotz des Grundsatzes, dass „dem Polen inmitten des Krieges kein Anspruch auf Arbeitsbefreiung zum Zwecke der Erholung zugebilligt werden soll, fand sich Sauckel im Interesse eines ungestörten Produktionsablaufs in der Wirtschaft bereit, bewährten polnischen Arbeitskräften die Möglichkeit einer vorübergehenden Rückkehr zu verschaffen.“¹⁶³ Es wurden sogar Urlaubersonderzüge eingerichtet, die jedoch aufgrund anderer wichtiger Transporte nicht in Betrieb genommen wurden.

Urlaub für Arbeitskräfte aus den besetzten sowjetrussischen Gebieten war nur für jene aus dem Reichskommissariat Ostland mit Ausnahme Weißrutheniens möglich bzw. für jene, die im Generalgouvernement und im Bezirk Bialystok beheimatet und nichtdeutschen Volkstums waren und vor dem 1.September 1941 im Reich beschäftigt wurden. Die aus den übrigen Ostgebieten stammenden sowjetrussischen Arbeitskräfte hatten überhaupt keinen Anspruch auf Urlaub, denn „Der Ostarbeiter ist nur deshalb in das Reich geholt worden, um daran mitzuhelfen, die kriegswichtigen Aufgaben zu lösen“.¹⁶⁴ Mit der leichten Lockerung der Bestimmungen für Ostarbeiter

¹⁶² Hans Pfahlmann, 157.

¹⁶³ Hans Pfahlmann, 172.

¹⁶⁴ Hans Pfahlmann, 173.

kam Sauckel zu der Einsicht, auch Ostarbeitern Urlaub zu gewähren, allerdings nur in den Betriebslagern. „Um den Urlaubszweck, Erholung und Entspannung zu ermöglichen, empfahl Sauckel, in diesen Lagern Urlaubsstuben einzurichten. Den Urlaubern ist vor allem Lesestoff sowie Spiele zur Verfügung zu stellen.“¹⁶⁵

8.7. Steuerliche Benachteiligung

Die Zwangsarbeiter wurden nicht nur physisch sondern auch fiskalisch ausgebeutet. „Von 1940 an benutzte das Reichsfinanzministerium beharrlich jede Möglichkeit, um wesentliche Lohnanteile der in Deutschland eingesetzten ausländischen Arbeiter zugunsten der Reichskasse einzustreichen.“¹⁶⁶ Das Procedere für polnische und sowjetische Zwangsarbeiter gestaltete sich deutlich schärfer als für italienische, belgische oder französische freiwillige oder unfreiwillige Arbeiter im Reich. Wurde ein Arbeiter oder eine junge Frau aus der Ukraine nach Deutschland verschleppt, wurde das zurückbleibende Hab und Gut dem Dorfältesten übergeben, der es zu veräußern hatte. Den Erlös sollte er auf ein Sperrkonto bei der Reichskreditkassa abliefern. Der Betrag sollte bei Rückkehr dem Betroffenen ausgehändigt werden, was nie geschah. „Was auch immer mit einem sowjetischen Zwangsarbeiter nach einem deutschen Sieg geschehen wäre, sein gesamter Besitz wurde zunächst in Geld verwandelt und der Kriegskasse des Reiches direkt einverleibt.“¹⁶⁷

Bei den Polen wurde mit Verordnung vom Reichsverteidigungsrat vom 5. August 1940 eine „Sozialausgleichsabgabe als Zuschlag zur Einkommenssteuer“ eingefordert. Die Sozialausgleichsabgabe betrug 15 Prozent des Bruttolohns und wurde mit der Begründung erklärt, dass sie keinen Arbeits- und Wehrdienst leisten. Ausgenommen waren nur die in der Landwirtschaft tätigen Polen, für die dafür eine besonders ungünstige Tarifordnung erlassen worden war. „Sie erhielten Kost und Logis sowie ein Taschengeld zwischen 8,50 und 26,50 Reichsmark monatlich. Das

¹⁶⁵ Hans Pfahmann, 173

¹⁶⁶ Götz Aly, Hitlers Volksstaat, 181.

¹⁶⁷ Götz Aly, 183.

bedeutete einen massiven Steuerverzicht des Reiches und subventionierte indirekt die Bauern, die Großagrarier und die Lebensmittelpreise.“¹⁶⁸

Eine weitere Benachteiligung für die Zwangsarbeiter waren die ungünstigen Steuerklassen. Juden, Zigeuner und osteuropäische Zwangsarbeiter bezahlten mehr als das Dreifache an Steuern, wie folgendes Beispiel belegt: ein jüdischer Mann mit Frau und Kind verdiente 243 Reichsmark bei einer Steuerabgabe von 108 RM, ein arischer Arbeitskollege zahlte bei gleichem Lohn nur 30,21 RM. Auf diese Weise verdoppelten sich die Lohnsteuereinnahmen in der zweiten Kriegshälfte.¹⁶⁹ Neben den steuerlichen Nachteilen mussten die aus Polen und der Sowjetunion stammenden Arbeiter noch 1,50 RM für die Lebenshaltungskosten im Lager zahlen. In Zahlen ausgedrückt bleibt bei einem Wochenlohn von 40 Reichsmark nach allen Abzügen noch ein Rest von zehn Mark, die aber nicht voll verausgabt wurden angesichts der knappen Konsumgüterversorgung im Reich.

Damit begann das „Ostarbeiter-Sparen“ mit eigenen Sparkarten. Den Gegenwert hatten die Betriebe direkt an die Reichshauptkassa abzuführen, wobei der einzelne Arbeiter den gesparten Betrag bei seiner Rückkehr in die Heimat bekommen sollte. Dies war nie vorgesehen, da die Gelder von den Betrieben pauschal und nicht individuell verbucht an das Berliner Büro der Zentralwirtschaftsbank Ukraine abgeführt wurden. Das Ostarbeiter-Sparen war nichts anderes als eine „Sozialisierung fremden Eigentums“ und alle Steuern, Abgaben und „Ersparnisse“ aus der Zwangsarbeit polnischer und sowjetischer Arbeitskräfte eine „spezifische Form des Tributs an die Kriegskasse des Deutschen Reiches“.¹⁷⁰

Eine detaillierte Aufschlüsselung der Lohnsteuereinnahmen zeigt zuerst einen massiven Anstieg von 1938 auf 1939 um 26 Prozent durch die Eingliederung Österreichs und des Sudetenlandes und dann von 1940 auf 1941 um 42 Prozent durch den massenhaften Einsatz von Zwangsarbeitern in der Industrie.

¹⁶⁸ Götz Aly, 184.

¹⁶⁹ Götz Aly, 185.

¹⁷⁰ Götz Aly, 187.

Tabelle 3: Lohnsteuereinnahmen 1938 - 1943 (Lohnsteuertabelle des Deutschen Reiches) ¹⁷¹

	Lohnsteuer (in Mio. RM)	Index	Steigerung (in Prozent)
1938	2090,8	100	
1939	2645,7	126	26
1940	2979,3	142	11
1941	4223,4	209	42
1942	4539,2	217	7
1943	5001,2	239	10

8.8. Strafen für Zwangsarbeiter

Ab 1943 war ein deutliches Ansteigen von Arbeitsdelikten feststellbar, sodass in diesem Jahr ein ausgebautes Strafsystem gegen „Bummelei“ eingeführt wurde. Ziel war, den ausländischen Beschäftigten zu zeigen, dass jeder Ansatz von Aufbegehren „unnachsichtig und konsequent“ verfolgt wird.¹⁷² Albert Speer in seiner Funktion als Rüstungsminister hat bereits im Oktober 1942 festgestellt, die Bummelantenfrage sei ein Punkt der behandelt werden müsse“ und damit den Startschuss zur Verschärfung des Strafsystems gegen „Arbeitsbummelei“ geliefert. Die bis Ende 1943 sukzessive erlassenen Bestimmungen sahen ein gestaffeltes System betrieblicher und außerbetrieblicher Strafen vor. Für die außerbetrieblichen Strafen war die Gestapo zuständig.¹⁷³ Sanktionsmöglichkeiten waren Verwarnung bei leichten Verstößen wie „einmalige Unpünktlichkeit“, Geldbußen bei schwereren Verstößen wie unentschuldigtes Fehlen oder wiederholte Unpünktlichkeit oder vorzeitiges Verlassen der Arbeitsstelle. Geldbussen bis zu einem Wochenverdienst gab es bei „Widerspenstigkeiten“. Diese Maßnahmen galten für alle Arbeiter.

¹⁷¹ Götz Aly, 190.

¹⁷² Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 348.

¹⁷³ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 349.

Weitergehende Strafen wie Kürzung der täglichen Essensrationen, Freiheitsentzug und „körperliche Züchtigung“ waren untersagt, allerdings nicht bei Ostarbeitern. „Ihnen gegenüber waren Ordnungsübungen, Zuteilungen zum Strafrupp, Entziehung der warmen Tagesverpflegung sowie Arrest bis zu drei Tagen zulässig“¹⁷⁴. Weiters sollten die innerbetrieblichen Strafen für Polen, Tschechen und Ostarbeiter härter ausfallen und die außerbetrieblichen Maßnahmen früher einsetzen. Unter den außerbetrieblichen Maßnahmen waren vor allem die Arbeitserziehungslager zu verstehen. Darüber gibt es statistisches Zahlenmaterial: „Während bei den Ausländern in der gesamten Kriegszeit 58 Prozent aller außerbetrieblichen Bestrafungen auf Einweisung in ein AEL (Arbeitserziehungslager) bzw. KL (Konzentrationslager) hinausliefen, waren es bei deutschen Arbeitern nur 15 Prozent.“¹⁷⁵ Einweisungen sollten aus „erzieherischen Gründen“ erfolgen, der „Aufenthalt soll bessernd auf die Insassen und abschreckend auf ähnliche Elemente an den Produktionsstätten wirken.“¹⁷⁶

8.9. Luftangriffe

Der Schutz vor Bombardierungen war in den typischen Holzbaracken für die Zwangsarbeiter nicht gegeben. Sie hielten keinem Druck stand und brannten besonders leicht ab. Ostarbeiter, Polen und Kriegsgefangene durften die großen öffentlichen Bunker nicht betreten. In den Lagern selbst waren nur Splitterschutzgräben errichtet worden, die fast keinen Schutz boten. Es waren einfache Erdgräben, etwa 1,80 Meter tief, mit Brettern abgedeckt und mit der ausgehobenen Erde abgedeckt. Die Zeitzeugenschilderung der zur Arbeit in Berlin gezwungenen Kazimiera Kosonowska von den Bombardierungen 1943 liefert einen Eindruck von den zusätzlichen Ängsten und Nöten seit den massiven Bombenangriffen:

Die Bombardierungen begannen im Januar und wir wussten darüber nicht viel. Als die Sirenen heulten, wurde der Strom abgeschaltet, und die Wachmänner trieben uns in den Luftschutzraum hinunter. Das waren ausgehobene Gräben hinter den Baracken, mit befestigten Wänden, von oben mit Brettern zugedeckt und mit Erde

¹⁷⁴ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 350.

¹⁷⁵ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 351.

¹⁷⁶ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 358.

zugeschüttet. Unter diesen schrecklichen, grabähnlichen Bedingungen mussten wir den Luftangriff abwarten, während in der Nähe Bomben explodierten. In dem Raum war es stickig. Nach jeder Explosion fiel der Schutt herunter, und wir waren vor Angst wie gelähmt.¹⁷⁷

Mit den zunehmenden Bombenangriffen der Alliierten begann das hierarchische System der unterschiedlichen Behandlung der Zwangsarbeiter zu zerbröseln. Bis Ende 1942 waren die Lebensbedingungen in den Kruppschen Lagern beispielsweise für die Westarbeiter deutlich besser als für die Ostarbeiter und Polen. Diese „Ostlager“ waren völlig überbelegt, die sanitären Zustände völlig unzureichend und die Ernährung noch schlechter als es die Vorschriften vorsahen. Mit dem Beginn der schweren Luftangriffe verschlechterten sich die Zustände in den Lagern immer mehr. Die Arbeiter mussten in den Ruinen der früheren Baracken hausen. Nach den Luftangriffen im März 1943 wurden viele Ostarbeiter direkt in den Kruppwerken untergebracht, das heißt, dass eine Ecke des Fabrikgebäudes durch Bretter abgetrennt wurde. Dort schliefen die Arbeiter der Tagschicht während der Nacht und die der Nachtschicht mussten während des Tages in der Fabrikshalle schlafen.¹⁷⁸

9. Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiter

Forderungen der Zwangsarbeiter wurden zwar gestellt, es wurde ihnen aber nicht entsprochen. Es herrschte quasi ein „Konsens in der Zwangsarbeiterfrage, diese Ansprüche nicht zu erfüllen.“¹⁷⁹ Aufgrund der Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes von 1953 („Bundesentschädigungsgesetz oder Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung“), das als Kriterium für den Anspruch den Wohnsitz, nämlich in der Bundesrepublik Deutschland oder West-Berlin hatte, waren alle Verfolgten aus dem Ausland von der Entschädigung ausgeschlossen. Viele Ausnahme- und Zusatzbestimmungen änderten nichts an der Tatsache, dass NS-Opfer nichtdeutscher Nationalität keine

¹⁷⁷ Tanja von Fransecky, Zwangsarbeit in der Berliner Metallindustrie 1939-1945, 74.

¹⁷⁸ Ulrich Herbert, Fremdarbeiter, 337.

¹⁷⁹ Peer Zumbansen, Zwangsarbeit im Dritten Reich, 267.

Chance auf Entschädigung hatten. Davon betroffen waren vor allem osteuropäische Zwangsarbeiter, die nach dem Krieg wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sind.¹⁸⁰

Das Bundesentschädigungsgesetz wäre die rechtliche Voraussetzung für eine Entschädigung gewesen. Nicht nur geografische Voraussetzungen waren für eine Entschädigung ausschlaggebend, sondern auch die Verfolgung aus politischer Gegnerschaft, der Rasse, des Glaubens oder der Nationalität. Ehemalige Zwangsarbeiter waren von diesem Personenkreis ausgeklammert. Der Grund lag im Wortlaut des Londoner Schuldenabkommens vom 27. Februar 1953. Da man der Überzeugung war, dass Zwangsarbeit „nur eine kriegsbegleitende Erscheinung“ war, war sie auch nicht entschädigungsberechtigt.¹⁸¹

Es ist vor allem festzustellen, dass über das Thema Zwangsarbeit nicht gesprochen wurde. Erst in den späten 80ern mit dem Fall der Mauer und dem Ende des Kalten Krieges begann das Thema virulent zu werden. Es kam in Deutschland zur Gründung der Stiftungsinitiative, in Österreich zum Entschädigungsfonds. All das geschah zu einer Zeit, in der sehr viele ehemalige Zwangsarbeiter nicht mehr am Leben waren.

„Wichtiger ist jedoch, dass es bei diesem abgeschobenen und vollkommen verdrängten Thema – die Forderungen der Opfer liegen seit 1945 auf dem Tisch – innerhalb von fünf, sechs Jahren nun tatsächlich gelungen ist, einen nicht unwesentlichen Entschädigungsbeitrag zusammenzubringen“, so äußert sich Ulrich Herbert, einer der besten Kenner der Zwangsarbeiter-Thematik in einem Interview anlässlich des am 23. März 2000 gefundenen Kompromisses über die Kompensationssumme von 10 Mrd. DM für die ehemaligen Zwangsarbeiter.¹⁸² Deutsche Unternehmen waren besonders im Rahmen der Kriegswirtschaft in das NS-Regime und damit auch in das von ihm ausgelöste Unrecht eingebunden. In der Präambel der Stiftungsinitiative ist zu lesen, dass „die Folgen der Einbindung deutscher Unternehmen in nationalsozialistisches Unrecht nicht rechtlich zu lösen sind. Die deutschen Unternehmen sehen aber eine moralische Verantwortung

¹⁸⁰ www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/leistungen/leistungen_bis_2000, 10. Oktober 2010

¹⁸¹ www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/leistungen/leistungen_bis_2000, 10. Oktober 2010

¹⁸² Zitiert nach Peer Zumbansen, 259.

insbesondere dort, wo Zwangsarbeit unter besonders erschwerten Bedingungen geleistet werden mußte oder wo Unternehmen an der Diskriminierung von Menschen mitwirkten, die aus rassistischen Gründen vom NS-Regime verfolgt wurden“.¹⁸³

Abgesehen davon, dass die Entschädigungszahlungen für die meisten ehemaligen Zwangsarbeiter zu spät kamen, ergab sich für diejenigen aus der ehemaligen Sowjetunion schon nach ihrer Rückkehr eine neue belastende Situation. Für viele war das NS-Lagerleben endlich zu Ende und es begann in der Stalin-Diktatur von Neuem. Die Heimkehrer wurden in der Heimat als Vaterlandsverräter eingestuft und entsprechend behandelt. „Legt man die Repatriierungsstatistik vom 1. August 1945 zugrunde, folgt daraus, dass für jeden zweiten Sowjetbürger zu dem Zeitpunkt das Lagerleben die bestimmende Lebensform nach seiner Befreiung war“¹⁸⁴. Bis zum 1. August 1945 waren 2,4 Millionen Sowjetbürger in den Lagern und Sammelpunkten auf dem von der Roten Armee besetzten Territorium Europas eingetroffen.“ Mit 1,3 Mio. Menschen lebten noch 55 Prozent in den 85 Lagern und Überprüfungs-Filtrationspunkten. Hunderttausende wurden bis zu mehreren Jahren in Ostdeutschland festgehalten, womit ihre Rückkehr in die Heimat in weite Ferne rückte.¹⁸⁵

Im Zusammenhang mit der Entschädigungsdiskussion für überlebende Zwangsarbeiter erstellte Mark Spoerer erstmals im Jahr 2000 ein Gutachten für die Historikerkommission in Österreich. Die Studie wurde auf das gesamte Deutsche Reich erweitert und gemeinsam mit Jochen Fleischhacker publiziert.¹⁸⁶ Bei einer Gesamtzahl überlebender Zwangsarbeiter aus allen Nationen insgesamt von 7,945.000 Mitte 1945 und der Vergleichszahl Überlebender Mitte 2000 von 2,196.000 ergab sich eine Überlebenswahrscheinlichkeit von 27,6 Prozent. Die nachstehende Tabelle beschränkt sich auf die Überlebenden der für diese Arbeit relevanten Bevölkerungsgruppen.

¹⁸³ www.stiftungsinitiative.de, 8. Oktober 2010

¹⁸⁴ Ulrike Goeken-Haidl, Der Weg zurück, 411.

¹⁸⁵ Ulrike Goeken-Haidl, 411.

¹⁸⁶ Mark Spoerer und Jochen Fleischhacker, Forced Laborers in Nazi Germany: Categories, Numbers and Survivors, Journal of Interdisciplinary History, Vol.33, No.2 (autumn 2002) unter www.jstor.org/stable/3656586, 10. Jänner 2011

Tabelle 4: Ausländische Zwangsarbeiter, die Mitte 1945 und Mitte 2000 überlebt haben¹⁸⁷

	Zwangsarbeiter	
	Überlebende Mitte 1945	Überlebende Mitte 2000
Polen	1,470.000	368.000
Weißrussen	320.000	108.000
Ukrainer	1,210.000	314.000
Russen	995.000	310.000
gesamt	3,995.000	1,100.000

10. NS-Propagandatätigkeit

Die Dinge aus der Komplikation zu vereinfachen – das ist Aufgabe des Propagandisten und nicht sie aus der Einfachheit zu verkomplizieren. Je einfacher und je primitiver, desto wirkungsvoller.¹⁸⁸

Hitler hat sich mit dem Thema der Propaganda lange vor seiner Machtergreifung beschäftigt. Hinweise finden sich bereits in seinem Werk „Mein Kampf“ aus dem Jahr 1925. Da er die Ansicht vertrat, dass Deutschland im Ersten Weltkrieg über kein geeignetes Gegenmittel zur britischen Kriegspropaganda verfügte, musste der Krieg in psychologischer Hinsicht verloren gehen. Somit beschäftigte ihn das Thema Propaganda. Er widmete der alliierten Kriegspropaganda ein eigenes Kapitel und entwickelte Grundsätze einer wirkungsvollen nationalsozialistischen Propaganda.¹⁸⁹ Seine Überlegungen gingen in die Richtung der „Aufnahmefähigkeit der großen Masse“, die er für „nur sehr beschränkt“ hielt und „das Verständnis klein, dafür die Vergesslichkeit groß“ einschätzte. Daraus folgt, dass Themenfelder auf nur sehr

¹⁸⁷ Mark Spoerer und Jochen Fleischhacker, Forced laborers in Nazi Germany, Journal of Interdisciplinary History, 201.

¹⁸⁸ Joseph Goebbels, Reden, Helmut Heiber (Hg), 240

¹⁸⁹ Hitler, Mein Kampf, 193.

wenige Punkte einzuschränken sind und diese „schlagwortartig so lange zu verwerten seien, bis auch der letzte unter einem solchen Wort das Gewünschte sich vorzustellen mag“.¹⁹⁰

Goebbels Rede anlässlich des 7. Reichsparteitages auf der Sondertagung der Gau- und Kreispropagandaleiter am 16. September 1935 im Nürnberger Apollo-Theater vermittelt besonders präzise Vorstellungen der NS-Propaganda. In diesem Kreis philosophierte Goebbels über die „Kunst“ der Propaganda und beschrieb den Propagandisten als einen „Künstler der Volkpsychologie, der die Volksseele kennen muss.“¹⁹¹ Er bezeichnet einen der wesentlichen Charakterzüge der Propaganda als aggressiv, weil es nicht darum gehen kann, einen Zustand zu verteidigen, sondern es muss revolutionär zum Angriff übergegangen werden. „Sollte einer der Nutznießer unserer Leistungen es wagen, über eine momentane Schwäche zu kritisieren, so hat der Nationalsozialist nicht in diese Kritik einzustimmen, sondern er hat dem Gegner ins Gesicht zu springen! (Heilrufe, starker Beifall)“.¹⁹²

Für Goebbels gibt es einen weiteren Grundsatz für eine „wirksame Volksaufklärung“: „Die Dinge aus der Komplikation zu vereinfachen – das ist Aufgabe des Propagandisten und nicht sie aus der Einfachheit zu verkomplizieren. Je einfacher und je primitiver, desto wirkungsvoller“. Für ihn ist es der „letzte“ Mann im Volk, der von der Propaganda erfasst werden muss etwa „der Schnitter vom pommerschen Getreidefeld oder der Bergmann aus dem Ruhrgebiet oder der Straßenarbeiter aus Berlin oder das Dienstmädchen aus Köln“.¹⁹³

10.1.Presselenkung im Nationalsozialismus

Propaganda war demnach ein zentrales Element der NS-Zeit. Sie war darauf abgestellt, ein simples antisemitisches und antislawisches Feind-Bild bei der Bevölkerung zu verbreiten und das mit allen zur Verfügung stehenden technischen

¹⁹⁰ Hitler, Mein Kampf, 198.

¹⁹¹ Joseph Goebbels, Reden, zitiert nach Helmut Heiber, Goebbels Reden, 232.

¹⁹² Joseph Goebbels, Reden, zitiert nach Helmut Heiber, 234.

¹⁹³ Joseph Goebbels, Reden, zitiert nach Helmut Heiber, 240.

Mitteln. Goebbels stürzte sich neben den Zeitungen vor allem auf Rundfunk und Film. Der Zeitungssektor war vor der Machtübernahme auf 120 kleine Tageszeitungen beschränkt, im gesamten Deutschen Reich existierten 4.700 Tageszeitungen.¹⁹⁴

Die Presselenkung unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde auf drei Ebenen durchgeführt, auf der institutionellen, auf der ökonomischen und auf der inhaltlichen Ebene. Die Einflussnahme auf der inhaltlichen Ebene bedurfte am meisten Aufmerksamkeit. Der Rundfunk unterstand direkt der Rundfunkabteilung des RMVP (Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda) und der Film indirekt über staatlich kontrollierte Produktionsfirmen. Die Lenkung der Presse erfolgte einerseits durch die Nachrichten des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB), andererseits durch die Weisungen auf den Pressekonferenzen des Reichsministeriums für Propaganda und Volksaufklärung (RMPV).¹⁹⁵

Darüber hinaus gehen die Aufmachungsanweisungen bis ins Detail, was als Aufmachung des Tages zu erscheinen hat und bis zur Rangfolge der Meldungen und die Form wurde alles bestimmt. „Die Aufmachungsanweisungen, in denen nicht selten die Zahl der Zeilen und Spalten, Kasten und Balken vorgeschrieben werden, enthalten selbstverständlich auch Ausführungen, wo zu plazieren ist.“¹⁹⁶

Das Schwergewicht der Informationen an die Presse konzentrierte sich auf außenpolitische Ereignisse, während „über Vorgänge im Reich, sofern nicht propagandistische Hervorhebung erwünscht ist, möglichst weitgehendes Stillschweigen bewahrt wird.“¹⁹⁷ Dieser Hinweis erklärt wieder die Tatsache, dass über verschiedene Ereignisse, wie beispielsweise eben die Zwangsarbeit im Deutschen Reich einfach nicht berichtet wurde, weil es den Machthabern nicht opportun erschien, die Bevölkerung darüber zu informieren.

¹⁹⁴ Hans Bohrmann (Hg), NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Band 1, 22.

¹⁹⁵ Hans Bohrmann, NS-Pressenanweisungen, Band 1, 24.

¹⁹⁶ Jürgen Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, 42.

¹⁹⁷ Jürgen Hagemann, 43.

Was den Rundfunk anbelangt, haben die Nationalsozialisten die Wirksamkeit dieses Mediums zur Verbreitung von Propaganda erkannt. Zur Zeit der Machtergreifung gab es nur 4,3 Millionen Radiogeräte bei einer Einwohnerzahl von 66 Millionen. Da ein Gerät über 100 Reichsmark kostete und dieser Betrag für die Bürger zu hoch war, ordnete Goebbels die Produktion von einem Einheitsmodell zu einem Preis von 76 Reichsmark an. Bis 1935 wurden 1,5 Millionen Geräte verkauft. 1938 wurde das wegen seines großen Lautsprechers im Volksmund „Goebbelsschnauze“ genannte Gerät, der Deutsche Kleinempfänger (DKE38), zum Preis von nur mehr 35 Reichsmark auf den Markt gebracht. Der Vorteil der Volksempfänger für die Bevölkerung war der niedrige Preis, für das Regime vor allem der sehr begrenzte Empfangsbereich. „Bereits am Tage des Kriegsausbruches verfasste Goebbels daher einen Gesetzentwurf über „außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“, welcher der Bevölkerung das Abhören ausländischer Sender oder die Verbreitung der von diesen gesendeten Nachrichten, unter Androhung von Zuchthausstrafen- „in besonders schweren Fällen“ bei Todesstrafe verbot.“¹⁹⁸ Reichsjustizminister Dr. Franz Gürtner erhob schwere Bedenken gegen diese Verordnung und teilte dies im Schnellbrief vom 1. September 1939 umgehend Goebbels mit. „Ich befürchte, dass die Verordnung im Volk und in der Welt als ein Beweis für mangelndes Vertrauen zwischen der Regierung und dem Volk (...) aufgefasst würde(...)Ich befürchte weiter, dass der Erlaß einer solchen Verordnung dem Denunziantentum Tür und Tor öffnen würde“¹⁹⁹. „Was die Presse für das 19. Jahrhundert war, das wird der Rundfunk für das 20. Jahrhundert sein“, so äußert sich Goebbels anlässlich der Eröffnung der Funkausstellung in Berlin am 18. August 1933. „Man könnte, das Wort Napoleons variierend, den Rundfunk die achte Großmacht nennen“.²⁰⁰ Die Anzahl der Rundfunkteilnehmer stieg von 4,3 Millionen im Jahr 1933 auf beeindruckende 11,5 Millionen im Jahr 1939.²⁰¹

Am meisten war Goebbels allerdings von der Macht des Films beeindruckt. Mit den Veränderungen des Lichtspielgesetzes, der Zensur und der standardisierten

¹⁹⁸ Dokumentation Goebbels „Außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“ 1939-1942. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 11 (1963), Heft 4, 418.

¹⁹⁹ Dokumentation Goebbels, 419.

²⁰⁰ Zitiert nach Walter Hagemann, Publizistik im Dritten Reich. In: Dokumentation Goebbels, 418.

²⁰¹ Kurt Bauer, Nationalsozialismus, 284.

Beurteilung eines Filmes durch die Zensurbehörde sowie der Abschaffung der Filmkritik, die durch die „Filmbetrachtung“ ersetzt wurde, wurde das Ziel der totalen Kontrolle über den Film in Angriff genommen. Die eigentliche Verstaatlichung gelang durch die Cautio Treuhandgesellschaft, die nach und nach deutsche Filmfirmen aufkaufte und unter staatliche Kontrolle brachte, bis im Jänner 1942 alle Filmfirmen zu einer staatlichen Holding, der Ufa-Film GmbH vereint wurden.²⁰²

Aus dem NS-Filmschaffen, bestehend aus Unterhaltungs- und Propagandafilmen, sei im Zusammenhang mit dieser Arbeit ein frühes Werk erwähnt, der Propagandafilm „Feldzug in Polen“. Es handelte sich um einen Kriegspropagandafilm, der den Überfall der Wehrmacht auf das Nachbarland Polen als Reaktion auf eine vermeintliche polnische Aggression schildert. Hitler wird als siegreicher Feldherr gezeigt. Eingebracht wird eine Rede vor dem Reichstag am 1. Jänner 1939, in der er schildert, wie die deutsche Minderheit in der qualvollsten Weise misshandelt wird. Hitler: „Danzig wurde von uns getrennt, der Korridor von Polen annektiert neben anderen Gebieten des deutschen Ostens, vor allem aber die dort lebenden deutschen Minderheiten in der qualvollsten Weise misshandelt. Wie immer habe ich auch hier versucht, auf dem Wege friedvoller Revisionsvorschläge eine Änderung des unerträglichen Zustandes herbeizuführen“.²⁰³

Abbildung 2: Kinoplakat vom März 1940



²⁰² www.filmportal.de/df/f7/artikel, 10. Oktober 2010

²⁰³ „Feldzug in Polen“: www.video.google.com/videoplay?docid=8361513568831747695#, 10. Oktober 2010

10.2. Methoden der nationalsozialistischen Propaganda

Carl Hundhausen beschäftigt sich mit Propaganda allgemein und kommt zu sieben „Fundamentalgrundsätzen“ der nationalsozialistischen Propaganda:

- die Ausrichtung an der Aufnahmefähigkeit des „Beschränktesten“ derjenigen, zu deren Beeinflussung sie eingesetzt wird, das heißt eine weitgehende Simplifizierung auch komplexer Sachverhalte
- die grundsätzlich subjektiv-einseitige Darstellung, selbst der Anschein von Objektivität und Ausgewogenheit wird nicht beabsichtigt
- die Beschränkung auf eine geringe Anzahl von Themen
- die andauernde Wiederholung der ausgewählten Themen
- die Konzentration auf einen Gegner
- die zeitweilige Ausrichtung aller Propagandaaktivitäten auf diesen einen Gegner, wobei es gilt, die gesamte Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die mit diesem Gegner in Zusammenhang gebrachte existentielle Frage zu lenken
- der Appell an das Gefühl, den Instinkt, nicht an den Verstand²⁰⁴.

Wesentlich für die NS-Propagandamethode war also die Schaffung eines Feindbildes.

10.3. Nationalsozialistische Medienpolitik

„Nach dem 30. Jänner 1933 nahm die propagandistische und medienpolitische Aktivität der NSDAP bis dahin unerreichte Ausmaße und neue institutionelle Formen an. Das zeigte sich auch im personellen Ausbau an der Spitze, wo Hitler nicht weniger als drei „Reichsleiter“ mit Medienkompetenzen installierte: Otto Dietrich blieb „Reichspressechef der NSDAP, Max Amann, der Direktor des „Zentralverlags der NSDAP Franz Eher Nachf.“ in München und Verleger des Völkischen Beobachters, avancierte zum „Reichsleiter für die Presse“ und Reichspropagandaleiter Goebbels durfte im März 1933 zusätzlich das neugeschaffene Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda übernehmen.“²⁰⁵ Mit dieser durchaus

²⁰⁴ Carl Hundhausen, Propaganda, 187.

²⁰⁵ Norbert Frei, Journalismus im Dritten Reich, 22.

beabsichtigten Konstellation waren die „Konkurrenzkämpfe im Pressedreieck“ Amann-Dietrich-Goebbels vorprogrammiert.

Der nächste Schritt war die „Verordnung zum Schutz des deutschen Volkes“ vom 4. Februar 1933, die anfangs ähnlich wie in der Früh- und Endphase der Republik war, allerdings nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 war klar, dass es sich nicht nur um ein vorübergehendes Phänomen handelte. Denn die Verordnung „Zum Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 setzte alle anderen Grundrechte, auch das der Meinungs- und Pressefreiheit außer Kraft. Die kommunistischen und die sozialdemokratischen Zeitungen wurden pauschal verboten, die oft gut ausgestatteten Druck- und Verlagshäuser der sogenannten marxistischen Presse besetzt. „Insgesamt 200 SPD- und 35 KPD-Zeitungen mit einer Gesamtauflage von rund 2 Millionen Exemplaren fielen diesen Aktionen zum Opfer.“²⁰⁶

Mit der Zerschlagung der SPD- und KPD-Zeitungen im Frühjahr 1933 begann ein beispielloser Veränderungsprozess. Die deutsche Zeitungslandschaft wurde umgekrempelt mit dem politischen Ziel der totalitären Beherrschung der öffentlichen Kommunikation. Anfang 1933 gab es im Deutschen Reich noch rund 3.400 verschiedene Zeitungen.²⁰⁷ Als nächsten Schritt überlegte man Möglichkeiten zur systematischen Personalkontrolle.

Das am 4. Oktober 1933 vom Kabinett verabschiedete Schriftleitergesetz reglementierte die Zulassung zu den bisher völlig freien Presseberufen, entband den Journalisten vom politischen Weisungsrecht seines Verlegers und nahm ihn in die Pflicht des Staates. Schriftleiter durfte nur noch sein, wer deutscher Reichsangehöriger, mindestens 21 Jahre alt, „arischer“ Abstammung und nicht jüdisch verheiratet war.²⁰⁸

Diese Vorschriften kontrollierte die kurz darauf gegründete Reichspressekammer, eine Untergliederung der Reichskulturkammer. Die bisher selbständigen Verleger- und Journalistenorganisationen wurden dieser Reichspressekammer einverleibt. Redakteur und Verleger konnten nur mehr Mitglieder der Reichspressekammer oder dem entsprechenden Reichsverband sein.

²⁰⁶ Norbert Frei, 22.

²⁰⁷ Norbert Frei, 23.

²⁰⁸ Norbert Frei, 28.

Wichtigstes Instrument der nationalsozialistischen Vorzensur wurde die Reichspressekonferenz in Berlin, auf der Goebbels am 15. März 1933, einen Tag nach der Vereidigung als Minister, erschien. Ein Jahr später schrieb er in seinem Tagebuch. „Viele von denen, die hier sitzen, um öffentliche Meinung zu machen, sind dazu gänzlich ungeeignet. Ich werde sie sehr bald ausmerzen.“²⁰⁹ Den Vorsitz hatte der Leiter der Presseabteilung des Propagandaministeriums und stellvertretende Pressechef der Reichsregierung, Dr. Kurt Jahncke. Die Konferenz fand täglich statt und „Regeln“ wurden von der Regierung bestimmt.

Die politische Berichterstattung bekam das Regime auf diese Weise ziemlich rasch in den Griff, da täglich Vertreter der Regierung in der Reichspressekonferenz Anweisungen gaben, ob und wie bestimmte Themen in den Zeitungen behandelt werden sollten. Welche Ausmaße die Monopolstellung und damit die mögliche Indoktrination der Menschen angenommen hat, sollen ein paar Zahlen zeigen: „Am Ende des Regimes standen 350 parteieigenen Zeitungen noch 625 Privatblätter gegenüber, wobei letztere nur noch 17,5 Prozent der Gesamtauflage druckten. Bei einem Marktanteil von schließlich 82,5 Prozent verfügte die NSDAP unter dem Dach des Eher- Verlages über den größten Pressekonzern der Welt“²¹⁰.

Um die Situation der Medien im Dritten Reich verstehen zu können, ihre gleichgeschalteten Inhalte sowie ihre Gestaltung, egal ob es sich z.B. um eine Zeitung in der Ostmark oder die Krakauer Zeitung im Generalgouvernement oder den Völkischen Beobachter mit seinen Regionalausgaben handelte, sind die die Tagebücher Goebbels, des Reichspropagandaministers, aufschlussreich. Was ihn beschäftigte, wurde täglich in der Pressekonferenz „verlautet“ und in dieser Form in den Zeitungen verlautbart. Ebenso interessant sind die Anweisungen der täglichen Presstexte.

²⁰⁹ Zitiert nach Norbert Frei, 30.

²¹⁰ Norbert Frei, 38.

10.4. NS-Pressenanweisungen

Die edierten NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) sind heute eine wertvolle Quelle über die Inhalte, die in den Zeitungen vorkommen durften²¹¹. Es gab geheime Anweisungen, aber auch Sprachregelungen und Anordnungen. Diese Direktiven wurden täglich auf der Reichspressekonferenz in Berlin mündlich vor ausgewählten Journalisten vorgetragen, die sie dann an ihre Heimatredaktionen weitergaben. Für jene, die keinen Korrespondenten in Berlin hatten, wurden die offiziellen Protokolle der Pressenanweisungen über die Gau- Propagandaämter oder durch den Metger-Sonderdienst (MSD) des Deutschen Nachrichtenbüros (DNB) zugestellt.

Dem Journalisten Theo Oberheitmann vom Weilburger Tageblatt ist es zu verdanken, dass er entgegen der Anweisungen, die geheimen Anweisungen nach Einsicht und Bearbeitung zu vernichten, sie gesammelt aufbewahrte. Oberheitmann war als Alleinredakteur tätig und hatte so Zugang zu „Vertraulichen Informationen“ und „Sonderinformationen“, die die Reichspropagandaämter, die Unterorganisationen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda in den Gauen an alle Provinzzeitungen verschickten.²¹² Die Zahl der Anweisungen, die im Laufe der Kriegszeit an die deutsche Presse erteilt wurden, ist nur zu schätzen mit ungefähr 50.000 bis 80.000 Anweisungen zwischen 1933 und 1945, in dem Zeitraum von 1933 bis 1935 wurden konkret 3.000 Anweisungen überliefert. Die Sammlung der „Vertraulichen Informationen“ und „Sonderinformationen“ des Journalisten Oberheitmann umfasst seit 1. September 1939 1.956 „Vertrauliche Informationen“ und 495 „Sonderinformationen“.²¹³

Insgesamt hatten die Journalisten den Inhalt der gesamten Zeitung den Propagandarichtlinien anzupassen. Das bedeutete, das Feuilleton mit dem

²¹¹ Karin Peter, Hans Bohrmann (Hg.), NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Band 7/II und Band 7/I

²¹² Doris Kohlmann-Viand, NS-Pressenpolitik im Zweiten Weltkrieg, 15.

²¹³ Doris Kohlmann-Viand, 91.

politischen Teil abzustimmen. Von der Kurzgeschichte bis zum Rätselteil musste auf die jeweilige Kriegssituation Rücksicht genommen werden, „um den Mut und die Zuversicht des deutschen Volkes an der Front und in der Heimat zu stärken. Erzählungen, Geschichten und Feuilletons mit sentimental Tendenzen sind nicht zu veröffentlichen.“²¹⁴

Bei der Durchsicht der täglichen Anweisungen von Mai bis August 1939 lassen sich für die vorliegende Arbeit zwei interessante Aspekte feststellen: einerseits wird das Feindbild Polen strategisch gezielt aufbereitet. Andererseits müssen den Anordnungen entsprechend Zahlen über ausländische Arbeitskräfte, die es aus Polen zu diesem Zeitpunkt bereits gab, verschwiegen werden. Sie könnten auf eine „Schwäche“ des Deutschen Reiches hinweisen. Bereits am 12.Mai 1939 erscheint mit dem Vermerk „wichtig“ folgende Presseanweisung:

„Es sollen keine genauen Angaben über die Gesamtzahlen der in Deutschland beschäftigten ausländischen Landarbeiter, Bauarbeiter usw. gegeben werden. Es sollen auch keine Vergleiche gezogen werden über Lohnhöhe, Arbeitsbedingungen usw der einzelnen ausländischen Arbeitergemeinschaften. Lediglich beim Eintreffen ausländischer Arbeiter in den verschiedenen Ortschaften können örtliche Meldungen erscheinen. Das Ausland soll jedenfalls nicht wissen, welchen genauen Arbeitsbedarf wir haben und wie viele ausländische Arbeiter im Jahre 1939 zugezogen sind.“²¹⁵

Die Ausblendung der Schwäche findet sich auch fünf Tage vor Kriegsbeginn in einem vertraulichen Brief der Reichspropagandaämter mit Informationen über die Zensurbestimmungen an die Hauptschriftleiter der in ihrem Gau erscheinenden Zeitungen. Darin ist unter einem eigenen Punkt zu lesen: „Es sind verboten Angaben über Rüstungsbetriebe.....Bau und Veränderungen an Verkehrswegen aller Art durch Eisenbahntruppen und Zivilarbeiter, Bereitstellung von Fahrzeugen, Material und Arbeitern für Zwecke der Wehrmacht.“²¹⁶ Wenn ein Veröffentlichungsverbot für Zivilarbeiter ausgesprochen wurde, um dem Feind keine Informationen über etwaige Probleme der deutschen Wehrmacht zukommen zu lassen, gilt dieses Verbot bestimmt ebenso für die Zwangsarbeiterzahlen als Hinweis zur „Verschwiegenheit“ in dieser Frage.

²¹⁴ Zitiert nach Doris Kohlmann-Viand, 114.

²¹⁵ Hans Bohrmann, NS-Presseanweisungen, 461.

²¹⁶ Zitiert nach Doris Kohlmann-Viand, 43.

10.5. Feindbild Polen

10.5.1. Exkurs Deutsch-Polnische Beziehungen

Da die deutsch-polnischen Beziehungen in der Zwischenkriegszeit zwischen Hetze auf beiden Seiten bis zu einer Nichtangriffserklärung, die allerdings im Ausbruch des zweiten Weltkrieges endete, schwankten, soll das Thema in dieser Arbeit ausführlicher behandelt werden. Die Polarisierung der deutsch-polnischen Beziehungen reicht jedoch noch weiter zurück. Bismarck beispielsweise schrieb in einem Brief an seine Schwester im Frühjahr 1861: „Haut doch die Polen, daß sie am Leben verzagen (...), wir können, wenn wir bestehen wollen, nicht andres tun, als sie auszurotten (...)“²¹⁷ Die preußische staatlich organisierte Germanisierungspolitik, genau so wie die „Russifizierungsversuche“, gepaart mit den von Vereinen unterstützten antipolnischen Maßnahmen, verursachte unter den Polen mit der 1887 gegründeten „Liga Polska“ den Traum von der Wiedergeburt eines polnischen Staates. Die in der Schweiz gegründete „Polnische Liga“ betonte die Notwendigkeit des „Kampfes um Freiheit und Wiedervereinigung.“²¹⁸

1901 las man in polnischen Zeitungen: „Kein Pole darf sich mit einer Deutschen oder einem anderen fremden Mädchen verheiraten (...)“.²¹⁹ Feindselige Haltungen auf beiden Seiten, die auf die Teilungen Polens zurückzuführen sind, haben demnach bereits eine lange Tradition. Sofort nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Feindbild Polen wieder aufgebaut. Der amerikanische Präsident Wilson wollte einen unabhängigen polnischen Staat mit freiem Zugang zum Meer, womit der Ausgangspunkt des neuen deutsch-polnischen Konflikts gegeben war. „Die Forderung nach Revision des Versailler Vertrages und ganz besonders der darin festgelegten Ostgrenze war ein fixer Punkt in der deutschen Außenpolitik.“²²⁰ Staatssekretär Bernhard von Bülow legte im März 1933 fest, dass „eine Verständigung mit dem östlichen Nachbarn weder möglich noch erwünscht sei. Es gelte vielmehr ein gewisses Maß deutsch-polnischer Spannung zu erhalten, um die übrige Welt für unsere Revisionsforderungen zu interessieren und um Polen politisch

²¹⁷ Jörg Husemann, Die deutsch-polnischen Beziehungen 1933-1939, 11.

²¹⁸ Jörg K.Hoensch, 223.

²¹⁹ Zitiert nach Jörg Husemann, 13.

²²⁰ Peter Fischer, Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen, 11.

und wirtschaftlich niederzuhalten.“²²¹ In der „Zeit“ vom 20. Oktober 1932 wurde auf Polen als geistiges Problem eingegangen: „Wenn wir Deutsche heute Polen sagen, dann entsteht in den Allermeisten von uns ein starkes Gefühl der Abwehr, der Geringschätzung, der Feindschaft.“²²²

Sogar Schulkinder waren bereits negativ beeinflusst. Eine Rundfrage unter 11-bis 14-jährigen, ob sie die Polen lieben oder hassen, ergab, dass zwei Prozent meinten, sie seien gleichgültig, sechs Prozent angaben, sie zu lieben und 92 Prozent erklärten, sie zu hassen. Begründung: „Ich leide die Polen nicht, weil sie uns unverdienterweise viel Land weggenommen haben, und dazu noch das wertvollste, welches eine Gemeinheit durch und durch ist.“²²³ Gleichzeitig erklärten sie auch, in einen Krieg gegen Polen ziehen zu wollen und für das Vaterland auch sterben wollten. Die befragten Kinder waren im Jahr 1939 zwischen 18 und 21 Jahre alt.²²⁴

Besonders verbreitet waren boshafte und verächtlich machende Karikaturen, wie sie vereinzelt in Tageszeitungen oder in politisch-satirischen Zeitschriften wie dem „Kladderadatsch“ erschienen. Hier fand das Feindbild Polen in seiner wörtlichen Bedeutung einen adäquaten Ausdruck. Mit bildlichen Darstellungen wie „Die polnische Laus“, der „polnische Wolf“ oder „polnische Ratten“ wurden Assoziationen an Bestien und Ungeziefer geweckt (Vgl. dazu Abbildung 3)²²⁵. Die typischen, in der Publizistik vorherrschenden Charaktereigenschaften des Polen waren Disziplinlosigkeit, Unberechenbarkeit und Rückständigkeit. Abgesprochen wurden ihm die sonst für die Deutschen so charakteristischen Eigenheiten wie Arbeit, Fleiß und Tüchtigkeit.²²⁶

Drei Stereotype dominierten die Zwischenkriegszeit, die „polnische Wirtschaft“, die Stereotypisierung der „Grenze“ und das Stereotyp „Korridor“; sie wurden gezielt und systematisch für die antipolnische Propaganda aufgebaut. Der Ausdruck „polnische

²²¹ Peter Fischer, 12.

²²² Zitiert nach Peter Fischer, 15.

²²³ Peter Fischer, 17.

²²⁴ Peter Fischer, 17.

²²⁵ Peter Fischer, 34.

²²⁶ Peter Fischer, 36.

Wirtschaft“ wurde allgemein für einen negativen Zustand der Unordnung und Misswirtschaft verwendet, der Assoziationen von Schlendrian und Durcheinander erwecken soll.²²⁷

Nachstehend ein Beispiel aus der Zeitschrift „Kladderadatsch“. Diese Berliner Zeitschrift wurde auf Initiative des Possendichters David Kalisch gegründet und erschien am 7. Mai 1848 zum ersten Mal mit der hohen Auflage von 4.000 Exemplaren. Kalisch (1820-1872) war der Sohn eines jüdischen Kaufmannes. Der schnelle Erfolg des Magazins ermöglichte die Einstellung zweier weiterer Autoren, Ernst Dohm und Rudolf Löwenstein. Zusammen mit dem Zeichner und Karikaturisten Wilhelm Scholz wurden die vier unter „Gelehrte des Kladderadatsch“ in Berlin berühmt. Das Berliner Witzblatt bestand aus witzig-kritischen Beiträgen, Glossen, Parodien und Karikaturen.²²⁸ Erst 1944 wurde das Erscheinen eingestellt.

Die nachstehende Abbildung 3 aus Heft Nr.7 vom 16. Februar 1919 zeigt beispielhaft eine der typisch gehässigen Karikaturen zum Thema Polen. Im Gegensatz dazu wurden nach dem Nichtangriffspakt fast freundschaftliche Karikaturen produziert. Diese Periode soll anhand der Abbildung 4 demonstriert werden, die Göring bei einer Jagd in Polen zeigt. Unmittelbar nach Ende des Paktes begannen die Gehässigkeiten gegenüber Polen jedoch von Neuem. Die deutsch-polnischen Beziehungen zwischen den beiden Weltkriegen bewegten sich zwischen den Extremen „Feindschaft“ und „Freundschaft“. Die Verbesserung der Beziehungen wurde allerdings als Nachweis für die Ernsthaftigkeit der nationalsozialistischen Friedenspolitik verwendet. Goebbels bei einer Wahlkampfrede am 6. April 1935: „Wie stark und opferbereit die deutsche Friedenspolitik ist, das zeigt unsere Verständigung mit Polen. Wir sind bereit, für den Frieden Opfer zu bringen. Wir sind bereit, im Interesse dieser Verständigung auch Zugeständnisse zu machen.“²²⁹

²²⁷ Peter Fischer, 38.

²²⁸ www.ub.uni-heidelberg.de/helios/digi/kladderadatsch.html, 3. Oktober 2010

²²⁹ Zitiert nach Thomas Kees, Polnische Greuel, 74.

**Abbildung 3: „Die polnische Laus“ aus: „Kladderadatsch“ (16.Februar 1919)²³⁰
 und Abbildung 4: „Jagd in Polen“(17.Februar 1935)²³¹**



Nach Jörg Husemann lässt sich die Zeit von 1933 bis 1939 grundsätzlich in „vier Beziehungsphasen“ unterteilen.²³² Mit Hitlers Regierungsantritt am 30.Jänner 1933 beginnt

- Phase Eins und endet mit seiner Friedensrede am 17.Mai 1933.
- Phase Zwei vom 17.Mai 1933 bis zum Abschluss des deutsch-polnischen Nichtangriffspakt am 26.Jänner 1934,
- Phase Drei ist die Zeit der Auswirkungen des Paktes bis zum Frühjahr 1939, und
- Phase Vier endet mit der Aufkündigung des Paktes und dem überraschenden Abschluss eines deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes am 23. August 1939.²³³

²³⁰ <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/kla1919/0082>, 3.Oktober 2010

²³¹ <http://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/kla1935/0101>, 24.Jänner 2011

²³² Jörg Husemann, 5.

²³³ Jörg Husemann, 6f.

Zu Beginn des Jahres 1933 erreichten die deutsch-polnischen Beziehungen ihren Tiefpunkt. Am 17. Februar 1933 sprach der polnische Gesandte Alfred Wysocki gegenüber dem Leiter der Ostabteilung im Auswärtigen Amt, Richard Meyer vom Vorabend eines Krieges zwischen Deutschland und Polen, wofür seiner Meinung nach die Presse verantwortlich sei. Der Völkische Beobachter habe einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, der im Frühjahr 1933 über die angeblich bedrohliche Lage an der Ostgrenze schwerpunktmäßig berichtete.²³⁴ Bereits im Oktober 1933 war mit dem Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund klar, dass die neue riskante Lage nur durch zweiseitige Nichtangriffspakte zu retten war. Aber auch für Polen entstand mit der Weigerung Frankreichs, an einer Präventivaktion gegen das Reich teilzunehmen, eine neue Situation, die die Bereitschaft für einen Nichtangriffspakt erklärt.²³⁵ Erstens konnte Paris gegenüber eine eigene Außenpolitik demonstrieren und zweitens Zeit für den Aufbau einer leistungsfähigen Schwerindustrie gewonnen werden. Und drittens sollte an dem Plan eines „Dritten Europas“ gearbeitet werden, dem Aufbau eines von der Ostsee bis zur Adria reichenden Machtblockes unter polnischer Führung.²³⁶

Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes war von beiden Seiten jedoch nur halbherzig gemeint und zum Zeitgewinn konzipiert. Trotz allem erschien der Pakt in Europa als eine überraschende Wende in den Beziehungen, die Hitler so kommentierte: „Alle Abmachungen mit Polen haben nur vorübergehenden Wert. Ich denke gar nicht daran, mich ernstlich mit Polen zu verständigen.“²³⁷ Dieses Zitat aus dem Jahr 1934 belegt, dass Hitler nur Zeit gewinnen wollte, um die deutsche Aufrüstung mit allen Mitteln voranzutreiben. Ein interessantes Detail im Zusammenhang mit der Presseberichterstattung in dieser Arbeit ist die nach dem Angriffspaket ausgehandelte „Vereinbarung zur Meinungsbildung“, in der sich beide Seiten verpflichten, „mit allem Nachdruck ihre Presse in dem Sinne zu beeinflussen, daß etwaige Empfindlichkeiten der Gegenseite in jeder Weise zu berücksichtigen

²³⁴ Lars Jockheck, Völkischer Beobachter über Polen, 61.

²³⁵ Jörg Husemann, 55,56.

²³⁶ Thomas Kees, Polnische Greuel, 21.

²³⁷ Zitiert nach Jörg Husemann, 66.

sind, und ferner nach der positiven Richtung hin Verständnis für friedliches und freundliches Zusammenleben zu wecken ist“.²³⁸

Die Nichtangriffserklärung bildete daher den Ausgangspunkt für die Verhandlungen in den Bereichen Presse, Publizistik und Film. Die Unterhändler – auf deutscher Seite der Leiter der Presseabteilung des Auswärtigen Amtes, der Leiter der Abteilung „Deutsche Presse“ im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und der Vorsitzende der Pressekonferenz sowie auf polnischer Seite der Pressechef des polnischen Außenministeriums und sein Stellvertreter – vereinbarten, dass Angriffe auf das Nachbarland in Zukunft unterbleiben sollen.²³⁹ „Von besonderer Bedeutung in dem Abkommen ist die festgelegte Dauer des Nichtangriffspaktes auf „mindestens 10 Jahre“, dies sollte wohl als „endgültiger Beweis deutschen Friedenswillens“ genügen.²⁴⁰

Dass die Vereinbarung auch beherzigt wurde zeigte der Lagebericht des Oberpräsidenten in Breslau an den Reichs- und Preußischen Minister des Inneren vom 7. August 1935. Anlässlich des Todes von Marschall Pilsudski, der bereits am 12. Mai 1935 verstarb, sei in der Provinz Oberschlesien das Verhalten der Deutschen im Reich und der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien von der polnischen Presse und der polnischen Minderheitenpresse „als freundschaftlich und dem Geist des Abkommens von 1934 entsprechend“ hingestellt worden. Allerdings musste er auch feststellen, dass generell die deutsche Presse gegenüber Polen „wohlwollender“ sei als der Ton der polnischen Presse und der polnischen Minderheitenpresse in Deutschland dem Deutschen Reich gegenüber.²⁴¹

Im Oktober 1938 schien für Hitler die Zeit gekommen, sich wieder stark zu machen, indem er eine „Gesamtlösung“ vorschlug. Danzig sollte zum Reich kommen, was Polen deutlich ablehnte. Gleichzeitig verhandelte Polen eine Handelsvereinbarung mit der Sowjetunion (26. November 1938).²⁴² Bereits am 2. September 1938 wurde

²³⁸ Zitiert nach Lars Jockheck, 36.

²³⁹ Thomas Kees, 66.

²⁴⁰ Lars Jockheck, 37.

²⁴¹ Rudolf Jaworski/ Marian Wojciechowski (Hrsg), Deutsche und Polen zwischen den Kriegen, Band 9/2, 866.

²⁴² Jörg Husemann, 81.

vom Auswärtigen Amt in Warschau registriert, dass die „Haltung der polnischen Presse und anderer Faktoren der polnischen Öffentlichkeit Deutschland gegenüber (...) in der letzten Zeit unverkennbar schlechter geworden war“.²⁴³

Am 21. März 1939 machte Ribbentrop noch einmal Vorschläge gegenüber Polen, allerdings bereits als Ultimatum. Im Gegenzug wurde in London eine Garantieerklärung für Polen geschlossen, Polen ordnete am 23. März eine Teilmobilmachung an und erklärte, jeder Anschluss Danzigs ans Reich würde Krieg bedeuten.²⁴⁴ Die Zuspitzung erreichte mit dem Abschluss des deutsch-sowjetischen Abkommens ihren Höhepunkt.

10.5.2. Hetzpropaganda gegen Polen im Krieg

Am 24. Oktober 1939 gab das Reichspropagandaministerium der Presse die Weisung Nr. 1306 über die Behandlung der polnischen Bevölkerung als „Untermenschen“ bekannt. Darin hieß es unter anderem, es müsse „auch der letzten Kuhmagd in Deutschland klargemacht werden, dass das Polentum gleichwertig ist mit Untermenschentum.“²⁴⁵ Zusätzlich ließ Goebbels in seinen Tagebüchern keinen Zweifel, in welche Richtung seine Propagandatätigkeit gehen werde. Er beschrieb die Meinung Hitlers über die Polen, wie etwa am 7. Oktober 1939:

Reichstag. Mittags beim Führer. Große Gesellschaft. Der Führer erzählt einige sehr ergreifende Episoden aus dem Feldzug. Die deutschen Musketiere sind doch unerreicht in der ganzen Welt. Die Polen haben wir gänzlich falsch eingeschätzt. Ihre Führung ist gar nichts wert. Egoistisch und verschlampt. Echt polnisch! Und dabei von einem Dreck ohnegleichen. Sie tragen die Gefahr der Versteppung bis an die Grenze Europas heran. Der Führer hat sich ein geschichtliches Verdienst erworben, dass er diesen Staat zerschlug. Warschau ist zum großen Teil hin. Schuld der polnischen Führung.²⁴⁶

Bereits am nächsten Tag, dem 8. Oktober 1939, beschäftigte Hitler, was mit Warschau, das zu 80 % vernichtet war, zu tun sei. „Nun kommt der Winter. Irgendwo müssen die Leute ja bleiben. Die Slawen leben in lauter Illusionen. Je weiter sie von

²⁴³ Jörg Husemann, 81.

²⁴⁴ Jörg Husemann, 85.

²⁴⁵ Czeslaw Madajczyk, 166.

²⁴⁶ Joseph Goebbels, Tagebücher Band 7, 141.

der Realität entfernt sind, umso krauser werden ihre Wunschträume. Das gilt für Polen und Tschechen. Dazu sind die Polen noch besonders dreckig, verlaust und faul. Während die Tschechen klein und fleißig und nicht ganz so schmutzig sind“.²⁴⁷

Am 10. Oktober 1939 die Fortsetzung: „Des Führers Urteil über die Polen ist vernichtend. Mehr Tiere als Menschen, gänzlich stumpf und amorph. Darüber eine Schlachzizenschicht, die zweifellos das Produkt der niederen Klassen, vermischt mit einer arischen Herrenschaft sei. Der Schmutz der Polen ist unvorstellbar. Auch ihr Urteilsvermögen ist gleich Null.“²⁴⁸ Und ein paar Tage später am 14. Oktober 1939: „In Polen soll die Militärverwaltung möglichst schnell durch Zivilverwaltung abgelöst werden. Die Militärstellen sind zu weich und zu nachgiebig. Und bei den Polen wirkt nur Gewalt. Dazu sind sie so dumm, dass auch keine Überzeugungsargumente bei ihnen wirken. Es fängt eben in Polen schon Asien an.“²⁴⁹

10.6. Untermensch Ostarbeiter

Hitlers Vorstellungen über die Eroberung des Ostens und die Unterwerfung der Untermenschen fielen durchwegs auf fruchtbaren Boden. So äußerte sich Heinrich Himmler beispielsweise am 15.4.1940 zu dem Thema der „Fremdvölkischen“ im Osten so:

Bei der Behandlung der Fremdvölkischen im Osten müssen wir darauf sehen, so viel wie möglich einzelne Völkerschaften anzuerkennen und zu pflegen, also neben den Polen und Juden die Ukrainer, die Weißrussen, die Goralen, die Lemken und die Kaschuben. Ich will damit sagen, dass wir nicht nur das größte Interesse haben, die Bevölkerung des Ostens nicht zu einen, sondern im Gegenteil in möglichst viele Splitter und Teile zu zergliedern.....Schon in wenigen Jahren muss beispielsweise der Begriff der Kaschuben unbekannt sein, da es dann ein kaschubisches Volk nicht mehr gibt....Es muss in einer etwas längeren Zeit auch möglich sein, in unserem Gebiet die Volksbegriffe der Ukrainer, Goralen und Lemken verschwinden zu lassen. Dasselbe was für diese Splittervölker gesagt ist, gilt in dem entsprechenden größeren Rahmen auch für die Polen.²⁵⁰

²⁴⁷ Goebbels, Tagebücher, Band 7, 144.

²⁴⁸ Goebbels, Tagebücher, Band 7, 147.

²⁴⁹ Goebbels, Tagebücher, Band 7, 153.

²⁵⁰ Zitiert nach Bruno Wasser, Himmlers Raumplanung, 9.

Die Ziele des Himmlerschen Generalplans wie schon beschrieben waren die schrittweise „Umvolkung“ des Ostraums bis zum Ural und die projektierte Aussiedlung von mehr als 31 Millionen Fremdvölkischen. Das waren die konkreten Bedingungen der ersten Realisierungsphase des Generalplans Ost. „Dabei stößt man auf unzählige Analogien, so z.B. auf die völlige Dekomposition der ansässigen Bevölkerung, die Vertreibung der arbeitsunfähigen Fremdvölkischen, die zwangsweise Germanisierung der Eindeutschungsfähigen, insbesondere der Kinder, die Ausmerzung rassisch Unerwünschter (Einweisung ins KZ Auschwitz) sowie die massenhafte Deportation der arbeitsfähigen Bevölkerung zur Zwangsarbeit.“²⁵¹

Besonders krass verhielt man sich gegenüber den besiegten und gefangenen Sowjetrussen. „Bis zum 6. August 1941 meldeten die Deutschen 900.000 Gefangene, bis Ende August über 1,5 Millionen, am 15. Oktober über 3 Millionen und gegen Ende des Jahres nahezu 4 Millionen. In den Gefangenenmassen sah die deutsche Propaganda eine willkommene Illustration der östlichen Inferiorität. Fast unmittelbar nach dem Einmarsch begannen deutsche Zeitungen, Fotos von Rotarmisten zu bringen. In Verbindung damit tauchte zum ersten Mal das Wort Untermensch auch in Publikationen auf. „Die Gefangenen - überhaupt alle Sowjetmenschen, wie sich versteht – „seien ein Gemisch niedriger und niedrigster Menschenwesen, wahre Untermenschen“....“²⁵²

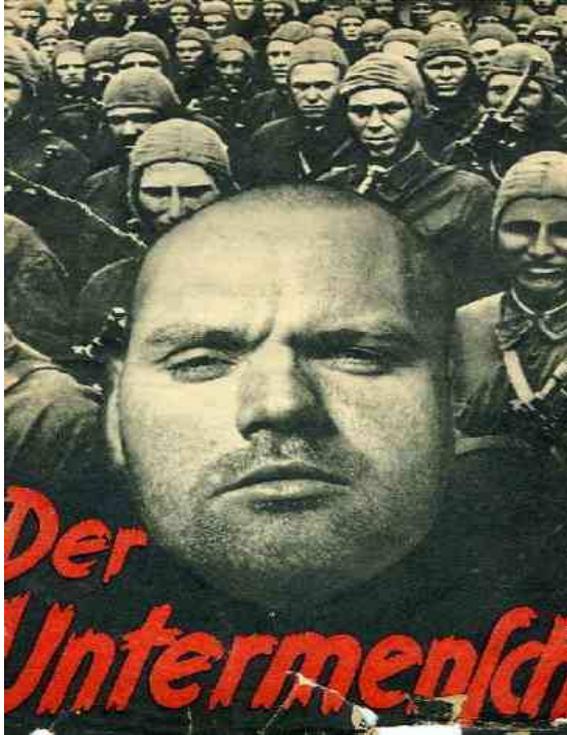
Es gab sogar eine eigene antisemitische-antisowjetische Hetzzeitschrift mit dem Titel „Der Untermensch“, herausgegeben von der SS, Druck und Verlag Nordland Verlag, Berlin 1942,²⁵³ die überwiegend entstellende und fratzenhafte Fotos vom „bolschewistischen Untermenschen“ enthielt. Sie war angeblich sogar unter den Nationalsozialisten umstritten und wurde bereits 1943 zurückgezogen. Das Titelbild zeigte völlig verzerrt eine riesige Menge sowjetischer Kriegsgefangener. Allein die dunkle Farbe der Aufnahme vieler Soldaten wirkte bereits düster und angsterregend.

²⁵¹ Bruno Wasser, 9.

²⁵² Zitiert nach Alexander Dallin, 81.

²⁵³ www.dhm.de/lemo/objekte/pict/d2b04856/index.html, 23.5.2010, (dhm = Deutsches Historisches Museum)

Abbildung 5: „Der Untermensch“ (Titelbild der antisemitisch-antisowjetischen Hetzzeitung, Herausgeber: Reichsführer SS)²⁵⁴



10.7. Hetze gegen besetzte Ostgebiete

Ähnlich wie mit Polen wurde auch mit der Sowjetunion vorgegangen. Die Hetze gegen Polen wurde bereits nach dem Ersten Weltkrieg begonnen. Mit der Hetze und der antibolschewistischen Propaganda der NSDAP gegen die marxistischen Parteien der Weimarer Republik war auch der Feind im Osten gemeint. Die „bolschewistische“ Gefahr war für das Regime immer wieder Thema zur Mobilisierung der Innenpolitik.²⁵⁵ Zum Stillstand kam die Hetze gegen die Sowjetunion im Zuge der deutschen Verhandlungen mit Moskau im August 1939. Die Reichspresse wurde „zu äußerster Vorsicht ermahnt und das Thema Sowjetunion weitgehend gesperrt.“ Erst mit dem Abschluss des Nichtangriffsabkommens war es wieder erlaubt, über das Verhältnis Deutschlands zur Sowjetunion zu schreiben und zwar freundlich.²⁵⁶ Diese

²⁵⁴ www.dhm.de/lemo/objekte/pict/d2b04856/index.html

²⁵⁵ Jürgen Hagemann, Presselenkung im Dritten Reich, 131.

²⁵⁶ Jürgen Hagemann, 133.

Haltung wurde mit dem Einfall in die Sowjetunion zwingend beendet, wobei der Reichspropagandaminister eine neue Taktik überlegte.

Am 11. Juni 1941 vereinbarte Goebbels mit dem OKW (Oberkommando Wehrmacht) und mit Zustimmung Hitlers einen Invasionsartikel im Völkischen Beobachter, der zur Verwirrung beitragen soll, mit dem Thema „Kreta als Beispiel“. Die amerikanische Presse interpretierte den Artikel damit, dass wenn eine Besetzung Kretas möglich ist, wäre auch eine Besetzung Englands denkbar. Auf Anweisung Goebbels sollte sein Artikel aber nur in der Ausgabe des Völkischen Beobachters in Berlin erscheinen und gleich wieder beschlagnahmt werden. „Alles das soll dazu dienen, die Aktion im Osten zu tarnen(...).Nachmittags mache ich den Artikel fertig. Er wird großartig. Ein Meisterstück der List!“²⁵⁷

Am 12. Juni 1941 schrieb Goebbels nach Berichten aus Bessarabien und der Ukraine, „die Russen starren hypnotisch auf uns und haben Angst. Tuen tuen sie nicht viel. Sie werden überrannt werden wie bisher kein Volk. Und der bolschewistische Spuk wird schnell zu Ende gehen.“²⁵⁸ 30 Millionen Flugblätter für die Soldaten wurden gedruckt und von Soldaten verpackt, die bis zum Beginn der Aktion nicht frei gelassen wurden, um nichts verraten zu können. Zur Tarnung des Angriffes auf Russland wird der Rundfunk auf „leichte, aber gute Kost“²⁵⁹ eingestellt. Bezüglich der üblichen Propaganda und Hetze in den Medien wollte Goebbels im Falle Russland anders vorgehen. In seiner Tagebucheintragung vom 16. Juni 1941, der ganz dem Thema Russland-Deutschland gewidmet ist: „Wir gehen einen ganz anderen Weg als gewöhnlich und legen diesmal eine neue Walze auf, wir polemisieren nicht in der Presse, hüllen uns in tiefstes Schweigen und schlagen am Tage X einfach los.“²⁶⁰

Hier werden die beiden Extreme der NS-Propaganda deutlich: Hetze und Stillschweigen. Goebbels geht soweit, dass er für alle Nachrichtenmittel im In- und

²⁵⁷ Joseph Goebbels Tagebücher, Ralf Georg Reuth (Hg), Band 4, 1595.

²⁵⁸ Joseph Goebbels Tagebücher, Ralf Georg Reuth (Hg), Band 4, 1596.

²⁵⁹ Joseph Goebbels, Tagebücher, Ralf Georg Reuth (Hg), Band 4, 1596

²⁶⁰ Joseph Goebbels, Tagebücher, Elke Fröhlich (Hg), Band 9, 379.

Ausland das Thema Russland bis zum Tag X sperren will.²⁶¹ Schon am 14.Juni1941 stellte Goebbels fest, dass die Tarnung in der Russlandfrage auf dem Höhepunkt stand. „Die englischen Sender erklären schon, unser Aufmarsch gegen Russland sei lauter Bluff, hinter dem wir unsere Invasionsvorbereitungen zu verstecken suchten. Das war der Zweck der Übung. Sonst herrscht in der ausländischen Nachrichtenpolitik ein vollkommenes Durcheinander. Man kennt sich kaum noch selbst aus.“²⁶²

11. Aufbau der Feindbilder anhand zweier Medien

11.1. Der Völkische Beobachter

Der Völkische Beobachter ging 1921 aus dem Münchner Beobachter hervor. Er war laut Kopfzeile das führende „Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands“ und wurde zum Zentralorgan der NSDAP, wobei für Mitglieder eine Bezugspflicht bestand, die aber nicht durchgesetzt werden konnte²⁶³. Von der Aufmachung her war er zweifarbig mit großen Überschriften, die die gesamten sechs Spalten umfassten und wirkte eher wie ein Plakat. Ende 1932 übersiedelte die Redaktion von München nach Berlin, gleichzeitig wurde das Blatt neu gestaltet. Der nächste Schritt erfolgte 1933 mit der nationalsozialistischen Machtübernahme und dem Übergang vom „Kampfblatt“ zur „Regierungspresse“.²⁶⁴ Nach Verbot, Enteignung und Gleichschaltung der nicht-nationalsozialistischen Presse war die Sonderstellung für Zeitungen der NSDAP wie dem Völkischen Beobachter eindeutig. Sie sollten neue Leser gewinnen und über die Parteipresse an die NSDAP binden. Die Auflagenzahl verdoppelte sich innerhalb eines Jahres bis Februar 1934, im Dezember 1933 lag die Auflagenzahl bereits bei 300.000.²⁶⁵

²⁶¹ Joseph Goebbels, Tagebücher, Elke Fröhlich (Hg), Band 9, 381.

²⁶² Joseph Goebbels, Tagebücher, Ralf Georg Reuth (Hg), Band 4, 1597.

²⁶³ Lars Jockheck, 14f.

²⁶⁴ Lars Jockheck, 22.

²⁶⁵ Lars Jockheck, 24.

11.2. Illustrierte Kronenzeitung

Die Kronenzeitung, Österreichs auflagenstärkste Tageszeitung, hat eine lange Geschichte. Sie wurde am 2. Jänner 1900 von Gustav Davis als Nebenausgabe der Reichswehr als „Österreichische Kronenzeitung“ herausgebracht und erschien von Anfang an im heute noch existierenden Kleinformat, damals zum Preis von einer Semmel. Der im Titel aufscheinende Begriff Krone verwies auf das Monatsabonnement, das eine Krone kostete. Populärer Stil kombiniert mit niedrigem Preis und viel Lokalberichterstattung war das erfolgreiche Rezept für eine Massenzeitung. Aufgrund ihrer starken Verbreitung wurde sie von den Nationalsozialisten nicht eingestellt, sondern für ihre Propaganda herangezogen. Seit 1941 hatte sie den Titel „Wiener Kronenzeitung“, 1944 wurde sie mit anderen kleinformatigen Zeitungen zur „Kleinen Wiener Kriegszeitung“ vereinigt.²⁶⁶

11.3. Völkischer Beobachter und Illustrierte Kronenzeitung im Vergleich Jänner, Februar und August 1939

Anhand von diesen zwei Zeitungen in der Ostmark des Jahres 1939, nämlich der Wiener Ausgabe des Völkischen Beobachters und der Kronenzeitung, ist der Aufbau von Feindbildern nachvollziehbar. Wie schon im Kapitel 10.5.1. über die deutsch-polnischen Beziehungen erwähnt, erreichten sie zu Beginn des Jahres 1933 nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ihren Tiefpunkt. Der polnische Gesandte Alfred Wysocki sprach am 17. Februar 1933 offen vom „Vorabend eines Krieges zwischen Deutschland und Polen“, eine Situation, die vor allem von den Medien, die aufgrund der Berichterstattung „einen Krieg entfachen“, betrieben wurde. Allen voran der Völkische Beobachter, der „mit 42 Artikeln zum Thema „bedrohliche Lage an der Ostgrenze des Reiches“ einen Anteil von 31,9% der gesamten Polenberichterstattung in dem Zeitraum erreichte.“²⁶⁷

²⁶⁶ Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation, Nummer 2/2, überarbeitete Version, www.oeaw.ac.at/cmc/data/Arbeitsbericht, 3. November 2010

²⁶⁷ Lars Jockheck, 61.

Bei Durchsicht der Wiener Ausgabe des Völkischen Beobachters sind im Jänner und Februar 1939 sehr freundliche Töne feststellbar. Anlässlich des Besuches von Außenminister Ribbentrop in Warschau wird ein ganzseitiger Bericht veröffentlicht, übertitelt mit „Ribbentrop in Warschau. Herzlicher Empfang durch den polnischen Außenminister“.²⁶⁸ Der Besuch dauerte drei Tage und täglich wurde wohlwollend berichtet. Als Beginn der groß angelegten Propagandaoffensive galt die Reichstagsrede Hitlers am 28. April 1939²⁶⁹. Bereits im Mai begann ein „Probelauf“ gegen Polen, da laut NS-Presseanweisung vom 12. Mai 1939 für den nächsten Tag ein Artikel von Goebbels zum polnischen Problem angekündigt wurde. „Es soll ein neuer Warnungsschuss sein, der auch im Ausland ein Echo finden soll. Die allgemeine Aktion der deutschen Presse wird aber damit noch immer nicht eingeleitet. Es handelt sich um einen Probeschuss.“²⁷⁰

Die Fortsetzung fand während der „Gaukulturwoche“ der Danziger NSDAP vom 13. bis 18. Juni 1939 statt, die Anlass für die Zuspitzung der bereits angespannten Lage bot.²⁷¹ Am 16. Juni wurde in einer vertraulichen Mitteilung an die Presse angekündigt, dass am nächsten Tag in Danzig ein „wichtiger politischer Vorgang“ stattfinden wird und zwar eine große Kundgebung mit einer Rede von Goebbels, in der er die Rückkehr Danzigs ins Reich fordern wird. „Die Danziger Aktion muss in großer Aufmachung an der Spitze der Sonntagsblätter erscheinen. Es handelt sich um einen ersten Versuchsballon, der die internationale Atmosphäre für die Regelung der Danziger Frage prüfen soll.“²⁷²

Ab Juli 1939 begann der Propagandafeldzug gegen Polen massiv in Angriff genommen zu werden. Am 4. Juli 1939 erschien ein eigener Artikel des Völkischen Beobachters mit dem Titel „Polnischer Oberst droht mit der Macht Polens. Eroberungskrieg gegen Deutschland“.²⁷³ Dazu war am 3. Juli die NS-Pressemitteilung

²⁶⁸ Völkischer Beobachter, 26. Jänner 1939

²⁶⁹ Thomas Kees, Polnische Greuel, 89.

²⁷⁰ Karen Peter, NS-Presseanweisungen, Band 7/II, 462.

²⁷¹ Thomas Kees, 93.

²⁷² Karen Peter, NS-Presseanweisungen, Band 7/II, 581.

²⁷³ VB, 4. Juli 1939

Nummer 2158 mit dem Hinweis herausgegeben worden, dass „der Stabschef des polnischen nationalen Lagers in Teschen eine Rede gehalten hat, in der er erklärte, die polnische Grenze sei noch nicht historisch, man müsse noch etwas dazu erobern. Dagegen sollte scharf polemisiert werden.“²⁷⁴ Am 24.Juli 1939 wurde eine Erklärung von Gauleiter Forster über Danzig angekündigt, die am nächsten Tag auf der Titelseite des Völkischen Beobachters in großen Lettern „Die Wahrheit über Danzig. Eine Abrechnung mit den feindlichen Lügen des Auslandes“ verkündet.²⁷⁵

Im Vergleich der beiden Medien sind Unterschiede, aber auch Parallelitäten in der Ausdrucksweise feststellbar. Am 1.August meldet die Kronenzeitung „Polnischer Wirtschaftskrieg gegen Danzig“, der VB dazu: „Unverschämte Herausforderung Warschaws. Polen eröffnet den Wirtschaftskrieg gegen Danzig.“²⁷⁶ Der Wirtschaftskrieg bestand darin, dass Polen die Einfuhr von Danziger Margarine und Danziger Heringe verboten hatte. Am 7.August 1939 erfolgte ein Deutscher Nachrichtenbüro-Rundruf: „Die DNB-Meldung „Polen droht mit der Beschießung Danzigs“ muss auf der ersten Seite groß aufgemacht werden. Die Meldung ist im Sinne des DNB-Kommentars zu kommentieren. Der DNB-Kommentar darf keinesfalls wörtlich abgedruckt werden.“²⁷⁷ Diese Anweisung liest sich in der Kronenzeitung in der Ausgabe vom 8.August auf der Titelseite wie angeordnet „Polen droht mit der Beschießung Danzigs“ und weiter auf Seite drei „Ungeheuerliche Auswüchse des polnischen Größenwahns“²⁷⁸, während der VB vom 8.August auf der ersten Seite beginnt mit der Schlagzeile „Der Höhepunkt polnischer Unverschämtheit. Polnische Geschütze sollen Danzig zerstören.“²⁷⁹

Am 8.August der nächste DNB-Rundruf: „Die DNB-Meldung „Das Ergebnis der britischen Aufputschung: die unverschämte polnische Hetze nimmt ihren Fortgang“ ist auf der ersten Seite groß aufzumachen. Im Sinne des DNB-Kommentars ist die Meldung zu kommentieren. Ein wörtlicher Abdruck des DNB-Kommentars ist nicht

²⁷⁴ Karen Peter, NS-Pressenanweisungen, Band 7/II, 651.

²⁷⁵ VB, 25.Juli 1939

²⁷⁶ VB, 1. August 1939

²⁷⁷ Karen Peter, NS-Pressenanweisungen, Band 7/II, 787.

²⁷⁸ Kronenzeitung vom 8.August 1939

²⁷⁹ Völkischer Beobachter vom 8.August 1939

vorzunehmen.“²⁸⁰ Die Kronenzeitung vom 9.August eröffnet die Titelseite mit „Krakauer Schmutzblatt fordert Ostpreußen für Polen“ und auf Seite drei weiter „Maßlose polnische Frechheiten.“ Und gleich am nächsten Tag folgte die Anweisung: „Die DNB-Meldung „Polen treibt es immer toller“ soll auf der ersten Seite groß aufgemacht werden. Die Meldung ist im Sinne des DNB-Kommentars zu kommentieren.“²⁸¹ Daraufhin meldete die Kronenzeitung am nächsten Tag die Schlagzeile auf der ersten Seite „Polen will Krieg um jeden Preis“, der VB auf der Titelseite: „Danzig oder den Krieg. Die polnische Kriegshetze wird mit englischer Unterstützung fortgesetzt.“ Am 11.August erscheint seitens des DNB unter dem Hinweis „Wichtig“ eine weitere Anweisung, die zur Steigerung der Hetzpropaganda führen soll. „Von jetzt ab sollen auch polnische Ausschreitungen gegen Volksdeutsche und Zwischenfälle jeder Art, die von dem Hass der Polen gegen alles Deutsche Kunde geben, auf den ersten Seiten der Zeitungen meldungsmässig behandelt und kommentiert werden. Allerdings soll sich die Aufmachung noch nicht in den allerschärfsten Tönen bewegen, damit noch Steigerungsmöglichkeiten übrig bleiben.“²⁸²

Die antipolnische Propaganda erreichte durch diese Anweisung einen Höhepunkt. Die Menschen des Nachbarvolkes wurden zu Tieren abgestempelt, die ihren „viehischen Instinkten“ und „ihrer Mordgier“²⁸³ nachgeben. „In erster Linie zeigt sich bei den viehischen Überfällen auf Deutsche das wahre Wesen der Polen. In Zaborow wurde bei einem polnischen Überfall der Volksdeutsche Günther am 15. Mai so viehisch misshandelt, daß er starb.“²⁸⁴

Ab diesem Zeitpunkt werden die Schlagzeilen nur mehr übertitelt mit „Flucht vor polnischem Terror. Wohnungen von Volksdeutschen geplündert und zerstört“ (VB 13.August), „Mehr als 1.000 Volksdeutsche in polnischen Kerkern“ (Kronenzeitung 18.August), „Die neueste Ausgeburt polnischen Hasses: Menschenjagd mit Mordlisten. Unsagbare Bestialitäten der entmenschten Aufständischen Banden“. (VB

²⁸⁰ Karen Peter, 792.

²⁸¹ Karen Peter, 796

²⁸² Karen Peter, 800.

²⁸³ Thomas Kees, 98.

²⁸⁴ Thomas Kees, 98.

20.August). Die Zeitungen warteten täglich mit immer neuen, immer brutaleren Schilderungen und vermeintlichen Menschenrechtsverletzungen auf, wobei die Glaubwürdigkeit nicht im Vordergrund stand, sondern bei der deutschen Bevölkerung der Eindruck erweckt werden sollte, dass das Eingreifen deutscher Truppen nicht mehr zu vermeiden sei.²⁸⁵

„Polnischer Terror wird immer unerträglicher. Bestialische Morde an einem Volksdeutschen und an ukrainischen Kindern.“ (Kronenzeitung 19.August) Um diese Hetzzeilen zu illustrieren, soll nachstehende Titelseite der Kronenzeitung auch einen optischen Eindruck machen.

Abbildung 6: Kronenzeitung, 19.August 1939



Am 19.August erfolgt die nächste DNB-Anweisung:

Was die Behandlung Polens in der deutschen Presse betrifft, so bleibt die Aufmachung die gleiche, also die Terror-Akte an der Spitze. Bei der Formulierung der Meldungen ist strikt darauf zu achten, dass sie straff und knapp formuliert werden, keine langatmigen Feuilletons, sondern nur plakartartige Meldungen, damit sie stärkstens auf das deutsche Publikum wirken und Empörung hervorrufen. Es ist auch zweckmässig, die Meldungen jeweils als selbständige Meldungen zu bringen und sie nicht pausenlos aneinander zu reihen.²⁸⁶

²⁸⁵ Thomas Kees, 101.

²⁸⁶ Karen Peter, 833.

Noch am Abend desselben Tages erfolgt um 19.44 Uhr ein DNB-Rundruf: „Kombinationen und Meldungen über eine angebliche polnische Nachgiebigkeit entbehren jeder Grundlage und sollen deshalb nicht veröffentlicht werden.“²⁸⁷ Diese hektischen Aktivitäten des Propagandaministeriums waren unmissverständlich auf Krieg ausgerichtet.

Im Blattinneren des Völkischen Beobachters und der Kronenzeitung wird die Greuelpropaganda noch durch Karikaturen oder „Sprüchen von Cato“ wie in der Kronenzeitung ergänzt, um die Wirkung der Berichterstattung zusätzlich zu verstärken.

Abbildung 7: Kronenzeitung, 13. August 1939



„Kein Mensch hat es gewusst bis dato;
Die Polen haben ihren Cato.
Im „Kurier Polski“ sitzt der Mann,
Der jüngst den Ausspruch hat getan,
Daß Deutschland man zerstören müsse,
Damit es seine Herrschsucht büße,
Wie mit Karthago man verfahren
Vor ungefähr zweitausend Jahren.
Nun wissen wir's und sind erschüttert.
Der größte Fehler meint erbittert
Der Held von „polnischem“ Geblüte
War's einst die übergroße Güte,
Das Zartgefühl der Weltkriegs-„Sieger“. -
In Wirklichkeit ein sanftes Lamm
Und gegen uns zu wenig stramm?
Wir Undankbaren! Statt bescheiden
In Demut sitzom uns zu kleiden,
Wie anfangs freilich man getan,
Fing Deutschland sich zu rühren an.
Das muß die Welt in Aufruhr bringen,
Die Polakei vor allen Dingen.
Nun gilt es, über'n Zaun zu klettern
Und einfach Deutschland zu zerschmettern.
So stellt sich's vor der kleine Itzig,
Cato Hebrejski, nicht zu hitzig!
Denn nur zu leicht könnt' es sich fügen,
Selbst mächtig eins auf's Dach zu kriegen.

Karl Friedrich Bell

²⁸⁷ Karen Peter, 837.

Subtil wird in dem Gedicht inklusive Karikatur „Der polnische Cato“ in der Kronenzeitung darauf eingegangen, dass es in (Groß)Polen einen Cato gäbe, der die Zerstörung Deutschlands fordert. Es handelt sich um eine Anspielung auf den römischen Senator Marcus Porcius Cato (234-149 a.C), der jede seiner Reden im Senat mit den Worten „Ceterum censeo Cartaginem esse delendam“ (im übrigen bin ich der Meinung, dass Karthago zerstört werden muss) beendete²⁸⁸. Jener „Cato Hebrejski“ („der kleine Itzig“) meint „erbittert“, dass die Siegermächte des Weltkrieges Deutschland mit „übergroßer“ Güte behandelt hätten. Die „Polakei“ müsse daher die Situation korrigieren, da Deutschland sich „zu rühren“ anfinge. Jetzt gelte es, „Deutschland zu zerschmettern“. So wurde propagandistisch für den Leser der Kronenzeitung mehr als verständlich, dass Deutschland sich wehren müsse und ein Krieg nicht mehr auszuschließen sei.

In einer Sonderpressekonferenz am 31.August um 23 Uhr wurden vier DNB-Meldungen über den Überfall der Polen auf den Sender Gleiwitz angekündigt, „sie sollen gut aufgemacht werden“. Die Aufmachung sollte die 16 Punkte des deutschen Verhandlungsangebotes beinhalten. An erster Stelle und als wichtigsten Punkt die Forderung „Danzig heim ins Reich“, dafür bleibt die Hafenstadt Gdingen polnisch etc. In den Kommentaren sollte die unerhörte Provokation herausgestellt werden, den Führer des Reiches 48 Stunden vergeblich warten zu lassen. „Offenbar kein Bewusstsein von der Großmachtstellung Deutschlands.“²⁸⁹ Anweisungsgemäß berichtet der VB am 1.September: „Deutschlands 16 Punkte. Polen verweigert Verhandlungen. Zwei Tage vergeblich auf Polens Unterhändler gewartet.“ Und die Kronenzeitung: „Deutschlands Vorschlag für eine Regelung des Danzig Korridor Problems. Zwei Tage vergeblichen Wartens auf einen bevollmächtigten polnischen Unterhändler.“ Die inhaltliche, aber auch formelle Gleichschaltung der Medien wird mit dieser fast wörtlichen Wiedergabe des „vergeblichen Wartens“ augenscheinlich.

Das Propagandaministerium erließ am 1.September generelle Richtlinien für die Berichterstattung, in der die Verwendung des Wortes „Krieg“ untersagt wurde. Maximal sollte über die Zurückschlagung polnischer Angriffe geschrieben werden.

²⁸⁸ Pierre Grimal, Fischer Weltgeschichte Antike Band 3, 87.

²⁸⁹ Karen Peter, 910.

Abbildung 8: Illustrierte Kronenzeitung, 2.September 1939



Die Ausschreitungen polnischer Einwohner der Stadt Bromberg gegen deutsche Mitbürger am 3. September 1939 lieferten dem Propagandaministerium ausreichend neues Material verstärkt zusätzlich durch Bildmaterial für die antipolnische Hetzpropaganda. Das Thema wurde gezielt publizistisch ausgeschlachtet, da mit der Propagandakampagne „Bromberger Blutsonntag“ die beginnenden Liquidierungsaktionen und Deportationsmaßnahmen scheinbar berechtigt sein sollten. Das Polenbild wurde im Vergleich zur August-Kampagne der „Mordbanden“ ab nun ersetzt durch das Bild des „Untermenschen“. Mit diesem „propagierten Rassenwahn in Reinform“²⁹⁰ wurde bewusst die beabsichtigte Ausbeutung der Polen als Zwangsarbeiter für das Deutsche Reich vorbereitet. Auf der Pressekonferenz vom 24. Oktober 1939, die der Journalist Fritz Sänger, der seit 1932 für die Frankfurter Zeitung als Redakteur in Berlin arbeitete²⁹¹, unkommentiert aufzeichnete, wurde folgende Weisung erteilt: „(...)dagegen muß erreicht werden, daß die

²⁹⁰ Thomas Kees, 106.

²⁹¹ Fritz Sänger besuchte von 1935 bis 1943 die täglichen Reichspressekonferenzen, stenografierte die Anweisungen mit und übermittelte sie anschließend an die Frankfurter Zentrale aus Hans Bohrmann, NS-Presseanweisungen, Band 1, 68.

gegenwärtige Abneigung gegen Polen für Jahre aufrechterhalten wird. Diese Abneigung muß aus einer latenten zu einer bewussten werden. Man müsse eine rassische Unterwanderung verhüten. Polen ist Untermenschentum. Polen, Juden, Zigeuner sind in einem Atemzug zu nennen. Mit den Polen hat man keinen gesellschaftlichen und keinen anderen Verkehr. Ein Pole ist etwas Unreines, mit dem man sich nicht befaßt (...).²⁹²

Mit dieser Aufzeichnung von Fritz Sängler aus der Pressekonferenz vom 24. Oktober 1939 über das „Untermenschentum“ wird deutlich, dass die Propagandatätigkeiten der NS-Zeit gezielt darauf abgestellt waren, Menschen als Untermenschen abzustempeln, um sie in der weiteren Folge als Arbeitskraft ausbeuten zu können. Die Diktion Untermensch galt sowohl 1939 für die Polen als ab 1941 auch für die Untermenschen aus dem Osten. Es sollte für die deutsche Bevölkerung ein Bewusstsein geschaffen werden, dass die ausländischen Zwangsarbeiter sich unterzuordnen hatten, die schwereren Arbeiten zu leisten hatten, schlechter entlohnt wurden und misshandelt werden konnten.

Damit schließt sich der Kreis zu den beiden Hauptthemen dieser Arbeit über die Bedeutung der „NS-Propaganda zwischen Hetze und Stillschweigen“ anhand der beiden Personengruppen „Polnische Zwangsarbeiter und Ostarbeiter“.

12. Resumee

Polnische Zwangsarbeiter und Ostarbeiter aus den besetzten Ostgebieten und ihre unterschiedlichen Lebensqualitäten sind das Thema des ersten Teils der Arbeit. Es wurde versucht, die subtilen Unterschiede zwischen diesen beiden Gruppen herauszuarbeiten und darzustellen, inwiefern die Ostarbeiter noch schlechter behandelt wurden und an der untersten Stelle in der NS-Rassenhierarchie innerhalb der großen Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte standen. Schon die Tatsache, dass es eigene Polenerlasse und Ostarbeitererlasse gab, sei als Beweis für die differenzierten Vorgangsweisen angeführt.

²⁹² Thomas Kees, 106.

Bei der These, dass Ukrainer, aber auch Weißrussen „polnische Zwangsarbeiter“ sein konnten, ist festzustellen: „Ukrainer aus Ostgalizien, dem Gebiet um Czernowitz sowie Weißrussen aus dem Bezirk Bialystock wurden folglich nicht als „Ostarbeiter“ eingestuft. Die Statistiken der NS-Behörden führten diese analog zur Staatsangehörigkeit in erster Linie als Polen.“²⁹³ Eine andere Antwort bezieht sich auf die Existenz einer „Vertrauensstelle“ in Wien, die die ukrainische Volkszugehörigkeit bestätigen sollte, ansonsten man als polnischer Zwangsarbeiter eingestuft wurde.

Doch nicht jeder Ukrainer galt nach der NS-Rassenideologie als „Ostarbeiter“. Als „Ukrainer im NS-Sinne“ galten nur diejenigen Arbeitskräfte ukrainischer Volkszugehörigkeit, die aus dem Generalgouvernement ins Deutsche Reich gebracht worden sind, weil sie – wie betont wurde – vom Bolschewismus nicht so beeinflusst waren (das Gebiet Lemberg gehörte nur von 1939 bis 1941 zur Sowjetunion) wie ihre weiter östlich lebenden Landsleute. Allerdings hatten die Ukrainer ihren „bevorzugten“ Status nachzuweisen. Bis zum Nachweis ihrer „Nichtpolnischen Volkstumszugehörigkeit“ über eine eigene „Vertrauensstelle“ in Wien wurden Ukrainer den polnischen Zivilarbeitern gleichgestellt.²⁹⁴

Einen weiteren Versuch einer genauen Definition findet man auch in dem Bericht der Historikerkommission Österreich vom September 2002. Im Zuge der sehr unterschiedlichen arbeitsrechtlichen Einstufung der polnischen bzw. Ostarbeiter ergab sich für ukrainische Zwangsarbeiter aus den „altpolnischen“ (in den Grenzen von 1939) nichtsowjetischen Gebieten einerseits und sowjetischen Gebieten, die nicht in die „Ostarbeiter“- Definition fielen andererseits eine Sonderrolle. Ukrainer aus dem Gebiet Lemberg unterlagen demnach weder den „Ostarbeitererlassen“ noch den „Polenerlassen“. Polen aus „altsowjetischen“ Gebieten hingegen (Reichskommissariat Weißruthenien z.B.) wurden als Ostarbeiter eingestuft. Es war unvermeidlich, dass es trotz strenger Rassenhierarchie und aufgestellten Regeln eindeutig „Grauzonen“ bei der unterschiedlichen Herkunft gab, die sich aber entscheidend auf die „Lebensqualität“ auswirken konnten.

²⁹³ Peter Ruggenthaler, Die NS-Hierarchie der „fremdländischen“ Arbeitskräfte nach „rassischen“ Gesichtspunkten. In: Projektleitung Stefan Karner, Ostarbeiter, 36.

²⁹⁴ Gerald Hafner, Edith Petschnigg, Peter Ruggenthaler, Zur Zwangsarbeit im „Dritten Reich“: NS-Rassentheorien und Kategorisierungen. In: Stefan Karner (Hg), NS-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie, 41f.

Mit dem zweiten großen Bereich „NS-Propaganda zwischen Hetze und Stillschweigen“ sollte die Frage beantwortet werden, wieso die Zwangsarbeiterproblematik in der Bevölkerung nicht wahrgenommen wurde, mit Ausnahme von geringen persönlichen Erfahrungen, aber keineswegs in den Größendimensionen, die die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern entsprochen hätte. Die Antwort ist, dass es auf Anweisung des Propagandaministeriums ausdrücklich verboten wurde, das Thema aufzugreifen und vor allem Zahlen zu nennen, da dies im Ausland als Schwäche des Deutschen Reiches hätte interpretiert werden können.

Die täglichen NS-Pressenanweisungen beschäftigten sich mit Befehlen über gewollte Verlautbarungen oder Befehlen, welche Themen zu verschweigen waren. Ein besonders gutes Beispiel für die Anordnungen der Propagandazentrale zwischen Hetze und Stillschweigen und wie systematisch der Aufbau eines Feindbildes gelenkt wurde, ist Polen. Die Hetzpropaganda vor dem Nichtangriffspakt mit Polen wandelte sich schlagartig in „freundliche“ Berichterstattung während des Paktes. Nach Beendigung des Paktes herrschte wieder die alte Feindseligkeit. Ganz massiv und gezielt wurde gegen die polnische Bevölkerung vorgegangen, erstens um den bereits beabsichtigten Einmarsch in Polen rechtfertigen zu können und zweitens, um systematisch Vorarbeiten für die Ausbeutung der „polnischen Untermenschen“ als Sklavenarbeiter zu leisten. Dazu erhoffte man sich die Zustimmung der eigenen Bevölkerung.

Nach Kriegsbeginn stand die positive Kriegsberichterstattung aus deutscher Sicht im Vordergrund. Sehr bald begann die Bevölkerung unter eigenen Problemen wie Verlust des Ehemannes, des Sohnes, der Wohnung und später noch Hunger und Kälte zu leiden. Diese eigenen Probleme reduzierten möglicherweise das Interesse an fremden Schicksalen. Auch das könnte neben dem Stillschweigen der NS-Presse über die Zwangsarbeiter ein Mitgrund für den niedrigen Informationsstand der Bevölkerung sein.

13.Literaturverzeichnis

1.Quellen

1.1 Veröffentlichte Quellen

Gabriele Toepser-Ziegert, NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Hg. Hans Bohrmann, Band 1: 1933, München 1984

Karen Peter NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit, Band 7/II, Quellentexte Mai bis August 1939, München 2001 und Band 7/I, Quellentexte Jänner bis April 1939. Hg. Hans Bohrmann

Hans Frank, Dienstagebuch. Hg. Werner Präg und Wolfgang Jakobmeyer, Das Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945, Stuttgart 1975

Joseph Goebbels, Die Tagebücher. Teil 2, Diktate 1941-1945. Hg. Elke Fröhlich, Band 6, München 1996

Joseph Goebbels, Die Tagebücher. Teil 2, Diktate 1941-1945. Hg. Elke Fröhlich, Band 7, München 1998

Joseph Goebbels, Reden. Hg. Helmut Heiber, Goebbels Reden, Band 1 1932-1939, 1971

Joseph Goebbels, Tagebücher 1924-1945. Hg. Ralf Georg Reuth, Joseph Goebbels Tagebücher 1924-1945, München 2008

Adolf Hitler, Mein Kampf, 55. Auflage, München 1933

Moll Martin (Hg), „Führer-Erlasse“ 1939-1945, Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung

Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches (26. Februar 1935), in: documentArchiv.de (Hrsg), www.documentArchiv.de/ns/1935/arbeitsbuch_ges.html, 10. Jänner 2011

1.2. Zeitungen

Der Völkische Beobachter, Jahrgang 1939

Illustrierte Kronenzeitung, Jahrgang 1939

1.3. Zeitschriften

Dietrich Eichholtz, „Generalplan Ost“ zur Versklavung osteuropäischer Völker. In: **UTOPIE kreativ**, H.167 (September 2004) online unter www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/167eichholtz.pdf, 10. Jänner 2011

Mark Spoerer, NS-Zwangsarbeiter im Deutschen Reich. In: **Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte**, Jahrgang 49 (2001), Heft 4 unter www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/2001_4.pdf, 10. Jänner 2011

Mark Spoerer und Jochen Fleischhacker, Forced Laborers in Nazi Germany: Categories, Numbers and Survivors, *Journal of Interdisciplinary History*, Vol.33, No.2 (autumn 2002) unter www.jstor.org/stable/3656586, 10. Jänner 2011

Dokumentation Goebbels „Ausserordentliche Rundfunkmaßnahmen“ 1939-1942, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jahrgang 11 (1963), Heft 4 unter www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1963_4.pdf, 10. Jänner 2011

John Connelly, Nazis and Slavs: From Racial Theory to Racist Practice. In: *Central European History*, Vol 32, No 1 (1999), 15, www.jstor.org/stable/4546842, 10. Jänner 2011

“Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

2. Literatur

Götz Aly, Hitlers Volksstaat, Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, GmbH, Frankfurt 2005

Klaus Bachmann, Ein Herd der Feindschaft gegen Russland, Galizien als Krisenherd in den Beziehungen der Donaumonarchie mit Russland (1907-1914). Wien 2001

Kurt Bauer, Nationalsozialismus. Ursprünge, Anfänge, Aufstieg und Fall, Wien-Köln-Weimar, 2008

Berliner Geschichtswerkstatt /Hg), Erzählte Geschichte. Zwangsarbeit in Berlin 1940 – 1945, Berlin 2000

Martin Broszat, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1965

Wlodzimierz Borodziej, Terror und Politik, Die deutsche Polizei und die polnische Widerstandsbewegung im Generalgouvernement 1939-1944, Mainz 1999

Josef Bühler (Hg), Das Generalgouvernement, seine Verwaltung und seine Wirtschaft, Krakau, 1943

Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Russland 1941-1945, Düsseldorf 1958

Norman Davies, Im Herzen Europas. Geschichte Polens, München 2000

Reinhard Engel, Sklavenarbeit unterm Hakenkreuz, Die verdrängte Geschichte der österreichischen Industrie, Wien-München 1999

Klaus Dieter Färber, Polen - der zweite Weltkrieg, die Besatzung und die Pläne der Nationalsozialisten, 2000

Peter Fischer, Die Deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen, Wiesbaden 1991

Walter Föhl, Bevölkerung. In: Max Freiherr du Prel (Hg), Das Generalgouvernement, Würzburg 1942

Tanja von Fransecky, Zwangsarbeit in der Berliner Metallindustrie 1939-1945. Eine Firmenübersicht. Berlin 2003

Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 1999

Florian Freund, Bertrand Perz, Mark Spoerer, Zwangsarbeit auf dem Gebiet der Republik Österreich, Band 26/1, Graz 2004

Ulrike Goeken-Haidl, Der Weg zurück. Die Repatriierung sowjetischer Zwangsarbeiter und Kriegsgefangener während und nach dem Zweiten Weltkrieg, Essen 2006

Pierre Grimal, Fischer Weltgeschichte Antike Band 3, Frankfurt am Main, Oktober 2003

Gerald Hafner, Edith Petschnigg, Peter Ruggenthaler, Zur Zwangsarbeit im „Dritten Reich“: NS-Rassentheorien und Kategorisierungen. In: Stefan Karner (Hg), NS-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie, Graz 2004

Jürgen Hagemann, Die Presselenkung im Dritten Reich, Bonn 1970

Annegret Hansch-Singh, Rassismus und Fremdarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1991 (Dissertation)

Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München 2001

Ulrich Herbert, Fremdarbeiter. Politik und Praxis des Ausländereinsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches, Bonn 1999

Ulrich Herbert, Arbeit, Volkstum, Weltanschauung, Über Fremde und Deutsche im 20.Jhdt, Frankfurt 1995

Jürgen Heyde, Geschichte Polens, München 2006

Jörg K.Hoensch, Geschichte Polens, Stuttgart 1998

Carl Hundhausen, Propaganda. Grundlagen, Prinzipien, Materialien, Quellen, Essen 1975

Jörg Husemann, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1933 bis 1939. Kontinuität oder Wandel? Dresden 2007

Rudolf Jaworski und Marian Wojciechowski (Hrsg), Deutsche und Polen zwischen den Kriegen. Minderheitenstatus und „Volkstumskampf“ aus beiden Ländern 1920-1939. Band 9/1, Band 9/2, 1997

Lars Jockheck, Der „Völkische Beobachter“ über Polen 1932-1934: Eine Fallstudie zum Übergang vom „Kampfblatt“ zur „Regierungszeitung“, Münster-Hamburg-London 1999

Andreas Kappeler, Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994

Stefan Karner (Projektleitung), Ostarbeiter, Ludwig Boltzmann-Institut, Graz-Minsk 2003

Harald Knoll, Peter Ruggenthaler, Barbara Stelzl-Marx, Zwangsarbeit bei der Lapp - Finze AG. In: Stefan Karner (Hg), NS-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie, Graz 2004

Doris Kohlmann-Viand, NS-Presspolitik im Zweiten Weltkrieg. Die „Vertraulichen Informationen“ als Mittel der Presselenkung, München 1991

Reinhard Kühnl, Der Deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, Köln 2000

Peter Longerich, Heinrich Himmler, Biographie, 2008

Czeslaw Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939 – 1945, 1988

Diemut Majer, „Fremdvölkische“ im Dritten Reich, Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Rechtssetzung und Rechtspraxis in Verwaltung und Justiz unter besonderer Berücksichtigung der eingegliederten Ostgebiete und des Generalgouvernements, Boppard am Rhein, 1981

Hans Pfahmann, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, Darmstadt 1968

Stanislaw Piotrowski, Hans Franks Tagebuch, PWN (Polnischer Verlag der Wissenschaften), Warschau 1963

Alexander von Plato, Almut Leh, Christoph Thonfeld (Hrsg), Hitlers Sklaven, Wien 2008

Isabel Röskau-Rydel (Hg), Deutsche Geschichte im Osten Europas, Galizien, Bukowina, Moldau, Berlin 1999

Peter Ruggenthaler, Die NS-Hierarchie der „fremdländischen“ Arbeitskräfte nach „rassischen“ Gesichtspunkten. In: Stefan Karner (Hg), Ostarbeiter, 2003

Annette Schäfer, Zwangsarbeiter und NS-Rassenpolitik. Russische und polnische Arbeitskräfte in Württemberg 1939-1945, Stuttgart 2000

Eva Seeber, Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft, Berlin 1964

Oskar Dohle-Nicole Slupetzky, Arbeiter für den Endsieg, Zwangsarbeit im Reichsgau Salzburg 1939-1945, Wien, Köln, Weimar 2004

Mark Spoerer, Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa, Stuttgart-München 2001

Ludwig Steiner, Der lange Weg zur Anerkennung ehemaliger Zwangsarbeiter als Opfer des Nationalsozialismus, In: Stefan Karner (Hg), Ostarbeiter, 326.

Bruno Wasser, Himmlers Raumplanung im Osten,, Der Generalplan Ost in Polen 1940-1944, 1993

Hans-Ulrich Wehler, Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerschaft, Verbrechen 1919-1945, München 2009

Peer Zumbansen (Hg), Zwangsarbeit im Dritten Reich: Erinnerung und Verantwortung, Baden-Baden, 2002

3.Internet

Thomas Kees, „Polnische Greuel“. Der Propagandafeldzug des Dritten Reiches gegen Polen. Saarbrücken 1994, www.scidoc.sulb.uni-saarland.de/volltexte/2003, 25.Oktober 2010

Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation, Nummer 2/2, überarbeitete Version, www.oeaw.ac.at/cmcd/data/Arbeitsbericht/, 3.November 2010

www.perspectivia.net/content/publikation/ev-warschau/jockheck_propaganda, 28.August 2010

www.jaecker.com/2000/07/journalismus-im-dritten-reich, 28.August 2010

www.ub.uni-heidelberg.de/helios/digi/kladderadatsch.html, 3.Oktober 2010

www.stiftungsinitiative.de, 8.Oktober 2010

www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/leistungen/leistungen_bis_2000, 10.Oktober 2010

http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=datei:karte_viertepolnischeteilung.png,
28.August 2010

www.landsvik.dek/pva/INTZWANGSARBEIT.pdf, 7.November 2010

www.filmportal.de/df/f7/artikel, 10.Oktober 2010

www.video.google.com/videoplay?docid=8361513568831747695#, 10.Oktober 2010

www.ub.uni-heidelberg.de/helios/digi/kladderadatsch.html, 3.Oktober 2010

www.dhm.de/lemo/objekte/pict/d2b04856/index.html, 23.Mai 2010,

www.documentArchiv.de/ns/1935/arbeitsbuch_ges.html, 10.Februar 2011

14. Anhang

14.1. Abstract

Diese Diplomarbeit beschäftigt sich mit zwei Themen, der NS-Propaganda zwischen Hetze und Stillschweigen und das anhand des Beispiels der Zwangsarbeiter aus Polen und den besetzten Ostgebieten. Im Zusammenhang mit den Zwangsarbeitern schien die Frage interessant, warum in der Bevölkerung über die Ausmaße der Zwangsarbeit relativ wenig bekannt war.

Drei Thesen standen am Anfang der Arbeit:

- Zwangsarbeit war nicht Zwangsarbeit, da es große Unterschiede je nach Herkunft der Zwangsarbeiter gab (bei der Verpflegung, Unterkunft etc.).
- Menschen aus einer Region wie dem ehemaligen Galizien beispielsweise wurden unterschiedlich behandelt.
- Die Unwissenheit der Bevölkerung über Zwangsarbeit ist auch auf das befohlene Verschweigen des Themas in den Medien zurückzuführen

Im ersten Teil der Arbeit wurde versucht, die subtilen Unterschiede zwischen Zwangsarbeitern aus Polen und den besetzten Ostgebieten darzustellen. Im Rahmen der NS-Rassenhierarchie standen die Ostarbeiter an der untersten Stelle der großen Gruppe der ausländischen Arbeitskräfte während des zweiten Weltkrieges, aber immer noch vor Juden, Sinti und Roma, wobei diese Problematik in dieser Arbeit nicht aufgegriffen wurde. Eigene Erlässe für Polen und Ostarbeiter lassen die differenzierte Vorgangsweise gegenüber diesen beiden Bevölkerungsgruppen erkennen. Eine besondere Stellung nahmen die Ukrainer ein. Entweder wurden sie im ehemaligen Galizien, das während des Krieges zum Generalgouvernement gehörte als Polen definiert oder als Ukrainer, immerhin eine entscheidende Frage für die „Lebensqualität“. aufgrund der unterschiedlichen Behandlung der Zwangsarbeiter bei Quartier, Verpflegung etc. Im zweiten Teil der Arbeit zum Thema Propaganda konnte eine Antwort auf die Unwissenheit der Bevölkerung über die Ausmaße der Zwangsarbeit gefunden werden: NS-Presseanweisungen sprachen ein ausdrückliches Verbot aus, das Thema in den Medien aufzugreifen. Es könne als „Schwäche“ Deutschlands während des Krieges interpretiert werden.

14.2. Lebenslauf

Name: Dkfm. Christine Pont

Geburtsdatum: 27.Juli 1946

Geburtsort: Wien

Ausbildung:

1964 - 1969: Abschluss des Studiums an der Hochschule für Welthandel in Wien

Oktober 2003: Beginn des Geschichte Studiums an der Universität Wien

Oktober 2006: Beginn des universitären Lehrganges für Lateinamerika an der Universität Wien

Berufserfahrung:

1970/71 Aufenthalt in Südafrika

April 1970 – Mai 1971 Lever Brothers, Durban

April 1972-Oktober 1972 Hotel Intercontinental in Wien

November 1972-Oktober 1974 Leykam Wien

Dezember 1974 – September 2003 Pressereferentin, Wirtschaftskammer Österreich

Sprachkenntnisse:

Englisch, Französisch, Spanisch